



AIB

2V 74 26 E

2,50 DM

Mai

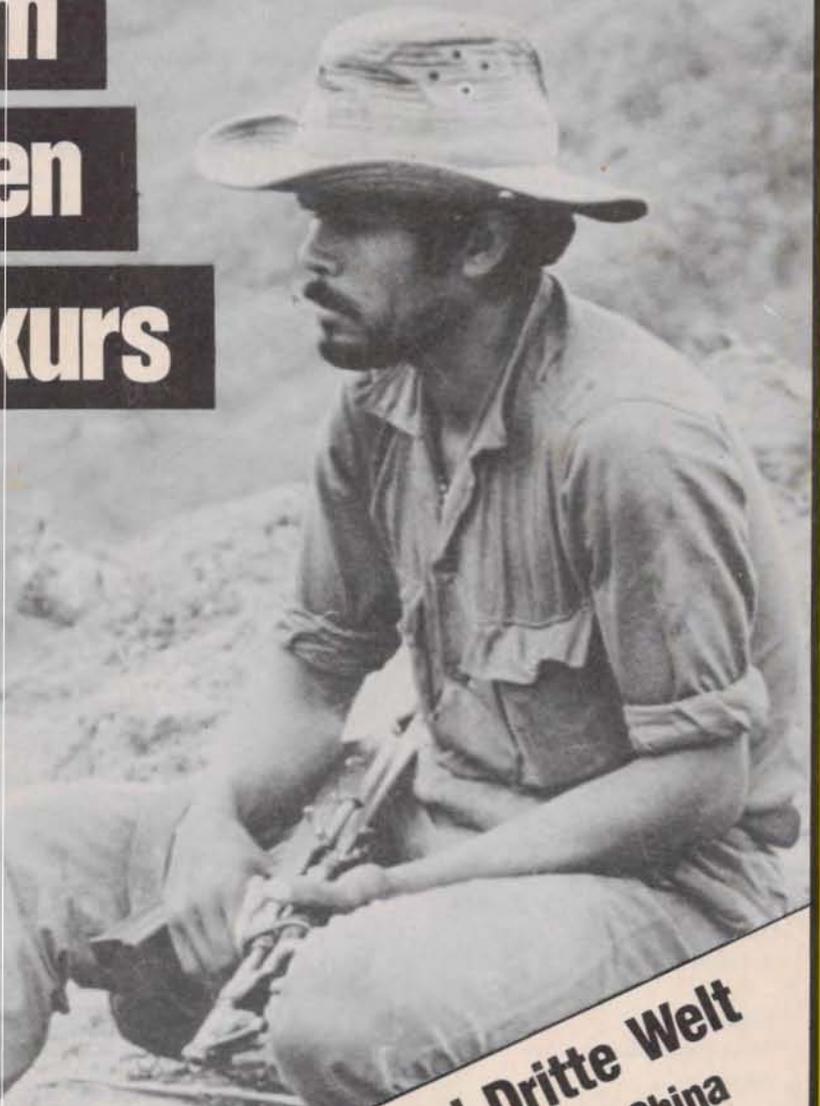
5/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Nikaragua im Kampf gegen den Kriegskurs Reagans

Sonderteil BRD und Dritte Welt
35 Jahre Israel • Namibia • China
Mittelamerikakrise



Inhalt

AIB-Aktuell:

Weiter beitragen zum Friedensmarsch 3

Mittelamerika/Karibik

Reagans Kriegsführung bloßgestellt 4
 Rede Ronald Reagans 5
 Erklärung Grenadas 6
 Enthüllungen von Exagenten und Contras 8
 Internationales Romero-Symposium 9

Namibia

Angolas Initiative gescheitert 10
 Interview mit Sam Nujoma 11
 Angolanisch-südafrikanische Gespräche 12

Israel

Kriegsverbrechen im Libanon – Neue Erkenntnisse 14
 35 Jahre Israel – im Zeichen der Eroberungen 53

Sonderteil

Bundesrepublik und 3. Welt 17
 Bilanz der sozial-liberalen Entwicklungspolitik 19
 Datenübersicht 22
 Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher 26
 Vormarsch der Multis 40
 BRD-Rüstungsexporte 45
 Alternativendiskussion 48

China

Grenzen der außenpolitischen Korrekturen 59

Kultur

Südafrikanische Musik im Befreiungskampf 61

Rezension

Neues von südafrikanischen Musikern 63

Rückblick

OAU – Traum von Afrikas Einheit 64

Infodienst

65

Kurzinformationen

66

Aufruf

Chile-Kongreß in Münster 68



BRD und Dritte Welt S.17

Bonns neuer Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU) will die Entwicklungspolitik vermehrt in den Dienst der Konzerninteressen und der NATO stellen. Unter der Rechtskoalition Kohl/Genscher, die in den Märzahlen 1983 bestätigt wurde, paßt man die Dritte-Welt-Politik zusehends an den Konfrontationskurs R. Reagans an. Unser Sonderteil zeigt die sozialliberale Vorgeschichte und das Konzept der Regierung Kohl.



Mittelamerikakrise S.4

In Nicaragua fielen über 2.000 antian-dinistische Söldner ein. Ein offener Kriegsausbruch droht. Die Reagan-Administration aber lehnt eine UN-Vermittlung ab. Der US-Präsident zeigt Flagge. Er erklärt Nicaragua, Grenada und die Befreiungskämpfer El Salvadors zu einer Gefahr für die „nationale Sicherheit“ der USA. Das US-Engagement in El Salvador wird neuerlich ausgeweitet. Steht Mittelamerika vor dem Regionalkrieg?



Israel S.53

Am 14. Mai 1983 wird Israel 35 Jahre alt. Ein Grund zum Feiern? Für die Mio unter israelischer Besatzung lebenden oder vertriebenen Palästinenser und Libanesen wohl kaum. Gewiß auch nicht für die Mio unterprivilegierten Araber und Israelis in Israel selbst. Die Expansionsziele der Regierung Begin aber reichen noch weiter, wie I. Lübben-Pistofidis veranschaulicht.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: H. Denk, K. D. Fischer, I. Flach, P. Grund, L. Letsche, H. Mayer, U. Rupp, J. Ostrowsky, L. Schmitz, E. Schneider, S. Siegert, P. Wahl, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 15. 4. 1983

Anzeigen: Weltkreis Verlag, Lamuv Verlag, PAG, Solidaritätsshop Dritte Welt, Roederberg Verlag, Volksuniversität, SDAJ, Israel und Palästina

Die Ostermärsche 1983 unterstrichen, daß sich die bundesdeutsche Friedensbewegung weiterhin im Aufwind befindet. Das zeigt das Anwachsen der aktiven Teilnehmer an diesen landesweiten Volksmärschen, Kundgebungen und Blockaden militärischer Einrichtungen Anfang April d.J.: Verglichen mit den 480.000 Teilnehmern an Ostern 1982, brachten die diesjährigen Osteraktionen mit etwa 750.000 einen ansehnlichen Zuwachs an Friedensmarschierern. Die „Warnungen“ R. Reagans und der CDU/CSU vor einer angeblichen kommunistischen Bevormundung konnten sie nicht abschrecken.

Anders als im Vorjahr ermunterte diesmal auch die Geschäftsführung der SPD zur Beteiligung. Auffällig war ferner eine stärkere Unterstützung des Ostermarsches von Gewerkschaftsseite und aus den Reihen der Solidaritätsbewegung zur Dritten Welt.

Klares Nein zu Reagans „Zwischenlösung“

Nachdrücklich wies die Friedensbewegung in diesen Apriltagen Ronald Reagans jüngstes Täuschungsmanöver in Sachen atomare Mittelstreckenraketen für Europa zurück.

Am 30. März d.J. hatte der US-Präsident in einer Fernsehansprache eine nunmehrige „Zwischenlösung“ für die Genfer Verhandlungen aufgetischt: grundsätzliches Festhalten an seiner sog. Null-Lösung, d.h. sowjetischer Totalabbau an Mittelstreckenraketen als Vorbedingung für einen westlichen Verzicht auf die Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles in Westeuropa; allenfalls sei über die eventuelle Stationierung von ein paar weniger US-Atomraketen (geplant sind 108 Pershing II) und -Marschflugkörpern zu reden. Im Klartext heißt dies, Washington beharrt darauf, auf jeden Fall in diesem Jahr zu stationieren, um nach einer Teilstationierung von einer Position der Stärke aus mit der Sowjetunion weiterzuverhandeln.

Nachdem die Reagan-Administration bei den Genfer Verhandlungen bislang jedes Ergebnis geblockt hat, ist somit das Scheitern der neuen Verhandlungsrunde zum 17. Mai d.J. vorprogrammiert. Der sowjetische Außenminister Gromyko sprach denn auch von „Formeln“ Washingtons, die eigens dazu ausgearbeitet würden, „um Nebel zu erzeugen“.

Die Reagan'sche „Zwischenlösung“ sei einmal mehr unakzeptabel, weil sie das Prinzip der gleichen Sicherheit mißachte. Insbesondere habe der US-Präsident die auf Schiffen oder Flugzeugen plazierten eigenen sowie die 162 britisch-französischen atomaren Mittelstreckenraketen unberücksichtigt gelassen. Die „Zwischenlösung“ zu Ende gedacht, hätte die NATO (sie besitzt jetzt schon 50% mehr nukleare Gefechtsköpfe mittlerer Reichweite in Europa) künftig mehr als das Doppelte an atomaren Gefechtsköpfen wie die Sowjetunion.

Andrej Gromyko und die anderen Außenminister des Warschauer Pakts erneuerten am 7. April d.J. in Prag ihr Angebot eines Gewaltverzichtvertrags an die NATO und der vollständigen Räumung Europas „von Kernwaffen mittlerer Reichweite wie auch von taktischen Kernwaffen“. Das Einfrieren und der radikale Abbau der atomaren Mittelstreckenwaffen wie der Rüstungshaushalte sei ein erster Schritt in diese Richtung.

Auf den Ostermärschen 1983 wurde immer wieder die Reagan'sche „Zwischenlösung“ als eine „Stationierung auf Raketen“ zurückgewiesen und die Entschlossenheit unterstri-

chen, durch weitere Aktivitäten bis hin zu den großen Friedensaktionen im Oktober d.J. den NATO-Raketenbeschluß undurchführbar zu machen.

Die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung hat mit ihrer breiteren und sichtbaren Beteiligung an den Ostermärschen 1983 unterstrichen, daß sie den Kampf gegen die geplante Raketenstationierung in Europa auch als in ihrem ureigenen Interesse liegend begreift.

Im Februar d.J. hatte der Koordinationskreis 3. Welt (KK3W) zur Teilnahme an den Friedensmärschen 1983 gehalten: Die hiesige Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen würde – so der Sprecher des KK3W W. Rätz – nicht allein Europa existentiell bedrohen, sondern stelle zugleich den Versuch der Reagan-Administration dar, „sich Freiraum gegenüber den Völkern und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu verschaffen“.

In diesen Tagen lieferte die Ausweitung der US-Intervention in Nicaragua einen Vorgeschmack darauf. In einem Grußwort an die 100.000 Ostermarschierer von Dortmund erläuterte der sandinistische Postminister Enrique Schmidt:

„Es geht nicht so sehr um die knapp 2.000 somozistischen Banditen, die größtenteils schon unter Kontrolle sind, sondern vielmehr um die Gefahr, daß ein Konflikt mit Honduras provoziert wird, der sich zwangsläufig auf die ganze Region und schließlich auf die ganze Welt ausweiten würde, das heißt, auch Ihr würdet davon betroffen.“



Wenn wir in dieser Situation Eure Solidarität erbitten, nein fordern, dann ist das auch in Eurem ureigensten Interesse, einen Konflikt zu vermeiden. In diesem Sinne wünsche ich uns viel Erfolg in unserem Land für den Frieden hier und in Mittelamerika.“

Die Zuspitzung der Mittelamerikakrise brachte es mit sich, daß sich beispielsweise über 20 Nicaragua-Komitees an den Osteraktionen der Friedensbewegung beteiligten. Nicaragua war Gegenstand einer Veranstaltung des Ostermarsches Hessen, in Bochum trat Leandro Uzquiano für die salvadorianischen Befreiungsfronten FDR/FMLN als Redner auf.

Bedauerlicherweise war dies nicht in allen Bundesgebieten möglich. Z.B. zeigten sich die Ostermarsch-Verantwortlichen im Rheinland trotz aller Bemühungen der Solidaritätsbewegung um eine ähnliche Präsenz unnachgiebig. Für die Dritte-Welt-Bewegung sollte dies kein Vorwand zur Resignation, sondern Ansporn zu neuen gemeinsamen Taten im Kreise der Friedensmarschierer sein.

Wolfram Brönner

Reagans Kriegsführung bloßgestellt



US-amerikanische Berater werden in Puerto Lempira von honduranischen Militärs empfangen

Die Söldnerinvasion am 22. März d.J. in Nicaragua und die von der Reagan-Administration verschärfte „Sicherheits“-vorkehrungen gegen Nicaragua, Grenada und die salvadorianische Befreiungsbewegung haben die mittelamerikanisch-karibische Region wieder einmal an den Rand einer Kriegseskalation gebracht.

Ronald Reagan hatte selbst mit programmatischen Reden bzw. Fernsehauftritten die Öffentlichkeit und den Kongreß seines Landes auf die Ausweitung des militärischen Engagements der USA in der Region einzustimmen versucht.

„Bedrohung“ der USA von Süden her?

Am 4. März d.J. bemühte der US-Präsident in San Francisco die sog. Domino-Theorie der Ära des Vietnamkrieges. Falls El Salvador der „marxistischen Guerilla“ in die Hände fiel, würden auch Kostarika, Honduras und Panama untergehen. „Es ist lebenswichtig für uns“, so R. Reagan, „daß die Demokratie die Möglichkeit behält, sich in diesen Ländern durchzusetzen. Wir glauben, daß die Regierung El Salvadors in der Frontlinie einer Schlacht steht, die auf das Herz der westlichen Hemisphäre und – eventuell – auf uns zielt.“¹

Am 10. März d.J. stilisierte er den aktuellen Stärkezuwachs der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN)² zu einer Gefährdung „der nationalen Sicherheit“ der Weltmacht USA hoch (siehe Kasten). Verteidigungsminister Caspar W. Weinberger witterte dahinter – in einem Fernsehgespräch am 13. März d.J. – die Absicht der Sowjetunion, von El Salvador, also erstmals vom amerikanischen Festland aus, „die Vereinigten Staaten auf diesem Weg von Süden her anzugreifen...“³

Eine „sowjetische Bedrohung“, so ergänzte R. Reagan in einem spektakulären Fernsehauftritt am 23. März d.J., gehe

ferner, abgesehen von Kuba, von den Revolutionsregimes Nikaraguas und Grenadas aus.

Als „Entdeckungen“ des Jahres führte er dazu „geheime“ Luftaufnahmen von Flughafeneinrichtungen in beiden Ländern vor:

Auf dem nikaraguanischen Flughafen Sandino wollte die US-Spionage erstmals drei MI-8-Hubschrauber sowjetischer Bauart und einige Flugabwehrraketen enttarnt haben. Dabei waren erstere für alle Welt sichtbar schon Anfang März d.J. zum Transport von Papst Johannes Paul II. eingesetzt worden. Im übrigen hatte die sandinistische Regierung diese Hubschrauber erworben, weil ihr zwei ordnungsgemäß bezahlte Hubschrauber aus den USA nicht ausgehändigt worden waren.

Vor allem aber, wie sollten Hubschrauber, welche die USA nicht einmal zu erreichen vermögen, oder Abwehrraketen, die nur zum Schutz eines Flughafengeländes bestimmt sind, allen Ernstes die atomwaffenstarrende Weltmacht Nr. 1 „bedrohen“? Neuerdings geht in Washington das Gerücht um, die Sandinistas plantenterrücks die Stationierung sowjetischer Atomraketen des Typs SS-20...

Noch lächerlicher gerieten die „Beweise“ einer „militärischen Bedrohung“ im Fall Grenada. Seine Luftaufnahmen zeigten nichts als ein Treibstofflager, eine 3 km lange Piste und Unterkünfte für jene kubanischen Fachleute, die an diesem noch im Bau befindlichen und allgemein zugänglichen Objekt mitwirken – ebenso wie Firmen aus den USA. Mit ausschließlich zivilen Objekten soll also eine angebliche „sowjetische Überrüstung“ in der Region glaubhaft gemacht werden. Auf welche Weise von diesem ersten internationalen Zivilflughafen der abgelegenen karibischen Muskatnuß-Insel Grenada eine Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA ausgehen soll, bleibt vorerst eines der wundersamsten Geheimnisse des R. Reagan.

Hinter dieser Lügenkampagne Washingtons verbergen sich freilich ernstzunehmende Beweggründe. Einmal will die Reagan-Administration für ihr Vorhaben werben, die Überlebenshilfen für die Völkermordregimes El Salvadors, Guatemalas und deren loyale Nachbarn (Honduras, Kostarika) auszuweiten. Am 10. März d.J. erst hatte der US-Präsident der Kongreß darum ersucht, seine Forderung einer zusätzlichen Militär- und Wirtschaftshilfe von insgesamt 298 Mio Dollar für diese Regimes sowie Panama, Belize noch für das Jahr 1983 (350 Mio wurden bereits gewährt) zu billigen. Der Bärenanteil soll der salvadorianischen Regierung Magaña zufließen, genau 110 Mio Dollar an militärischer Nothilfe und 67 Mio an Wirtschaftshilfe. Für die Frontstaaten Honduras, Kostarika und Belize sollen zusammengenommen 101 Mio Dollar an Wirtschaftshilfe und, einschließlich Panamas, 20 Mio Dollar an Sicherheitshilfe abfallen.⁴

Die Invasion der Contras: kein „Mythos“

Ein zweites Motiv für R. Reagans Lügenkampagne liegt darin, vom eigenen, längst auf Hochtouren laufenden Interventionismus gegen Nikaragua, Grenada, Kuba und die Befreiungsbewegung El Salvadors abzulenken bzw. diesen als angebliche Gegenaktion zu rechtfertigen. Seit ihrem Amtsantritt Anfang 1981 führte die Reagan-Administration folgenden Standardvorwand für ein zunehmendes US-Militärengagement in der Region an: Es gelte einen Strom an Waffen und Soldaten, der von Kuba und Nikaragua aus nach El Salvador fließe, zu unterbinden. Die Beschuldigten werden wiederholt mit Kriegs- und Invasionsdrohungen traktiert.⁵ Die jetzt aus der Luft gegriffene „neue Sowjetpräsenz“ in Nikaragua und Grenada und das Geschwätz von der nunmehrigen „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ der USA von Süden her dienen nicht zuletzt dem Zweck, die propagandistische Vorbereitung solcher Aggressionsakte aufzufrischen.

Längst enthüllt sind die Geheimnisse des Nationalen Sicherheitsrates in Washington aus dem Jahr 1981, die „verdeckte Operationen“ zur Destabilisierung der Linksregimes in Nikaragua und Grenada vorsehen. Im November 1981 gab der US-Präsident grünes Licht für einen Etat von 19 Mio Dollar, mit dem vom CIA im Jahr 1982 Interventionstrupps gegen Nikaragua vornehmlich auf honduranischem Boden formiert und für Überfälle, Sabotageakte usw. flottgemacht werden sollten.

Zugleich baute man Honduras zur Aufmarschbasis gegen Nikaragua aus. Das zeigt die Errichtung neuer Militärbasen, die großzügige Aufrüstung der honduranischen Armee (die US-Militärhilfe an sie soll für 1983 auf 40 Mio Dollar angehoben werden!), die Ausrüstung, Ausbildung und Besoldung der antisandinistischen Söldner (Contras), sowie die Durchführung großangelegter Militärmanöver der Streitkräfte von Honduras und den USA u.a. im November 1981, im Juli 1982,⁶ dann im Februar 1983.

Im Januar d.J. gestand im übrigen CIA-Direktor William Casey vor dem US-Kongreß ein, daß man die Interventions-trupps weiter ausbilde und mit Waffen beliefe.

Doch nun, als sich am 22. März d.J. die Invasion der rund 2.000 gut ausgerüsteten Contras von honduranischem Boden aus ereignete, suchte die Reagan-Administration sie als eine „interne Angelegenheit“ hinzustellen. Auf einer fünftägigen Sondertagung des UN-Sicherheitsrates Ende März erklärte die Chefdelegierte der USA, Jeane J. Kirkpatrick, es sei ein „Mythos, daß Nikaragua eine Invasion seitens der Vereinigten Staaten, Honduras' oder irgendjemandem widerfährt“.⁷ Mit dieser Argumentation blockte Washington auch die Forderung der nikaraguanischen Regierung ab, man möge unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs Perez de Cuellar un-

Rede Ronald Reagans vom 10. März 1983 So wichtig ist uns Mittelamerika

In einer Rede vor dem Herstellerverband der USA unterstrich Präsident Reagan am 10. März 1983 die große Bedeutung Mittelamerikas und ersuchte den amerikanischen Kongreß um 130 Mio Dollar an Sicherheits- sowie um 168 Mio Dollar an Wirtschaftshilfe.

(...) Die Staaten Mittelamerikas gehören zu unseren engsten Nachbarn. So liegt beispielsweise El Salvador näher an Texas als Texas an Massachusetts. Mittelamerika ist ganz einfach zu nahe, und es geht für uns in strategischer Hinsicht um viel zu viel, als daß wir die Gefahr ignorieren könnten, daß dort Regierungen die Macht ergreifen, die ideologische und militärische Verbindungen zur Sowjetunion haben.

Lassen Sie mich Ihnen sagen, wie wichtig Mittelamerika ist.

An der Basis Mittelamerikas liegt der Panamakanal. Die Hälfte des Außenhandels der Vereinigten Staaten geht auf seinem Weg von oder zu unseren Häfen entweder durch diesen Kanal oder über andere karibische Seewege. Im Norden davon liegt Mexiko, ein Land von gewaltigem Potential an Menschen und Material, ein Land, mit dem wir 1800 Meilen gemeinsamer, friedlicher Grenze haben.

Zwischen Mexiko und dem Kanal liegt Mittelamerika. Während ich heute zu Ihnen spreche, befinden sich die dortigen Staaten inmitten der ernstesten Krise ihrer Geschichte. Die aufgestauten Mißstände sowie sozialer und wirtschaftlicher Wandel stellen eine Herausforderung des Überlebens dar. Neue Führer mit neuen Zielen sind aufgetreten, die für ihre Völker ein neues und besseres Leben wollen. Das ist gut.

Das Problem besteht darin, daß eine aggressive Minderheit sich auf Gedeih und Verderb mit den Kommunisten verbündet hat und nach den Sowjets und deren kubanischen Handlangern schaut, damit diese ihnen dabei helfen, politischen Wandel durch Gewalt zu erreichen. Nikaragua ist zu ihrer Basis geworden. Diese Extremisten machen kein Geheimnis aus ihren Zielen. Sie predigen die Doktrin einer „Revolution ohne Grenzen“. Ihr erstes Ziel ist El Salvador.

Warum ist El Salvador wichtig?

Nun, man muß zuerst ganz einfach die menschliche Tragödie sehen. Tausende sind bereits umgekommen, und wenn der Konflikt nicht auf demokratische Weise zu einem Ende kommt, könnten noch Millionen weiterer Menschen in der ganzen Hemisphäre betroffen sein. Das Volk von El Salvador hat bewiesen, daß es die Demokratie will. Aber wenn die Gewalt der Guerilla obsiegt, wird es die Demokratie nicht bekommen. El Salvador wird zusammen mit Kuba und Nikaragua zu einer Basis werden, von der aus sich neue Gewalt in Guatemala, Honduras, sogar in Kosta Rica ausbreiten wird. (...)

Daß wir uns nicht mißverstehen: Wir wollen dasselbe, was die Menschen in Mittelamerika wollen – ein Ende des Tötens. Wir wollen, daß die Freiheit dort erhalten bleibt, wo es sie jetzt gibt, und daß sie dort ersteht, wo es sie nicht gibt. Der kommunistische Plan dagegen beabsichtigt, das Leiden der Menschen in Mittelamerika auszunützen, um das Herz der westlichen Hemisphäre zu treffen. Durch Verhinderung von Reform und durch Einführung ihrer eigenen Art von Totalitarismus können sie die Freiheit und den Frieden bedrohen und unsere nationale Sicherheit schwächen. (...)

Wir haben lange gebraucht, um zu begreifen, daß die Verteidigung der Karibik und Mittelamerikas gegen eine marxistisch-leninistische Einvernahme für unsere nationale Sicherheit auf eine Weise lebenswichtig ist, wie wir bisher nicht zu denken gewohnt waren. (...)

(Quelle: Amerika Dienst. Dokumentation, Bonn, Nr. 12/16.3.1983, S. 2-5)

verzüglich bilaterale Verhandlungen aufnehmen.

Wie real ist die Invasion gegen Nikaragua? Inwieweit läßt sich die Beteiligung der USA und Honduras' an der Kriegsführung gegen die sandinistische Revolution nachweisen?

Bereits in den Vormonaten waren wiederholt Interventions-trupps von honduranischem Boden aus in Nikaragua eingefallen, um Grenzorte anzugreifen, Sabotageakte oder Mordanschläge auszuführen. Doch die am 22.3.1983 in die Nord- und Zentralregion Nikaraguas einmarschierten und eingeflogenen Invasoren drangen erstmals massiert ins Landesinnere bis nach Matagalpa, rund 160 km von der Hauptstadt Managua entfernt, vor.

Ihr Ziel bestand — so der schwedische Dokumentarist Peter Thorbjörnsson nach Gesprächen mit Führern der Contras — zunächst einmal darin, den nördlichen Teil Nikaraguas weitgehend zu besetzen und feste Lager einzurichten. Gestützt auf nachgelieferte schwere US-Waffen, die dann nicht mehr von Honduras aus mühselig über die Berge transportiert werden müßten, sondern von der honduranischen Luftwaffe eingeflogen werden könnten, wollte man in einem zweiten Anlauf mit einer großangelegten Offensive die wichtigsten Städte erobern. Managua sollte, so der Geheimsender der Contras „Radio 15 de Septiembre“, innerhalb von 60 Tagen fallen. Die Interventionen hofften freilich — wie schon 1961 die exilkubanischen Invasoren der Schweinebucht — vergeblich darauf, daß ihnen eine konterrevolutionäre Volkserhebung zu Hilfe käme. Nur so wäre es möglich gewesen, einen Brückenkopf in den Provinzen Matagalpa, Jinotega, Nueva Segovia und Yelaya zu errichten und wenigstens einige Orte zu erobern.

Bis Anfang April d.J. gelang es Einheiten der sandinistischen Volksarmee und Volksmiliz 400 Invasoren außer Gefecht zu setzen (Tote, Verwundete und Gefangene), die Landverbindungen nach Honduras abzuschneiden und den wichtigsten Feldflugplatz der Eindringlinge in der Provinz Yelaya (160 km nördlich von Managua) zu zerstören. Damit wurden die Versorgung und der Waffennachschub der Contras empfindlich geschwächt.

Anfang April d.J. drangen weitere Kontingente von Interventionen von Honduras aus in die oben genannten Provinzen, u.a. bis zum Minengebiet von Bonanza in der Provinz Yelaya vor.

Auch sie wurden weitgehend zurückgeschlagen. Bis Mitte April d.J. brachten die sandinistischen Verteidiger (sie verloren 48 Kämpfer, davon 34 Tote) den Invasoren erneut schwere Verluste bei: 197 Gefallene, 40 Verwundete und 50 Gefangene.

Verteidigungsminister Humberto Ortega zufolge sind die noch im Lande operierenden Invasoren im wesentlichen unter Kontrolle. Die Hauptgefahr bestehe gegenwärtig darin, daß der Söldnerinvasion eine direkte Aggression seitens der honduranischen Streitkräfte folge. Diese wurden in der Tat seit dem 22. März d.J. in den Alarmzustand versetzt und provozierten vermehrt Grenzzusammenstöße.⁸

Sollte der fortdauernde „unerklärte Krieg“ — so befürchtet die Sandinistaführung⁹ — in einen militärischen Konflikt mit Honduras umschlagen, so könnte dies angesichts der aktuellen Reagan'schen Kampagne gegen den angeblichen „sowjetischen Militäraufmarsch“ in Nicaragua „leicht zu einer direkten militärischen Intervention“ durch US-Kampftrouppen führen. So sah es Sergio Ramirez Mercado, Mitglied der Regierungsjunta Nikaraguas, Ende März d.J.¹⁰ Eine Reihe neuester Bloßstellungen über die US-Verwicklung in die Kriegsführung gegen das revolutionäre Nicaragua können diese Annahme nur bestärken.

Durch Enthüllungen des Magazins Time und der New York Times Anfang April d.J. wurde bekannt, daß die Interventionsakte gegen Nicaragua von drei hochrangigen Offiziersstäben, zusammengesetzt aus Kommandierenden der honduranischen und US-Armee (in Panama stationiertes Südkommando), der Contras und aus CIA-Experten, angeleitet wer-

Erklärung der Regierung Grenadas Reagans faktische Kriegserklärung

Vor drei Tagen hat Ronald Reagan erklärt, daß das winzige Grenada eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der großen und mächtigen Vereinigten Staaten darstelle.

Brüder und Schwestern, laßt uns diesen Angriff ernst nehmen — er kam direkt vom Präsidenten, der gleichzeitig Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte ist. Reagan erklärte — öffentlich —, daß es auf Grenada sowjetische und kubanische Militärstützpunkte mit hochentwickelten Waffen gäbe. Er sagte, wir hätten hervorragende Marine- und Luftstützpunkte gebaut und riesige Nachschublager eingerichtet.

Grenadier, Patrioten ... Revolutionäre, wir müssen Reagans Stellungnahme als das verstehen, was sie wirklich ist — sie kommt einer Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an unser geliebtes Heimatland gleich.

Die New-Jewel-Bewegung (sie stürzte im März 1979 das Gairy-Regime mit einem Aufstand und stellt mit Maurice Bishop den Premierminister; d. Red.) und die Revolutionäre Volksregierung haben nicht den geringsten Zweifel, daß unsere ruhmreiche Revolution gegenwärtig ernsthaft bedroht ist.

Die Eskalation von Angriffen auf unsere Revolution während der letzten zwei Monate sieht so aus:

- Anfang dieses Jahres, im Januar, griff der US-Vizepräsident und ehemalige CIA-Chef, George Bush, in Miami die Revolution von Grenada offen an.

- Auf dem im Januar in Nicaragua abgehaltenen Treffen der Außenminister nichtpaktgebundener Staaten ließ die amerikanische Regierung ein Papier zirkulieren, in dem Grenada angegriffen wurde.

- Im Februar erwähnte die Washington Post in einem Bericht auf der Titelseite, daß Ronald Reagan einem Propagandaplan sowie wirtschaftlichen und anderen „ungewöhnlichen und nicht benannten“ Destabilisierungsmaßnahmen zugestimmt habe.

- Vor zwei Wochen griff Nestor Sanchez, stellvertretender Verteidigungsminister der USA, Grenada erneut offen an.

- Am 9. März berichtete eine Nachrichtensendung der Stimme Amerikas, daß der US-Verteidigungsminister, Caspar Weinberger, in seinem letzten Bericht behauptet habe, daß sich die Menschen-

situation in Grenada verschlechtere, daß Gefangene gefoltert würden und hungern müßten ... alles Lügen, Lügen und noch mehr Lügen!

- Gleichzeitig kam es in den vergangenen Wochen zu einer systematischen, gewaltigen und äußerst koordinierten Verbreitung von Gerüchten, in Grenada selbst und im Ausland. Diese hatten das Ziel, die Führung des Landes in Mißkredit zu bringen.

Brüder und Schwestern, all diese Ereignisse können nicht isoliert gesehen werden. Sie sind miteinander verbunden und von einer einzigen Gruppe koordiniert — vom CIA.

Deshalb können die US-Militärmanöver, die am 11. März vor Puerto Rico begonnen haben, nicht als Zufall betrachtet werden. Gegenwärtig sind 36 Kriegsschiffe und über 300 Flugzeuge der USA an den Kriegsmanövern vor Puerto Rico beteiligt. Zwei Kriegsschiffe, die John Kennedy und die Invincible, sind gerade in Barbados, ihre Hubschrauber fliegen nahe an Grenadas Luftraum heran. In den Gewässern 100 Meilen um Grenada befinden sich sechs US-Kriegsschiffe: in Trinidad (2), Dominica (1), Antigua (1) und in Barbados (2). An Bord dieser Schiffe sind Tausende amerikanischer Soldaten.

Grenadier, Patrioten ... Revolutionäre, wir müssen in voller Alarmbereitschaft sein. Der US-Imperialismus hat eine Destabilisierung durch Propaganda versucht ... und hatte keinen Erfolg. Sie haben es mit wirtschaftlicher Destabilisierung versucht ... und scheiterten. Sie haben es mit politischer und diplomatischer Destabilisierung versucht ... und scheiterten. Womit immer sie es auch versuchen, sie werden wieder scheitern. Womit sie auch kommen, wir werden sie zurückschlagen.

Reagan und seine imperialistischen Handlanger wissen, daß unser Volk voll hinter der Revolution steht. Sie wissen, daß unsere Wirtschaft 1982 um 5,5% wuchs — das höchste Wachstum auf der westlichen Halbkugel. Sie wissen, daß unserem Volk weitere Errungenschaften zugutekommen werden — mehr Straßen, bessere Wohnungen, verbesserte und ausgeweitete kostenlose Gesundheitsfürsorge, mehr Schulen, immer mehr Stipendien für unsere Studenten ... und unsere Revolution gewinnt ständig an Stärke.

den. Als ihr Koordinator, und damit als Kopf des Invasionsstabes gegen Nicaragua, wurde der US-Botschafter in Honduras John Negroponte enttarnt, der sein Handwerk während des US-Vietnamkrieges in Saigon erlernte.

Aufgedeckt wurde ferner, daß die Ausrüstungen der Contras fast sämtlich von den USA geliefert worden waren und rund 50 US-Militärberater (Green Berets) im Jahre 1982 auf honduranischem Boden die Invasoren auf ihren jetzigen Einsatz vorbereitet hatten. US-Spezialisten lieferten desweiteren ständig Geheimdienstberichte an die honduranischen Militärs und die Contras über Standorte und Bewegungen der nikaraguanischen Armee in den Grenzbereichen. Es gäbe darüber hinaus Pläne, eine „provisorische Regierung“ auf erobertes Gebiet nach Nicaragua einzufliegen.¹¹

Aufmarschbasis Honduras

Unterdessen bereitet man südlich der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa die Installierung einer US-Radarstation vor, die dank eines Radius von über 300 km Bewegungen der revolutionären Streitkräfte in Nicaragua und El Salvador noch lückenloser aufklären soll. Schließlich plant die Reagan-Administration, bis Ende Mai d.J. mehrere Truppenübungsplätze auf honduranischem Boden einzurichten, auf denen 17.000 salvadorianische Soldaten durch 50-100 US-Militärberater ausgebildet werden sollen.¹²

Beides sind Zeichen dafür, daß die Verantwortlichen in Washington zielstrebig auf eine Regionalisierung des Kriegszustandes, auf 1, 2, 3, viele Invasionen zusteuern. Da der

Während Grenada all diese politischen und wirtschaftlichen Fortschritte macht, bricht die Wirtschaft auf den anderen englischsprachigen Inseln und in den Vereinigten Staaten zusammen. In den USA nimmt die Obdachlosigkeit zu, die Kriminalität steigt, die Arbeitslosigkeit wächst, soziale Leistungen werden gekürzt und die armen arbeitenden Menschen geraten immer mehr in Not. Grenada ist in der Tat ein Beispiel für die englischsprachige Region und den Rest der Welt.

Grenadier, Patrioten ... Revolutionäre, wir haben alle Versuche abgewehrt, unsere Revolution rückgängig zu machen.

Sogar als Reagan seine Manöver im August 1981 („Ocean Venture“; d. Red.) als Probe einer direkten Invasion unseres Landes, durchführte, mußte er seine Pläne aufgeben. Unser Volk antwortete mit dem großen Manöver „Helden des Vaterlands“ – Wir zeigten dem US-Imperialismus, daß wir bereit sind, die Revolution bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Heute muß eine noch entschiedener Antwort gegeben werden, weil die Bedrohung schwerwiegender, ernster ist – der Feind ist gefährlicher und verzweifelter geworden. Laßt uns unsere ruhmreiche Revolution um jeden Preis verteidigen.

Wir müssen:

- unsere Strände bewachen, nach Schiffen und Flugzeugen Ausschau halten;
- unsere Fabriken und die neuen Projekte der Revolution schützen;
- Informationen über sämtliche, auch über lokale, verdächtige Aktivitäten weitergeben, denn der CIA versucht immer einheimische Kräfte zur Unterstützung seiner schmutzigen Arbeit zu gewinnen;
- alle Aktivitäten der Revolution unterstützen; dem Imperialismus zeigen, daß wir stark und einig sind.

Wir müssen bereit sein, jegliche revolutionäre Aufgabe zur Verteidigung unseres Heimatlandes zu übernehmen.

Die Revolution schreitet voran! Nieder mit dem Imperialismus!
Hoch die Revolution!

Lang lebe die Revolution!

(Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 3.4.1983)



Wenige Tage vor der Invasion demonstrieren Contras im honduranischen Grenzgebiet Siegeszuversicht

Widerstand im US-Kongreß und weltweit, gegen eine zunehmende Ausweitung der Hilfe an das krisengeschüttelte Regime El Salvadors überhand nimmt, weicht die Reagan-Administration auf ihre Aufmarschbasis Honduras aus.

Wie die US-Newsweek vom 11.4.1983 aufdeckte hat man gleichlaufend das Programm und den Geheimetat für die Aufrüstung der exilnikaraguanischen Interventionen auf honduranischem Boden erweitert. Von ursprünglich gewährten 19 Mio Dollar für CIA-Aktivitäten im Jahr 1983 erhöhte Washington jüngst auf 30 Mio Dollar, wovon das meiste für Waffenkäufe, Kommunikations- und Ausbildungszwecke der Contras verwandt werden soll.

Im Fall El Salvadors drängt die Reagan-Administration einmal auf die dramatische Erhöhung besonders der US-Militärhilfe für die Regierung Magaña.

Ronald Reagan hatte zusätzlich zu den hierfür bereits bereitgestellten 26 Mio Dollar für 1983 weitere 110 Mio Dollar vorgesehen, wovon er 50 Mio Dollar ohne Überprüfung des Kongresses aus seinem Sonderfonds entnehmen kann. Die restlichen 60 Mio Dollar wurden jedoch bei der erforderlichen Überprüfung vom Senat auf 30 Mio Dollar gekürzt und mit der Auflage versehen, in El Salvador das Zustandekommen eines Dialogs zu fördern.

Eben dies lehnt die Reagan-Administration jedoch weiterhin kategorisch ab. Stattdessen bewog sie ihre Verbündeten in San Salvador, zu Ablenkungszwecken die für März 1984 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen auf Ende 1983 vorzuziehen. Das Dialogangebot der Befreiungsfronten FMLN/FDR soll auf diese Weise unterlaufen werden. Und dies geschieht in einer Situation, da die Aufständischen militärisch die Oberhand über die demoralisierten Regierungstruppen gewonnen haben, da das Regierungslager durch innere Widersprüche geschwächt ist.

R. Reagan will die Zahl der offiziellen US-Militärberater in El Salvador, von derzeit 55 auf mindestens 85 und zudem

deren Kompetenzen, in die Aufstandsbekämpfung einzugreifen, erweitern. Diesem Zweck soll insbesondere auch die ad-hoc-Ausbildung mobiler kleinerer Antiguerilla-Elite-trupps von je 350 Mann, die man in allen 14 Provinzen des Landes stationieren will, dienen.¹³

Da der US-Kongreß wegen der zunehmenden Ähnlichkeiten dieses Engagements mit dem in Vietnam sich gerade der Entsendung von immer mehr US-Offizieren nach El Salvador widersetzt, soll diese Hürde nun über Honduras genommen werden. Hier wie im Fall Nicaragua steht außerdem die honduranische Armee als stellvertretende Interventionstruppe bereit, die denn auch seit Juni 1982 mehrfach direkt in das Kriegsgeschehen in El Salvador eingegriffen hat.

Anfang April d.J. warnte schließlich Grenadas Außenminister Unison Whiteman vor der akuten Gefahr einer Invasion auch gegen sein Land. Während eines Seekriegsmanövers „Readex 1-83“ in der Südkaribik, an dem 3 Flugzeugträger, 77 Kriegsschiffe und 300 Flugzeuge der USA und anderer NATO-Mächte teilnahmen, waren 5 unidentifizierte Kriegsschiffe in grenadische Gewässer eingedrungen. Kurz darauf wurden zwei Bootsbesatzungen festgenommen, als sie nahe der Hauptstadt St. George's an Land gehen wollten.

Ende März d.J. hatte Premierminister Maurice Bishop bekannt gegeben, daß CIA-Offiziere Söldner (Exilgrenadier, Exilkubaner und -Nikaraguaner) für ein Invasionsprojekt gegen Grenada vorbereiteten.¹⁴ Auch in diesem Fall lehnte

Washington das Verhandlungsangebot der Gegenseite ab. Intensiven Vermittlungsversuchen mehrerer lateinamerikanischer Staaten (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) und der Vereinten Nationen blieb bislang ebenso der Erfolg versagt. Einmal mehr droht der mittelamerikanisch-karibischen Region eine Kriegseskalation – im Auftrag Ronald Reagans.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: U.S. News & World Report (USNWR), Washington, 14.3.1983
- 2) Zu den erfolgreichen FMLN-Offensiven vom Oktober 1982 und Januar 1983 siehe: AIB 1/1983, S. 8-11 und AIB 3/1983, S. 14-17
- 3) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 14.3.1983
- 4) Daten nach: USNWR, 21.3.1983
- 5) Zum Ablauf des US-Interventionismus in Mittelamerika und der Karibik siehe ausführlich: AIB 1, 4 und 7-8/1982
- 6) Siehe im Einzelnen: AIB 10/1982, S. 4-7 und 1/1983, S. 4-7
- 7) IHT, 25.3.1983
- 8) Daten nach: ADN, 29. und 30.3.1983; IHT, 31.3.1983; Time, New York, 4.4.1983; Latin America Weekly Report (LAWR), London, 31.3. und 15.4.1983
- 9) Barricada, Managua, 9.4.1983
- 10) IHT, 28.3.1983
- 11) Nach: Time, 4.4.1983; New York Times, 3., 7. und 10.4.1983
- 12) Daten nach: ebenda; IHT, 22.3.1983; Boston Globe, 27.3.1983
- 13) Daten nach: LAWR, 4. und 31.3.1983; Mittelamerika Informationsdienst (mid), 8.4.1983
- 14) Laut: LAWR, 31.3. und 15.4.1983; ADN, 26./27.3.1983

Enthüllungen des Exagenten Hector Francés und zweier gefangener Contras

Auf einer Pressekonferenz in Managua Anfang April d.J. wurden zwei jüngst gefangen genommene Intervenenten vorgeführt, die die direkte Beteiligung des CIA und der honduranischen Armee- und Geheimdienstspitze bezeugten.

José Gabriel Najera Andrade (48), vormals Leutnant des guatemaltekischen Geheimdienstes, sagte aus, daß er ab 1979 für den CIA in Honduras und dann für den honduranischen Geheimdienst im Raum El Paraiso und Tanli gearbeitet habe. Sein Vorgesetzter, Hauptmann Pio Flores, habe ihm seinen Sold in Höhe von 2.000 Lempiras (ca. 1.000 Dollar) monatlich ausgezahlt und ihn mit der Vereinigung der früheren Somozagardisten in diesen Gebieten beauftragt.

Vom Stützpunkt Arenales in Honduras war er Ende Januar d.J. mit einer Gruppe anderer antisandinistischer Söldner auf nikaraguanisches Territorium (Anlaufpunkt Guapinolito) vorgedrungen. Seine Mission lautete, sich bis nach Managua durchzuschlagen, um dort die Ermordung führender Mitglieder der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus zu organisieren. Diese Mordanschläge seien auf einem Treffen in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa beschlossen worden, an welchem CIA-Repräsentanten und Armeechef General Gustavo Alvarez Martinez teilgenommen hätten.

Die sog. Nikaraguanischen Demokratischen Kräfte (FDN), in denen sich die bewaffneten konterrevolutionären Gruppen auf honduranischem Boden 1982 zusammengefunden hätten, seien – so Najera Andrade weiter – eine reine Marionettenorganisation des Pentagon, des CIA und der honduranischen Streitkräfte. Somozagardisten seien innerhalb der FDN klar tonangebend.

Freddy Antonio Sandino Vidarne (23), ehemals Offiziersanwärter der Nationalgarde unter der Somoza-Diktatur, war am 19. Februar d.J. im Norden Nicaraguas von der Sandinistischen Volksarmee gefaßt worden. Die Mission seiner Interventionstruppe habe in Sabotageakten gegen Transportfahrzeuge des Bau- und Industriesektors bestanden. Sandino Vidarne gestand ferner ein, daß ihnen Hilfe von außerhalb, konkret von Seiten der honduranischen Armee, in Form von personeller Verstärkung und Waffenlieferungen, zuteil geworden sei. Die in seinem Lager in Honduras untergebrachten rund 750 Mann hätten im übrigen Unterstützung durch die USA, Israel und Honduras erhalten.

Bereits im Dezember 1982 hatte das nikaraguanische Fernsehen eine in Mexiko-Stadt aufgenommene Videokassette mit den Aussagen des Argentiniers Héctor Francés ausgestrahlt. Er war in Honduras im Auftrag des CIA als Verbindungsmann zu nikaraguani-

schen Konterrevolutionären tätig und wegen der probritischen Haltung der USA im Malwinen-Konflikt aus der Interventionstätigkeit gegen Nicaragua ausgestiegen. Seine Aussagen unterstützen, so erklärte der nikaraguanische Innenminister Tomás Borge, die Erkenntnis der nationalen Sicherheitsorgane.

Seit 1980, so erklärte Héctor Francés, gäbe es Bemühungen des CIA, die konterrevolutionären nikaraguanischen Gruppen („Contras“) in Honduras zu einer Organisation zu vereinigen. Die Führer der Gruppen seien schließlich in Miami zu einer Übereinkunft gekommen. Anfang 1982 hätten sich die Contras zur Organisation Nikaraguanische Demokratische Kräfte (FDN) zusammengeschlossen. „Der außerordentliche Finanzbeitrag“ der USA habe es ermöglicht, „verschiedene Lager einzurichten, Tausende Männer zu bewaffnen und den Führern der Konterrevolutionäre einen entsprechenden Sold zu zahlen, ebenso wie die Gehälter paramilitärischer ausländischer Berater, die zwischen 2.500 und 3.000 Dollar pro Monat liegen.“ Man habe „Scheinunternehmen wie Forstwirtschaftsbetriebe gegründet, um die Operationen zu tarnen“.

Honduras, so bestätigte Héctor Francés, spiele eine zentrale Rolle in den Aggressionsplänen der USA gegen Nicaragua. Armeechef General G. Alvarez Martinez und der Chef der Speziellen Sicherheitskräfte von Honduras stünden mit dem „Generalstab“ der FDN in Verbindung und erhielten ständige Anleitung durch die CIA.

Das Einschleusen von Konterrevolutionären nach Nicaragua – so erläuterte der Argentinier – werde durch gleichzeitige Überfälle getarnt, die von jenen Lagern ihren Ausgang nähmen, die sich „entlang der gesamten honduranischen Grenze zu Nicaragua hinziehen und in denen mehr als 3.000 komplett ausgerüstete Männer unter Waffen stehen“.

Am 14. Oktober 1982 sei die Operation eines Kontingents von 800 Mann von Honduras aus gegen Nicaragua gestartet worden mit dem Ziel, Fernmeldeverbindungen, Brücken, Straßen, militärische Objekte und Elektrizitätsleitungen im Nordwesten des Landes zu zerstören, um dadurch die Kontrolle über dieses Terrain zu erlangen und es dann als „befreit“ zu erklären. Als nächster Schritt sei die Bildung einer Exilregierung sowie deren Anerkennung durch die USA, Honduras und einige andere Staaten vorgesehen.

In 14 Städten Nicaraguas – so enthüllte Héctor Francés ferner – existierten derzeit „Zellen“ mit terroristischem Auftrag. (Quellen: Barricada Internacional, Managua, 20.12.1982 und Granma. Weekly Review, Havanna, 10.4.1983)

Erklärung des Internationalen Romero-Symposiums vom 26./27. März 1983 in Wien

Die Stimme der Gerechtigkeit ist nicht umzubringen

Am 26./27. März d.J. fand in Wien anlässlich des 3. Jahrestages der Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Arnulfo Romero ein Internationales Symposium „Romero – Erbauer der Kirche der Armen“ statt.

An ihm nahmen mehr als 80 Personen teil, darunter Dr. Ivan Mejia Solis, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der Republik Nicaragua in Österreich, Prof. Luis de Sebastian, Mitglied der Politisch-Diplomatischen Kommission der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) El Salvadors und ehemaliger Mitarbeiter Erzbischof Romeros, zwei Vertreter des Komitees „Pro Justicia y Paz“ aus Guatemala, Erich Weingärtner, Exekutivsekretär der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates (Genf), Bischof Dr. Vekoslav Grmic aus Maribor (Jugoslawien) sowie Gäste aus den Niederlanden, Schweden, der Bundesrepublik, der DDR und Jugoslawien.

Die Teilnehmer des Symposiums verabschiedeten einen Brief an die österreichische Bundesregierung und die politischen Parteien sowie die hier dokumentierte Abschlusserklärung.

„Mich können sie töten, aber die Stimme der Gerechtigkeit können sie nicht umbringen.“ „Wenn sie mich töten, werde ich im Volk von El Salvador auferstehen.“ Diese Worte, die Erzbischof Oscar Arnulfo Romero wenige Wochen vor seiner Ermordung (am 24.3.1980 in San Salvador; d. Red.) sprach, zeigen deutlich, daß er bereit war, sich bis zur Konsequenz des Todes für die Befreiung seines Volkes einzusetzen. Es ist daher gerechtfertigt, Romero einen „Märtyrer des salvadorianischen Volkes“ zu nennen. Sein Erbe gehört dem leidenden und um seine Befreiung kämpfenden Volk von El Salvador sowie allen Völkern, die für Gerechtigkeit, Menschenwürde und Befreiung kämpfen.

Das Erbe Romeros ist gerade in der gegenwärtigen Situation Zentralamerikas aktueller denn je. In den drei Jahren seit seiner Ermordung haben die Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Völker – vor allem in El Salvador und Guatemala – noch zugenommen. Zehntausende unbewaffnete Zivilisten sind von Regierungstruppen und paramilitärischen Organisationen ermordet worden. Das „Verschwinden“ von Menschen sowie grausamste Foltermethoden sind an der Tagesordnung.

Gerade Christen dürfen angesichts dieser Tatsachen nicht schweigen. Die Existenz der „Kirche des Volkes“ sowie christlicher Basisgemeinden und das Engagement vieler Christen in den Volksbewegungen sind ermutigende Zeichen für den Beitrag von Christen zum Befreiungsprozeß der Völker Zentralamerikas. Sie verdienen die Solidarität und Unterstützung durch die Kirchen und Christen in allen Teilen der Welt.

Auf der anderen Seite gibt es in Zentralamerika immer noch Christen – darunter auch hohe kirchliche Würdenträger –, die mehr oder weniger offen eine volksfeindliche Politik unterstützen. Unterdrückung und Morde „im Namen des Christentums“ oder eines christlich verbrämten Antikommunismus sind leider immer noch eine Realität. Es ist eine Pflicht aller Kirchen und Christen, diesen Mißbrauch des christlichen Glaubens öffentlich und entschieden zu verurteilen.

Die Kirche Christi muß den Befreiungsprozeß unterstützen

Erzbischof Romero hat wiederholt auf die Mitverantwortung der Regierung der USA für die Ungerechtigkeit und Unterdrückung in Zentralamerika hingewiesen. Insbesondere verurteilte er die Militärhilfe der Vereinigten Staaten für El Salvador. Gerade diese Militärhilfe wurde jedoch in den letzten drei Jahren vervielfacht. Während die Regierung Reagan die Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras massiv unterstützt, verhindert sie bis heute Verhandlungen zwischen der Regierung und der Opposition in El Salvador und versucht, durch politische, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen die Regierung Nikaraguas zu destabilisieren.

Gerade die jüngsten Überfälle somozistischer Söldner auf Nicaragua, die von Stützpunkten in Honduras aus erfolgt sind und zumindest indirekt von den USA unterstützt werden, haben die Lage in Zentralamerika gefährlich zugespitzt.

In dieser Situation erklären wir unsere Solidarität mit dem Volk von Nicaragua und der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung, die erst vor vier Jahren das Joch der jahrzehntelangen grausamen



Somoza-Diktatur abgeschüttelt und daher ein Recht haben, nun endlich in Frieden und ohne äußere Einmischung ihre Entwicklung selbst zu bestimmen.

Wir sind auch solidarisch mit jenen Priestern und Laien in Nicaragua, die sich aktiv am Prozeß des Aufbaus einer neuen und gerechteren Gesellschaft beteiligen. In diesem Zusammenhang bedauern wir es, daß Papst Johannes Paul II. bei seinem jüngsten Besuch in Nicaragua die „Kirche des Volkes“ verurteilt und damit zu einer Vertiefung der Spaltung der nikaraguanischen Kirche beigetragen hat.

Wir sind davon überzeugt, daß die Kirche angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen Konflikte in Zentralamerika nicht neutral sein kann. Die Kirche Christi muß immer auf der Seite der Armen stehen und deren Befreiungsprozeß unterstützen. Nur auf diese Weise kann sie – vor allem in Zentralamerika – einen echten Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit leisten. Das Vorbild von Erzbischof Romero sollte hier ein Ansporn für die Kirchen Zentralamerikas und darüber hinaus sein.

Aus Anlaß des 3. Jahrestages der Ermordung des Erzbischofs von San Salvador denken wir in besonderem Maße an das Leiden des salvadorianischen Volkes. Wir erklären uns solidarisch mit den im Befreiungskampf engagierten Christen – insbesondere mit der „Nationalen Koordination der Volkskirche 'Oscar Arnulfo Romero'“ (CONIP) – sowie mit der gesamten Volksbewegung El Salvadors, die für eine demokratische und gerechte Gesellschaft kämpft. Wir unterstützen den von der vereinigten Oppositionsfront FMLN/FDR vorgebrachten Vorschlag, durch Gespräche zwischen Regierung und Opposition Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der tiefgreifenden gesellschaftlichen Probleme des Landes zu suchen.

Die Erinnerung an Erzbischof Romero bedeutet für uns die Verpflichtung, unsere Solidarität mit dem Volk von El Salvador und mit allen Völkern Zentralamerikas zu verstärken und in unserer jeweils konkreten Situation – in den Kirchen, in Aktionsgruppen usw. – in diesem Sinne zu wirken.

Hans Mayer

Angolas Namibia-Initiative ist gescheitert

Eine diplomatische Offensive versuchte wieder Bewegung in die Namibia-Verhandlungen zu bringen, die im Spätsommer 1982 praktisch zum Erliegen gekommen waren (siehe dazu: AIB 6/1982, S. 18-19). In zwei Verhandlungsrunden trafen südafrikanische Regierungsvertreter im Dezember 1982 und Februar 1983 mit einer Delegation der Volksrepublik Angola auf der kapverdischen Insel Sal zusammen. Die Gespräche waren auf Vermittlung des kapverdischen Präsidenten Aristides Pereira zustande gekommen.

Die 1977 gegründete und bislang kläglich gescheiterte westliche Kontaktgruppe, der die USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die BRD angehören, hat die Initiative für eine Lösung des Namibia-Konflikts an die direkten Kontrahenten Angola und Südafrika abgeben müssen.

Nach der Amtsübernahme Präsident Reagans in Washington (Januar 1981) war es, wie nicht anders zu erwarten, zu einer raschen politischen Verständigung zwischen den USA und Südafrika (RSA) in Sachen Namibia gekommen. Südafrika kehrte unter diesen günstigen Umständen gerne an den Verhandlungstisch zurück, den es nur wenige Monate vorher in Genf unter Pauken und Trompeten verlassen hatte.

Bereits im Mai 1981 wurden zwischen den USA und der Republik Südafrika (RSA) die Grundlagen für den späteren Drei-Phasen-Plan gelegt, der Namibia möglichst bald in die Unabhängigkeit führen sollte. Mit dem Segen der Restmitglieder der westlichen Kontaktgruppe, die sich unter R. Reagan mit der Komparsenrolle zufriedengeben, unterbreitete der damalige US-Außenminister Alexander Haig diesen Plan seinem angolanischen Amtskollegen Paolo Jorge. Im Januar 1982 fanden dann die ersten direkten Kontakte zwischen den USA und Angola statt.

Dreh- und Angelpunkt dieser zweiseitigen Gespräche war

der Abzug der kubanischen Truppen aus Angola. Unterstaatssekretär Chester Crocker hatte dies noch vor dem Antritt seiner Amtsgeschäfte im US-Außenministerium zur Voraussetzung einer Namibia-Lösung gemacht. Darüber hinaus hatte C. Crocker in seinem Grundsatzpapier zur amerikanischen Politik im Südlichen Afrika die Aufnahme der UNITA-Rebellen in eine nationale angolanische Regierung gefordert.

Einen Monat später zeigte sich Angola bereit, einem Rückzug der kubanischen Truppen dann zuzustimmen, wenn Namibia die Unabhängigkeit erreicht habe. Das erschien den USA jedoch nicht ausreichend, obwohl sich auf internationaler Ebene wie innerhalb der Kontaktgruppe Widerstand gegen die unzulässige Verknüpfung zwischen dem Truppenabzug der Kubaner und der Lösung der Namibia-Frage breitmachte. Angola gab dem Drängen der USA trotz wirtschaftspolitischer Versprechungen nicht nach.

Die Namibia-Verhandlungen machten auf andere Weise von sich reden. Zu Beginn des Sommers 1982 war es bei den Gesprächen über die zukünftigen Verfassungsprinzipien gelungen, eine Reihe von Hindernissen und strittigen Fragen auszuräumen.

Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die den Drei-Phasen-Plan grundsätzlich begrüßt hatte, akzeptierte, daß die UN-Überwachungstruppen (UNTAG) in der Übergangsphase die SWAPO-Guerilleros auch in den Nachbarländern Sambia und Angola kontrollieren dürften.

Allein der Wahlmodus, d.h. der Entscheid darüber, ob man ein am deutschen Wahlsystem orientiertes Wahlsystem oder ein einfacheres bevorzugen sollte, blieb ungeklärt, bis sich im April 1982 auch diesbezüglich ein Kompromiß abzeich-



SWAPO-Guerilleros - von Angola verkauft?

nete. In westlichen Verhandlungskreisen sprach man bereits von einem Waffenstillstand für Mitte August 1982 und nachfolgenden Wahlen im März 1983.

Wie schon so oft, erwies sich dieser Optimismus als verfrüht. Abgesehen von den zahlreichen ungelösten Detailproblemen hatte man die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Eine Stunde nachdem der Gesandte R. Reagans, General Walters, der den Angolanern gerade Hoffnungen auf einen „ruhigen“ Winter der Südhemisphäre gemacht hatte, aus Luanda abgeflogen war, eröffneten die südafrikanischen Truppen ihre Winteroffensive im Süden Angolas.

Bei den bekanntermaßen engen militärischen Kontakten zwischen dem Pentagon und Pretoria müssen die USA davon Wind bekommen haben. Sie griffen aber nicht ein, denn Angola sollte weichgekocht werden, um der RSA nach dem Scheitern ihrer „Internen Lösung“ für Namibia die dringend benötigte Atempause zu verschaffen.

Der Augenblick zur Verschärfung des Drucks auf Angola schien nicht ungünstig. Die Wirtschaft stöhnte unter den extrem hohen Verteidigungsausgaben und die politische Führung des Landes war in sich zerstritten. Ronald Reagan schickte Vizepräsident Bush nach Afrika. George Bush legte den Frontstaaten einen kosmetisch veränderten Vorschlag für den Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola vor, der – mit etwas Wirtschaftshilfe versüßt – das US-Junktim doch noch schmackhaft machen sollte.

Die US-Initiative kam dennoch nicht vom Fleck, weil der neue Aggressionsakt der Südafrikaner die Notwendigkeit kubanischer Truppen in Angola nur bestätigen konnte.

Ausverkauf Angolas auf Sal?

In dieser reichlich verfahrenen Situation des Namibia-Konflikts, der – das darf man nicht vergessen – auf den Köpfen des namibischen und angolanischen Volkes ausgetragen wird, nahm Angola die Zügel selbst in die Hand.

Nach mehreren Vorgesprächen traf im Dezember 1982 auf der kapverdischen Insel Sal eine hochrangige südafrikanische Regierungsdelegation unter Leitung von Außenminister Pik Botha und Verteidigungsminister Magnus Malan mit Manuel Alexandre Rodriguez, dem angolanischen Innenminister und Politbüromitglied der MPLA – Partei der Arbeit, und seinem Kabinettskollegen Faustino Muteka zusammen. Während sich die westlichen Massenmedien noch in Spekulationen über die Inhalte der ersten Gespräche ergingen, bereitete der ehemalige südafrikanische UN-Botschafter Eckstein Anfang Januar 1983 bereits die zweite Verhandlungsrunde vor, die dann mit etwas Verzögerung auch tatsächlich am 23. Februar d.J. eingeläutet wurde.

Wie wenig später aus Luanda verlautete, stand die Evakuierung der RSA-Truppen aus den Südprovinzen Angolas und die Frage von Sicherheitsgarantien für die Volksrepublik im Mittelpunkt der Diskussionen. Der angolanische Verhandlungsführer M. Alexandre Rodriguez wies daraufhin, daß weder die Frage der Anwesenheit kubanischer Truppen noch die Unterstützung der UNITA durch die RSA behandelt wurden. Auch von einem zweistufigen Vorschlag zu einem Waffenstillstandsabkommen könne keine Rede sein (siehe Kasten).

Damit könnten die in der westlichen Presse gedruckten Vermutungen widerlegt werden, die besagten, Angola beabsichtige einen Separatfrieden mit Südafrika zu schließen. Die Resolution 435 der UNO (Wortlaut in: AIB 10/1981, S.8), die Namibia in die Unabhängigkeit führen soll, lasse sich allerdings erst dann verwirklichen, wenn sich die Streitkräfte Südafrikas von angolanischem Territorium zurückgezogen hätten, hieß es von angolanischer Seite.

Einen zweiten Schritt in diese Richtung hätte man in einer

Sam Nujoma Kein Durchbruch in Sicht

Über die letzten beiden Jahrzehnte hat Sam Nujoma (53) die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) in ihrem Kampf um die nationale Unabhängigkeit Namibias angeführt. In einem Newsweek-Interview von Patricia J. Sethi legt der SWAPO-Präsident seine Sicht zum aktuellen Stand der Namibiafrage dar.

FRAGE: Jedes der so oft von Washington oder Pretoria erstellten „Geheim“dokumente beschreibt genau einen „nahe bevorstehenden Durchbruch“ in Namibia. Dann findet doch kein Durchbruch statt. Was geht eigentlich vor?

S. NUJOMA: Das ist ein Teil einer klugen Strategie, die von der Reagan-Administration und der südafrikanischen Regierung aufgezogen worden ist, um das rassistische Regime in Pretoria aus der internationalen Isolierung herauszuführen. Es ist ein Versuch, das Regime mit einem schönen Kleid herauszuputzen, so als müßte man annehmen, daß es aufgrund der vorausgegangenen Politik leichter, besser ginge.

Es ist alles Bestandteil des gleichen listigen Prozesses, der von der Reagan-Administration in die Wege geleitet wurde, um die Namibiafrage den Vereinten Nationen zu entziehen, um Namibias Unabhängigkeit mit dem kubanischen Abzug aus Angola zu verknüpfen. Die Reagan-Administration hielt den falschen Eindruck aufrecht, man sei dicht vor einem Durchbruch und habe nur noch ein paar übriggebliebene Dinge zu beseitigen, und daß die Verhandlungen mit den Angolanern vorankämen. Es war nicht mehr als ein Täuschungsmanöver, um Südafrika eine Chance zu geben, seine interne Lösung mit Namibia durchzudrücken. (...)

FRAGE: Was ist Ihr Eindruck von den Gesprächen zwischen Angola und Südafrika im Februar d.J. auf den Kapverden?

S. NUJOMA: Wenn das Ergebnis der Gespräche auf irgendeinem Weg Verhandlungen mit sich bringt, werden wir uns sicherlich beteiligen, weil die SWAPO der Meinung ist, daß der bewaffnete Befreiungskampf, den wir führen, nicht im Widerspruch zu Verhandlungen steht.

Unser Kampf ist ein Kampf für Unabhängigkeit und Frieden. Wenn es eine Möglichkeit für Verhandlungen mit Südafrika oder über die Vereinten Nationen gibt, dann ist die SWAPO zu Gesprächen bereit. Wir kämpfen für eine gerechte Sache; deshalb gibt es nichts zu befürchten.

FRAGE: Befürchten Sie nicht manchmal, daß wirtschaftlicher und politischer Druck des Westens auf die Frontstaaten deren Solidarität mit der Sache der SWAPO beeinträchtigen könnte?

S. NUJOMA: Die SWAPO schätzt all die Anstrengungen der Frontstaaten zu unseren Gunsten. Aber wir erkennen klar, daß es letztlich unsere Aufgabe ist, unsere Freiheit zu gewinnen. Ungeachtet der Zwänge seitens der Reagan-Administration werden wir weiterkämpfen.

FRAGE: Was für eine Rolle spielen Jonas Savimbi und seine Bewegung für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA)?

S. NUJOMA: Die UNITA ist ein Chip in den Händen des rassistischen Regimes in Pretoria, ein Werkzeug, um es gegen Namibia zu gebrauchen. Sabotageakte, angeblich von der UNITA verübt, sind tatsächlich aber von afrikanischen Söldnern und Truppen ausgeführt worden. Savimbi zählt nichts. Die UNITA hat keinen Rückhalt in Angola.

FRAGE: Wie reagieren Sie auf das Argument, daß es eine „Verknüpfung“ zwischen der Unabhängigkeit Namibias und der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola gäbe?

S. NUJOMA: Die Position der SWAPO bezüglich einer Verknüpfung ist klar: kein Handel.

Angola ist ein souveräner Staat, Kuba ist ein souveräner Staat. Das hat nichts mit Namibia zu tun. Die USA und Südafrika versuchen den Eindruck zu erwecken, daß die SWAPO und Angola ein und dieselbe Streitfrage sei. Sie sind es nicht.

Reagans Politik ist gekennzeichnet durch das antikommunistische Prisma, durch welches er die Welt sieht. Das amerikanische Volk bekämpfte die britische Kolonialmacht, aber die Reagan-Administration will nicht, daß wir für unsere Freiheit kämpfen. Das ist ein Verrat an amerikanischen Werten und an der amerikanischen Geschichte. (...)

(Quelle: Newsweek, New York, 4.4.1983, S. 52)

M. Alexandre Rodriguez

Verlauf der angolanisch-südafrikanischen Gespräche

Seit Monaten kursieren wilde Gerüchte, die Regierung der Volksrepublik Angola habe in Verhandlungen mit Südafrika ein Arrangement getroffen, das einem Ausverkauf der namibischen Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) gleichkomme. Zum wirklichen Gegenstand und Ausgang dieser angolanisch-südafrikanischen Gespräche auf der Insel Sal (Kapverden) nahm Manuel Alexandre Rodriguez, Innenminister der Volksrepublik Angola (VRA) und Politbüro-Mitglied der regierenden MPLA – Partei der Arbeit – Stellung.



Südafrikanische Helikopter-Crew an der angolanischen Grenze

Die Massenmedien des Westens haben mehrfach über angolanisch-südafrikanische Verhandlungen auf der Insel Sal berichtet. Angola hat darüber nichts gemeldet, da keine konkreten Ergebnisse erreicht wurden.

Wir haben uns jedoch nicht das erste Mal mit der Republik Südafrika (RSA) an den Verhandlungstisch gesetzt, wie das die westliche Presse schreibt, die sich darauf beruft, daß Angola des Krieges müde sei, im Lande eine schwierige ökonomische Lage entstanden wäre und die antiangolanischen konterrevolutionären Gruppierungen ihre Tätigkeit sichtbar aktiviert hätten. Wir haben die Verhandlungen keineswegs deshalb begonnen.

Wir haben uns mehrfach mit Vertretern der RSA getroffen, um sowohl die Lage an der angolanisch-namibischen Grenze als auch das Problem der Gewährung der Unabhängigkeit für Namibia zu erörtern. Wir sehen es als unsere Pflicht an, Bedingungen für die Realisierung der Resolution 435 des UN-Sicherheitsrates (vom September 1978, Wortlaut in: AIB 10/1981, S.8; d. Red.) zu schaffen, die das einzige rechtmäßige Dokument über die Entkolonialisierung Namibias darstellt. Vertreter Angolas haben sich ebenfalls mit Südafrikanern getroffen, um Fragen des Gefangenaustausches zu klären.

Die Initiatoren für die Verhandlungen auf der Insel Sal waren Vertreter der RSA. Wir sind ebenfalls an einer Lösung der Probleme des Südlichen Afrika interessiert.

Wir haben unser Territorium den Namibianern zur Verfügung gestellt, und wir sehen es als unsere Pflicht an, die SWAPO zu unterstützen. Und das tun wir auch. Diese unsere Haltung haben wir niemals aufgegeben, und in den Verhandlungen mit der RSA wird Angola die SWAPO in keinerlei Weise verraten. Das müßte völlig klar sein.

Während des ersten Treffens unterbreiteten die Südafrikaner eine Reihe von Vorschlägen. Wir übergaben ihnen unsere Gegenvorschläge unter Berücksichtigung der Interessen unseres Landes und der SWAPO. Um eine Regelung des Namibiaproblems in Übereinstimmung mit der Resolution 435 zu finden, denken wir, daß es in den Verhandlungen mit der RSA notwendig ist, die Interessen der SWAPO als Befreiungsbewegung, die sich in Angola befindet und in

der ganzen Welt als legitimer Vertreter des Volkes Namibias anerkannt ist, zu berücksichtigen.

Die SWAPO zeigte damals ihren guten Willen, als sie der Teilnahme an den Verhandlungen mit den „inneren“ namibischen Parteien in Genf (vom Januar 1981; d. Red.) zustimmte. Damit dokumentierte sie ihre Bereitschaft zur Realisierung der Resolution 435. Wir zwingen die SWAPO nicht, im Innern Namibias für die Durchführung von Wahlen und die Beendigung des Krieges zu handeln. Die SWAPO selbst wünscht genauso wenig den Krieg wie wir ihn wollten, als wir gegen die portugiesischen Kolonialisten kämpften. Der Krieg wurde uns aufgezwungen.

Und gerade deshalb erörtern wir in den Verhandlungen mit den Vertretern der RSA nicht die Frage einer Feuereinstellung zwischen Angola und der RSA.

Wir haben der RSA nicht den Krieg erklärt. Im Gegenteil, sie hat uns einen unerklärten Krieg aufgezwungen unter dem Vorwand, daß wir die SWAPO unterstützen. Wir sind der Meinung, daß die RSA ihre feindlichen Aktionen, das Eindringen in unser Land beenden muß. Sie muß ihre Streitkräfte von angolanischem Territorium abziehen. Das ist eines der Hauptprobleme in den Verhandlungen mit der RSA. Wir sind der Meinung, daß die Resolution 435 solange nicht realisiert werden kann, wie sich Streitkräfte der RSA auf angolanischem Territorium befinden.

Nach dem ersten Treffen VRA-RSA auf der Insel Sal wurde vereinbart, das zweite Treffen Ende Januar (1983; d. Red.) durchzuführen, wo wir die Antwort auf unsere Vorschläge erwarteten.

Es war vorgesehen, am 1. Februar (1983; d. Red.) mit einem Waffenstillstand zu beginnen und danach zur Realisierung der Resolution 435 überzugehen. Wenn wir über einen Waffenstillstand oder eine Feuereinstellung sprechen, so verstehen wir darunter eine Feuereinstellung zwischen der RSA und der SWAPO. Diese Frage wird in den Gesprächen auf der Insel Sal erörtert. Auf die südafrikanischen Angriffe und Provokationen werden wir mit Feuer antworten. Die RSA provoziert uns dazu.

Einen Tag vor dem zweiten Treffen erklärte die RSA, daß sie die Zusammensetzung ihrer Delegation verändert und ihren Rang verringert hat. Das zeugt davon, daß Pretoria nicht daran interessiert ist, auf einer entsprechenden Ebene an diesen Verhandlungen teilzunehmen und ernsthaft an die Lösung des Problems heranzugehen.

Angola seinerseits hat stets seinen guten Willen gezeigt; wir müssen jetzt die Wahrheit klarstellen, da westliche Massenmedien behaupten, daß die VRA versuche, die SWAPO zu erwürgen, indem sie auf die Verhandlungen mit der RSA eingegangen sei.

Davon kann keine Rede sein. Wir wollen ebenfalls mit der RSA nicht die Frage der Beendigung der Tätigkeit der UNITA (von Südafrika ausgehaltene Banden unter Führung Jonas Savimbi; d. Red.) erörtern. Für uns ist das nicht das Hauptproblem. Angola beabsichtigt nicht, seine Probleme auf Kosten eines Tauschhandels von SWAPO und UNITA zu lösen. Die UNITA ist für uns eine Marionettengruppierung, die von den Portugiesen gegründet wurde und jetzt von der RSA unterstützt wird.

Die RSA behauptet, daß sich in Namibia angeblich keine Mitglieder der UNITA befinden und die RSA ihnen keine Hilfe gewährt.

Während des zweiten Treffens haben wir erneut bewiesen, daß wir bereit sind, die Erörterung der existierenden Probleme fortzusetzen. Das zweite Treffen in der Republik der Kapverden zeigte, daß die RSA versucht, Zeit zu gewinnen und eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zu betreiben. Trotzdem sind wir bereit, die Verhandlungen fortzusetzen und beabsichtigen nicht, von ihnen Abstand zu nehmen. Wir denken, daß bilaterale Verhandlungen unser Recht als souveräner und unabhängiger Staat sind.

Wir wissen unsere Souveränität und Unabhängigkeit zu verteidigen, da wir darum seit Februar 1961 mit der Waffe in der Hand kämpfen und, wie bekannt, seitdem noch keinen friedlichen Tag erlebt haben.

Wir haben unsere Unabhängigkeit auf bewaffnetem Wege errungen. Heute unterstützen wir den Kampf des namibischen Volkes, das mit der Waffe in der Hand für seine gerechte Sache kämpft.

(Quelle: TASS, Moskau, 27.2.1983)

Feuereinstellung zwischen der SWAPO und der RSA gesehen. Als Termin habe man gemeinsam den 1. Februar d.J. anvisiert. Ob und inwieweit dabei die SWAPO ein Wörtchen mitzureden hatte, ließ sich weder in Luanda noch in Pretoria erfahren (zur Position der SWAPO siehe die Erklärung von Sam Nujoma; d. Red.). Im Endeffekt kam es weder zu Sicherheitsgarantien noch zu einer Feuereinstellung.

Wie jedes Jahr startete die SWAPO auch dieses Jahr ihre Offensive mit dem Beginn der Regenzeit (zweite Märzhälfte; d. Red.). Spezialeinheiten der Befreiungsarmee aus Volcano/Angola drangen in einer nie gekannten Stärke von 600-800 Mann auf namibisches Territorium vor.

Südafrika nahm dies offiziell zum Anlaß, die zweite Gesprächsrunde auf niedriger Regierungsebene zu führen. Anstelle der hochrangigen Regierungsvertreter reisten nur der Direktor des Außenministeriums, Hans von Dalsen, und der südafrikanische Botschafter in den USA, Brand Fourie, an. Sie konnten offenbar keine entscheidenden Vertragsverhandlungen mehr führen. Die Initiative ist somit praktisch nach kurzem Aufflackern wieder zum Erliegen gekommen.

Angesichts der ebenfalls anhaltenden Aktionen der von südafrikanischer Seite unterstützten UNITA-Rebellen Jonas Savimbi in Südafrika, kann über die wahren Hintergründe dieses Verhaltens nur spekuliert werden. Wollen die Südafrikaner mit ihrer Politik von Zuckerbrot und Peitsche nur Zeit gewinnen? Der angolanische Innenminister Alexandre Rodriguez meint darin eine gewisse Plausibilität zu erblicken. Oder sind es gar die USA, die hier einen diplomatischen Durchbruch verhinderten?

Der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Truppen, General Viljoen, erklärte auf seiner alljährlichen Inspektionsreise in das Operationsgebiet im Norden Namibias im Januar d.J., daß er nicht mit einem Rückzug südafrikanischer Truppen vor Weihnachten 1983 rechne. Zu diesem Zeitpunkt war das Ziel publizistischer Effekthascherei durch die Gespräche mit Angola erreicht. In Namibia wollte man in aller Ruhe, und ohne Perspektiven auf eine Verhandlungslösung zu eröffnen, an die Neuordnung der innenpolitischen Verhältnisse gehen. Auch die USA hätten guten Grund, Verhandlungserfolge zu blockieren. Trotz seiner Allianz mit Pretoria möchte Washington die Finger am Drücker behalten. Genau das war aber seit geraumer Zeit nicht mehr der Fall. Die US-Außenpolitik hat sich mit der Verknüpfung von kubanischem Truppenrückzug und Namibia-Lösung selbst in eine aus-

sichtslose diplomatische Ecke manövriert, aus der es momentan keinen Ausweg gibt.

Das wurde nicht nur an den bilateralen Gesprächen zwischen Südafrika und der VR Angola deutlich, die ohne Zutun und Beteiligung der USA abliefen, wengleich sie von dem kapverdischen Präsidenten Pereira davon in Kenntnis gesetzt wurden. Chester Crockers Bemühungen, die Sowjetunion einzuschalten, blieben ebenfalls ohne Ergebnis und US-Botschafter Platts Reise nach Luanda und Lissabon Ende Januar d.J. verlief im Sande.

Der internationale Widerstand gegen das Junktim der USA hat noch nicht nachgelassen. Da ist guter Rat erst einmal teuer. Doch Washington ist bereit zu zahlen. Ein Grundsatz der Reagan'schen Außenpolitik – die ökonomische Erpressung – gewinnt mit jeder Dürre, mit jedem Preisverfall an den internationalen Rohstoffbörsen an Attraktivität, denn welches afrikanische Land ist nicht von diesen Übeln geplagt?

Südafrikas Spiel auf Zeit

Ein nigerianischer Diplomat bringt es auf den Nenner: „Ja, wir sind verbittert über Reagans Namibia-Politik. Aber die Stimmung im Lande sagt auch, wir müssen uns den USA annähern, um so viel wie möglich von den Amerikanern zu erhalten.“ Egal wessen Stimmung da zum Ausdruck gebracht wird, die USA setzen auf diesen Trend und die Südafrikaner mit ihnen. Die Lissaboner Konferenz der westlichen Kontaktgruppe, die noch für den März d.J. angesagt war, kann unter diesen Umständen nur wenig Hoffnung bieten, zumal die Bundesregierung unter Helmut Kohl aus der Anti-Reagan-Front ausgeschert ist und neuerdings das US-Junktim auf die Hilfe der EG für Angola angewendet sehen will.

Die südafrikanische Regierung nutzt unterdessen die Zeit für einen Neubeginn. Willie van Niekerk, frisch ernannter Generaladministrator von Namibia, soll mit lokalen Beratungsausschüssen einen Ersatz für die gescheiterte Demokratische Turnhallenallianz (DTA) von Dirk Mudge schaffen. Dem zweiten Anlauf für eine „Interne Lösung“ kann freilich nur wenig Aussicht auf Erfolg beigemessen werden. Das nächste entscheidende Wort wird der bewaffnete Befreiungskampf sprechen müssen.

Pfingsten 1983 zum vierten Mal!

20. bis 23. Mai

Henry-Ford-Bau der FU Berlin

Vorlesungen, Diskussionen,
Theater, Lieder,
Freizeit ...



VOLKSUNI-Büro:
Muthesiusstraße 38
1000 Berlin (West) 41
Tel.: 030/7928920
(Di 11-18 Uhr)

Was wir machen?

- Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Arbeitslosen-Initiative und Gewerkschaften; Ökonomen zum Scheitern wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen von SPD und DGB; Zukunft der Arbeit. Gewerkschaften in der Krise.
- Faschismus. Lehren der Vergangenheit, heutige Aufgaben; Gewerkschaften und ihre Möglichkeiten vor 1933; Faschistisches Erbe im Arbeitsrecht; Kultur und Kunst im Faschismus.
- Frauenbewegung. Ihr Verhältnis zu Staat und Wirtschaftskrise. Vergesellschaftung über die Körper. Frauenkulturen und Moral.
- Politik. Sozialdemokratie – Grüne – Alternative.
- Friedensbewegung. Rüstungsbarock. US-Imperialismus. Angst und Widerstand.
- Weitere Schwerpunkte: Gesundheit, Ökologie, Erziehung und Christen.
- Künstler: Eva-Maria Hagen, Dieter Süverkrüp, Martin Buchholz, Walter Mossmann, die Nirreländer.

Weitere Informationen erhältlich über die VOLKSUNI-Briefe (10,- DM pro Jahr). Schlafplätze können über das Volksuni-Büro vermittelt werden.

**Das Jahr ist jung. Der Sommer kommt bestimmt.
Wier sind die SDAJ-Jugendreisen!**

**17.-30.7. Freundschaftszug
in die CSSR**
450,- (Gruppen ab 10: 40% Nachlaß)

**Internationales
Freundschafts-
Camp in der DDR** 350,- incl. (Gruppen ab 10: Nachlaß 10%)
15.-28.7.

An SDAJ, Sonnenscheinstraße 8, 4600 Dortmund 1
Ich melde mich an für (ankreuzen! Beides geht leider nicht!)
○ CSSR-Freundschaftszug, 17.-30.7. 83 und überweise 50.000DM
○ DDR-Freundschaftscamp, 15.-28.7. 83 Anzahlung auf das Postkonto
Essen 18684-439, SDAJ

Name: Anschrift:
Geburtsdatum, /Ort: Reisepaß-Nr.:
Datum: Unterschrift:

Klaus D. Fischer

Neue Erkenntnisse über Israels Kriegsverbrechen im Libanon

2. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission



Massaker-Opfer in einem Beirut Palästinenserlager

Zu ihrer 2. Sitzung trat die „Internationale Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das libanesisches und palästinensische Volk“ am 27. Februar 1983 in Genf zusammen.¹

Im Mittelpunkt ihrer zweitägigen Beratungen standen diesmal die Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, die Situation der Kriegsgefangenen und die Destabilisierung des Libanon durch die fortdauernde israelische Okkupation. Darüber hinaus wurde die Untersuchung der während der Aggression begangenen Kriegsverbrechen fortgesetzt.

Ärzte, Krankenschwestern, Juristen, Journalisten und andere Zeugen wurden gehört und befragt, Filmmaterial gesichtet sowie mehr als 20 Expertenberichte und Ergebnisse anderer Kommissionen einbezogen und geprüft. Unter den Zeugen und Sachverständigen befanden sich u.a. auch Dr. Fathi Arafat, Vorsitzender des Palästinensischen Roten Halbmondes, Albert Farhad, Repräsentant der Libanesischen Nationalbewegung, Avidor Feldmann, israelischer Anwalt und Verteidiger palästinensischer Gefangener und Joseph Algazy, der Generalsekretär der israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte.

Mit grauerregenden Szenen wurden die Kommissionsmitglieder konfrontiert, als der japanische Fotojournalist Hirokawa die Filmaufnahmen vorführte, die er unmittelbar nach dem 40stündigen Massaker in den beiden Flüchtlingslagern Sabra und Shatila gedreht hatte.

Hirokawa, einst Freiwilliger in einem israelischen Kibbutz und mit einer französischen Jüdin verheiratet, hatte sich als erster Journalist Zugang zu den Lagern verschafft. Er stieß dort auf Leichenberge, die mit Häusertrümmern von Bulldozern zusammengeschoben worden waren, auf zerstückelte, erschlagene, erstochene und erschossene Palästinenser und Libanesen.

Entgegen der offiziellen israelischen Version, wonach „nur“ einige hundert Menschen Opfer der Massaker geworden sein sollen, kam die Kommission nach eingehender Prüfung zahlreicher Quellen zu dem gleichen Ergebnis wie der israelische Journalist Amnon Kapeliuk:² Zwischen 3.000 und 3.500 der insgesamt 20.000 verbliebenen Lagerbewohner waren in der Zeit vom 16. bis 18. September 1982 ermordet worden.

Rechtsanwalt Dr. Franklin Lamb (USA), der im Auftrag einiger Kongreßabgeordneter einen Bericht über die „Internationale juristische Verantwortung in Bezug auf das Sabra-Shatila-Massaker“ erstellt hatte, präsentierte eine Fülle von Fakten, die die israelische Beteiligung an Planung und Ausführung der Massaker unzweideutig nachwiesen.

So hatten z.B. die zwei einwandfrei identifizierten phalangistischen Mord-Einheiten „Tiger“ und „Wächter der Zedern“ jeweils 16monatige Ausbildungsprogramme in Israel

absolviert. Israelische verantwortliche Stellen waren es gewesen, die entschieden, daß diese Einheiten die Lager betreten sollten. Sie hatten die genaue Zeit und den Zugangsort bestimmt. Sie hatten den Sammelpunkt auf dem Beirut Flughafen arrangiert, Waffen, Munition, sonstige Ausrüstung, Fahrzeuge (sogar die Bulldozer) zur Verfügung gestellt.

Während der gesamten Zeit des Massakers hatten die Israelis und die beteiligten Phalangisten Verbindungsoffiziere im jeweils anderen Hauptquartier. Während der Nächte des 16. und 17. September 1982 sorgte israelische Artillerie und Luftwaffe mit Leucht- und Signalmunition über den Lagern für eine fast dem Tageslicht entsprechende Beleuchtung. „Von einem siebenstöckigen Appartementhaus aus, das das israelische Militär als Beobachtungsposten nutzte, hatte die israelische Armee eine ausgezeichnete Aussicht auf die Lager, besonders Shatila, und auf viele der Bewegungen und Aktivitäten in Teilen der Lager. Wegen der Nähe dieses Beobachtungspunktes zum Zentrum des Massakers konnten Gewehrfeuer und die Schreie der Opfer leicht gehört werden.“ (Dr. Lamb) Es war u.a. gerade diese Tatsache, die die israelische Kahan-Kommission³ in ihrem Untersuchungsbericht ausdrücklich leugnete.⁴

Die Internationale Untersuchungskommission kam zu der Überzeugung, daß diese entsetzlichen Taten „Teil der umfassenden Aggressions-, Annexions- und Vernichtungspolitik der Regierung Begin sind, und daß sie die rassistischen Aspekte des Zionismus zum Vorschein bringen“.

Über die Lage der insgesamt 15.500 gefangengehaltenen und internierten Palästinenser und Libanesen berichtete u.a. Joseph Algazy. Die Gefangenen würden sehr schlecht behandelt, teils sogar gefoltert. Der israelischen Menschenrechtsliga seien die Namen von 7 jener 8 Häftlinge bekannt, die laut zuverlässiger Information unter der Folter gestorben und auf dem Friedhof von Sidon begraben seien.

Besonders schlimm sei die Lage der mehr als 5.000 im Konzentrationslager Al-Ansar internierten Gefangenen. Nach wie vor hätten sie keinerlei Rechtsstatus und könnten weder zu Anwälten noch zu Familienangehörigen Kontakt aufnehmen. Mehr als 20 kürzlich freigelassene Kriegsgefangene seien unmittelbar darauf von Maskierten entführt worden und seitdem verschwunden.

„Wir sind glücklich, feststellen zu können“, so schloß Joseph Algazy dann seinen Beitrag in Genf, „daß die Zahl der israelischen Soldaten ständig steigt, die sich weigern, im Libanon, in der Westbank, in Gaza und auf den Golan-Höhen ihren Dienst abzuleisten, obwohl sie dafür eine Gefängnisstrafe erwartet. Ein junger Mann weigerte sich sogar, die Rolle eines Wärters im Lager Al-Ansar zu spielen. Er erklärte: 'Ich bin lieber selbst ein Gefangener als ein Kerkermeister.'“

Auch der Schweizer Parlamentsabgeordnete Metral, der den Libanon kürzlich bereist hatte, legte eine Reihe von Zeugnissen über Gefangenenmißhandlungen und Folterungen vor. Ganz anders dagegen seine Eindrücke von der Behandlung

Schlußfolgerungen der Genfer Tagung

Die Mitglieder der Internationalen Kommission erklären, daß:

1. die widerrechtliche Situation, die durch die Okkupation geschaffen wurde, nur durch den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug der israelischen Truppen von libanesischem Territorium beendet werden kann – entsprechend den Resolutionen 508 und 509 des Sicherheitsrats als unerläßliche Bedingung für die Wiederherstellung der Souveränität im Libanon und für eine Normalisierung seines politischen und sozialen Lebens;

2. Israel als Besatzungsstaat voll verantwortlich ist für alle strafbaren Handlungen, die durch seine Streitkräfte und seine Kollaborateure auf dem Territorium begangen wurden, das es besetzt und kontrolliert.

Die Tatsachen, die von der Israelischen Kommission zur Untersuchung der Massaker in palästinensischen Flüchtlingslagern (Kahan-Kommission; d. Red.) aufgedeckt wurden, unterstreichen, fügt man sie den Zeugnissen hinzu, die von unserer Kommission gesammelt wurden, das Prinzip der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit aller Personen – ob auf interner oder internationaler Ebene –, die schuldig sind, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen den Frieden begangen zu haben.

Unsere Internationale Untersuchungskommission unterstützt die Anstrengungen all jener, die in Israel dafür kämpfen die Verbrechen zu beenden, die ihre Führer im Namen des israelischen Volkes begehen.

Die Kommission betont einmal mehr die Tatsache, daß in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht solche Verbrechen nicht der Verjährung unterliegen, und daß die verurteilte Bestrafung unwiderruflich ist. (Konvention von 1968 über die Nicht-Verjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit).

Die Kommission ruft die Praxis des Nürnberger Tribunals (von 1945; d. Red.) in Erinnerung, das die Hauptkriegsverbrechen des 2. Weltkrieges aburteilte. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit, auf Artikel 90 des Zusatzprotokolls der Genfer Konvention von 1949 über den Schutz der Kriegsgefangenen zurückzugreifen, um so eine zwischenstaatliche Kommission zur Untersuchung der Verbrechen, die von Israel mit Hilfe seiner Komplizen auf libanesischem Territorium begangen wurden, zu schaffen (...);

3. die fortdauernde Situation im Libanon die fundamentale Rolle der USA in diesem Krieg zum Vorschein bringt. Die USA tragen Verantwortung hinsichtlich der Okkupation als auch der Verbrechen, für die Israel der Schuldige ist;



Teilnehmer der 1. Kommissionstagung in Nikosia

4. die fortdauernde Okkupation, die brutale Gewalt, die Mißachtung der Prinzipien und Normen des Völkerrechts durch Israel ernsthafte Hindernisse für eine gerechte und umfassende Beilegung der Krise im Nahen Osten sind, die die legitimen Interessen aller Staaten und aller Völker der Region berücksichtigen muß, insbesondere die Notwendigkeit, das legitime Recht des palästinensischen Volkes zu gewährleisten, seinen eigenen Staat zu errichten und in vollständiger Unabhängigkeit über seine Beziehungen zu anderen Staaten zu entscheiden;

5. die fortwährende Aggression und Okkupation Israels und die daraus folgenden Verbrechen ebenso eine Gefahr für den Weltfrieden sind. Deshalb hält es die Kommission für notwendig, die Weltöffentlichkeit, politische Parteien, soziale und religiöse Bewegungen, Regierungen und Parlamente, internationale und zwischenstaatliche Organisationen zu alarmieren und aufzurufen, ihre Stimme zu erheben und zu handeln, um den Schutz der libanesischen und palästinensischen Bevölkerung zu garantieren und sicherzustellen, indem sie alles in ihren Kräften stehende tun, um ohne Verzögerung den Verbrechen der israelischen Regierungselite Einhalt zu gebieten, wie auch der widerrechtlichen Besetzung, die sie ausübt, und um den Rückzug aller israelischen Streitkräfte aus dem Libanon und die Befreiung aller Gefangenen herbeizuführen.

der 8 Israelis, die sich im Gewahrsam der Fatah (größte Mitgliedsorganisation der Palästinensischen Befreiungsorganisation) befinden. Metral zeigte Dia-Aufnahmen der 17- bis 21-jährigen Kriegsgefangenen und berichtete von seinen Gesprächen mit ihnen. Haftbedingungen und Versorgung der 8 seien ausgezeichnet und über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes erhielten sie Paketsendungen ihrer Angehörigen.

Bei der Untersuchung der israelischen Politik im besetzten Libanon kam die Kommission zu dem Ergebnis, daß die Besatzungsmacht durch verschiedene Maßnahmen (u.a. Einführung der israelischen Währung, unbegrenzter Import zahlreicher zollfreier israelischer Waren) dabei sei, die sozial-ökonomischen Strukturen des Libanon systematisch zu destabilisieren und zu zerstören. Der Kommission drängte sich von daher die Vermutung auf, daß M. Begin, A. Sharon und die anderen fanatischen Anhänger eines „Groß-Israel“ das Ziel verfolgen, den besetzten Teil des Libanon in ein Protektorat zu verwandeln.

Bei Fortführung der in Nikosia begonnenen Ermittlungen⁵ über den Einsatz völkerrechtlich geächteter Massenvernichtungswaffen durch die israelischen Aggressoren wurde möglicherweise das Geheimnis der verschiedentlich erwähnten „Spielzeugbomben“ geklärt.

In einem detaillierten Bericht hatte Dr. Lamb den Einsatz von 6 verschiedenen Arten von Kugel-, Splitter- und Schrapnell-Bomben durch die israelische Armee nachgewiesen. Eine dieser Bombenarten (Bezeichnung CBU 58), die schon im Vietnamkrieg (1964-73) von den USA abgeworfen worden war, besteht aus fast mannshohen Kanistern, angefüllt mit grauen tennisballgroßen Splitterbomben. Nach seinen Recherchen (u.a. auch Auskünfte des französischen Truppenkontingents im Libanon) kann man davon ausge-

hen, daß bei Abwurf dieser Bomben etwa 20% Blindgänger anfielen.

Gleichzeitig berichtete der indonesische Chirurg Dr. Rusli, der während des Krieges für eine norwegische Hilfsorganisation in Beirut arbeitete, vom Fall einer Mutter, deren rechtes Bein er amputieren mußte. Sie konnte sich daran erinnern, daß sich ihr vierjähriger Sohn von der Hand losgerissen hatte, um mit einem kugelförmigen Gegenstand zu spielen, den er entdeckt hatte. Ehe sie ihn zurückreißen konnte, wurde er durch die Explosion dieses Gegenstandes zerrissen. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß es sich hier wie in anderen ähnlich gelagerten Fällen um eine Splitterbombe des Typs CBU 58 gehandelt haben könnte.

Zusammenfassend erklärte die Internationale Untersuchungskommission am Ende ihrer zweitägigen Beratungen, daß die fortdauernde Aggression und Okkupation Israels auch eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt. Sie rief dazu auf, alles zu tun, um den Schutz der libanesischen und palästinensischen Bevölkerung sicherzustellen, um die widerrechtliche Besetzung zu beenden und die Befreiung aller Gefangenen herbeizuführen.

Anmerkungen:

- 1) Die erste Sitzung der Kommission fand am 15.-17. August 1982 in Nikosia/Zypern statt.
- 2) Siehe: A. Kapeliouk, Sabra et Chatila. Enquête Sur En Massacre, Paris 1982, S. 9ff.
- 3) Der Kahan-Kommission, die im September 1982 gebildet wurde, gehören an: die Juristen Yitzak Kahan, Präsident des Obersten Gerichtshofs Israels, Aharon Barak, Richter derselben Institution, und der Generalmajor i.R. Yona Efrat.
- 4) Vgl. autorisierte englische Fassung des Abschlußberichts der Kahan-Kommission vom Februar 1983, in: Jerusalem Post, 9.2.1983, S.12
- 5) Siehe Bericht von G. Stuby, in: AIB 10/1982, S. 28-31

Lamuv Verlag

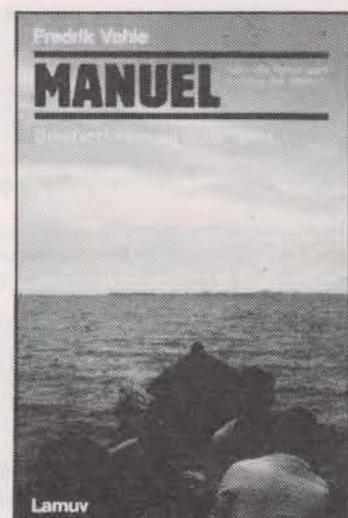
Martinstraße 7 · 5303 Bornheim-Merten



Domitila erzählt ihr Leben, und ihr Leben erzählend, erzählt sie das Leben vieler.
Lamuv Taschenbuch 27
273 Seiten, **DM 16,80**



Kein Buch *über*, sondern *von* Dienstmädchen.
Lamuv Taschenbuch 28
118 Seiten
DM 9,80

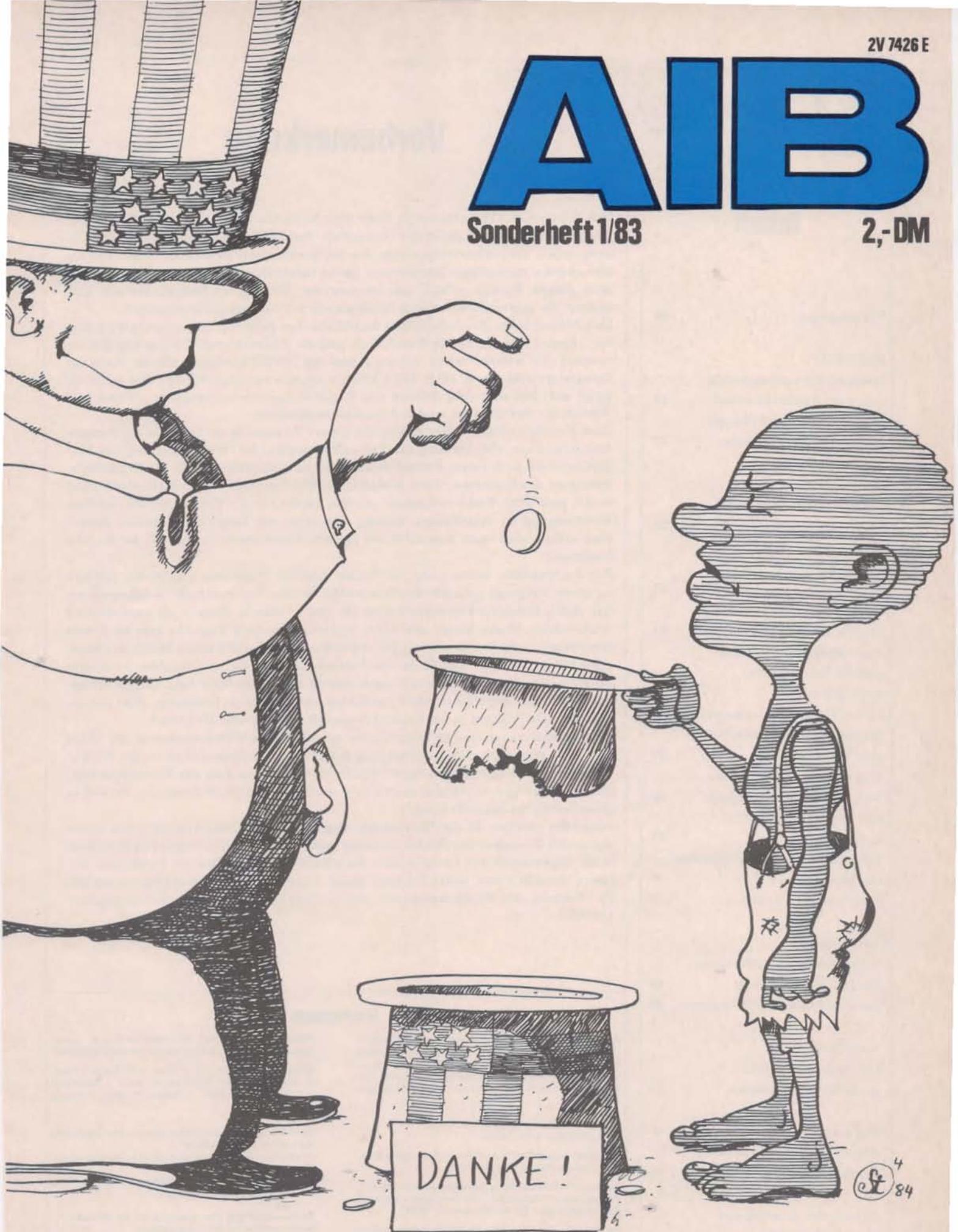


Ein Geschichtenroman in vier Teilen aus Nicaragua.
Lamuv Taschenbuch 11
240 Seiten, 30 Abb.
DM 12,80

AIB

Sonderheft 1/83

2,- DM



Bundesrepublik und 3. Welt

Inhalt

Vorbemerkung	18
<i>Rainer Falk</i>	
Bilanz der Entwicklungspolitik der sozial-liberalen Koalition	19
Neokolonialistische Weltmacht BRD – eine Datenübersicht	22
<i>Rainer Falk</i>	
Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher	26
<i>Originalton CDU/CSU</i>	
Aus der Regierungserklärung CDU-Grundsatzprogramm zur Entwicklungspolitik	27
Verteidigungsminister Wörner über NATO-Aufgaben in der dritten Welt	28
CDU/CSU über Rüstungsexport	28
Entwicklungshilfeminister Warnke über Vergabekriterien	29
Staatssekretär Köhler über die Neue Weltwirtschaftsordnung	30
F. J. Strauß über Demokratie in der dritten Welt	31
CDU/CSU über China, Afghanistan und Nahost	38
CDU/CSU-Afrikapolitik	38
<i>Nico Biver</i>	
Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der dritten Welt	40
Das Beispiel der Pharma-Konzerne	42
<i>Wolff Geisler</i>	
Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte	45
<i>Diskussion</i>	
Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik	48
<i>Aktions- und Materialspiegel</i>	
Aktionsmöglichkeiten und Materialtips	50
Buchhinweise	51

Vorbemerkung

Seit September 1982 amtiert in Bonn eine Koalition aus CDU/CSU und FDP. Die 13jährige Periode sozialliberaler Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik ist vorbei. In dem neben dem Auswärtigen Amt für die Beziehungen zu Afrika, Asien und Lateinamerika zuständigen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit residiert jetzt Jürgen Warnke (CSU), ein Intimus von Franz-Josef Strauß, der wie kein anderer die aggressivste Variante bundesdeutscher Außenpolitik verkörpert.

Den Männern der Rechtskoalition Kohl/Genscher geht wie selbstverständlich über die Lippen, daß die Dritte-Welt-Politik und die Entwicklungshilfe künftig den Interessen der westdeutschen Industrie und der NATO zu dienen hätten. Nach der Bundestagswahl am 6. März 1983 können sie sich bestätigt fühlen. Dies wirft die Frage auf: Wie weit geht die von den Regierungsparteien propagierte „Wende“ im Bereich der Beziehungen zu den Entwicklungsländern?

Zum Konzept dieser Kräfte gehört die engere Anpassung an den Kurs der Reagan-Administration, die Kürzung der Entwicklungshilfe, die Neubestimmung der Vergabekriterien nach einem Freund-Feind-Schema, mehr Fürsorge für die Expansionsinteressen der Konzerne. Noch offen bleibt: Was kann von diesen Zielvorstellungen in die politische Praxis umgesetzt werden angesichts der Kräfte, die die Solidaritätsbewegung zu mobilisieren vermag, angesichts der Gegenkräfte in der Dritten Welt selbst, aber auch angesichts der inneren Widersprüche innerhalb der Rechtskoalition?

Die Rechtskräfte haben nicht zur Stunde Null die Regierung angetreten, sondern zu einem Zeitpunkt, da die Bundesrepublik in eine internationale Spitzenposition auf vielen Gebieten hineingewachsen ist und – alles in allem – als zweitstärkste neokoloniale Macht hinter den USA bezeichnet werden kann. Es geht in diesem Sonderheft deshalb u.a. darum, die Ausmaße und wesentlichsten Seiten des Engagements der Bundesrepublik in der Dritten Welt deutlich zu machen. In diesem Zusammenhang bilanzieren wir noch einmal die Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik der im September 1982 gestürzten sozialliberalen Koalition, ohne die die gegenwärtige Position in der Entwicklungswelt nicht verständlich wird.

Sodann analysieren und dokumentieren wir die Dritte-Welt-Konzeption der CDU/CSU und versuchen eine Einschätzung der ersten praktischen Schritte der Rechtskoalition. Zwei zentrale Momente der Dritte-Welt-Expansion der Bundesrepublik, das Agieren bundesdeutscher Multis und die Politik der Waffenexporte, werden in gesonderten Beiträgen behandelt.

Insgesamt gesehen ist die Herausforderung der Solidaritätsbewegung schon durch die neuen Konzepte der Rechtskoalition groß genug, um die Diskussion über mögliche Alternativen zur herrschenden Entwicklungsländerpolitik zu verstärken. Wir geben deshalb einen Überblick über einige bisherige Diskussionsstränge vor allem im Rahmen des Bundeskongresses der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO).

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulf

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

Mitarbeiter dieser Ausgabe: H. Denk, K. D. Fischer, I. Flach, P. Grund, L. Letsche, H. Mayer, U. Rupp, J. Ostrowsky, L. Schmitz, E. Schneider, S. Siegert, P. Wahl, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

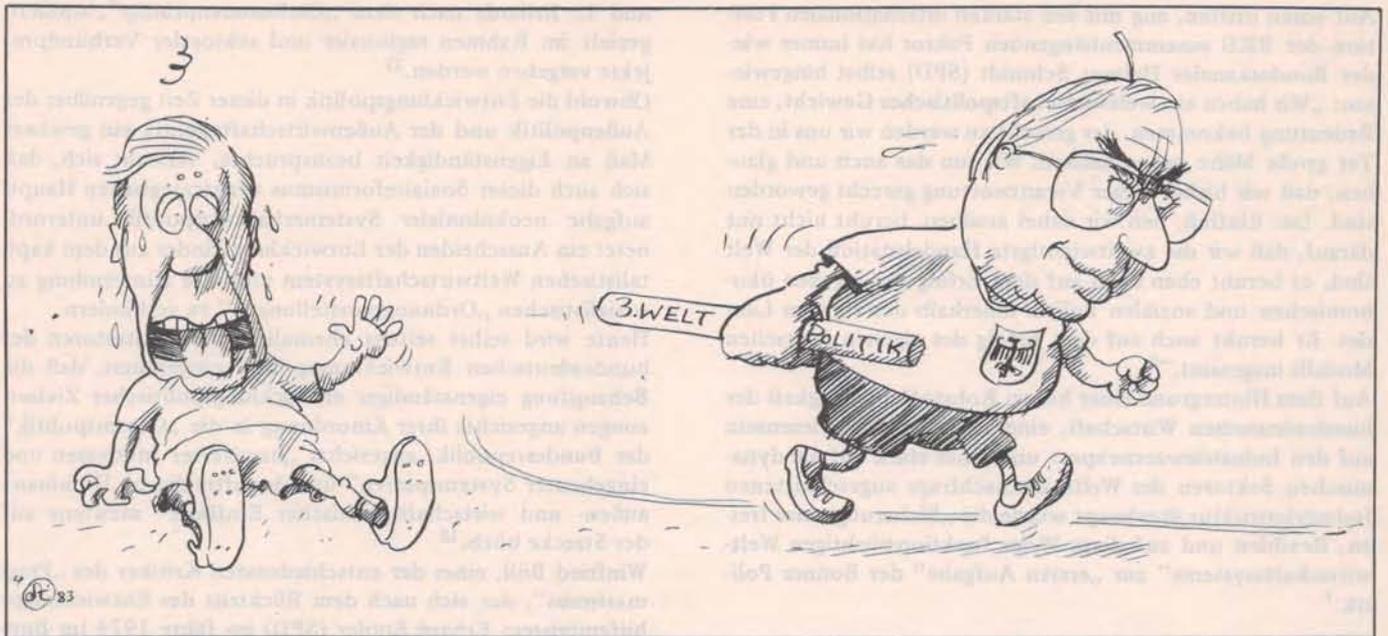
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 15. 4. 1983

Anzeigen: Weltkreis Verlag, Röderberg Verlag



Rainer Falk

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition

Als die sozialliberale Bundesregierung Schmidt/Genscher im Herbst 1982 gestürzt wurde, war die Bundesrepublik zur „Großmacht im zweiten Glied“¹ aufgerückt oder doch mindestens zur „Mittelmacht“, wie die Bonner Selbsteinschätzungsformel lautet.

Dieser (Wieder-)Aufstieg wurde nicht trotz, sondern dank der 13jährigen sozialliberalen Regierungspolitik möglich. Sie hat den expansiven Tendenzen, die in der Struktur des westdeutschen Kapitalismus ohnehin angelegt sind, vielfach geradezu ideale Wirkungsbedingungen verschafft. Denn sie schob alten Ballast beiseite und war zumindest über weite Strecken in der Lage, jenes in den Wahlkämpfen Mitte der 70er Jahre propagierte „Modell Deutschland“ auch nach außen hin überzeugend zu vertreten.

Erstens hat die **Entwicklungspolitik** der sozialliberalen Koalition zweifellos dazu beigetragen, die „internationale Stellung der Bundesrepublik (zu festigen)“, wie es in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung von 1971 offen als Zielgröße formuliert worden war.²

Erstmals hatte eine bundesdeutsche Regierung damit ein umfassendes entwicklungspolitisches Konzept vorgelegt und dabei die wesentlichen Ergebnisse der internationalen Strategiediskussion, die im Vorfeld der Zweiten UN-Entwicklungsdekade (1970-80) geführt wurde, aufgenommen. Indem sie die Hallstein-Doktrin³ endgültig über Bord warf, befreite sie die bundesdeutsche Entwicklungspolitik aus den Fesseln des Kalten Krieges und verschaffte ihr neuen Spielraum in den Entwicklungsländern.

Zweitens fällt in die sozialliberale Regierungsphase die erstmalige Formulierung und Umsetzung einer eigenständigen **Dritte-Welt-Politik**, die über die Entwicklungspolitik im engeren Sinne hinausgeht. Wesentlichen Anstoß dazu gaben

folgende Ereignisse der Jahre 1973-75, die besonders im Außenministerium unter Hans-Dietrich Genscher (FDP) als „Umbruch der Weltpolitik“ und „politische Krise der Nord-Süd-Beziehungen“⁴ wahrgenommen wurden: die schwerste kapitalistische Weltwirtschaftskrise seit 1930; die souveräne Preispolitik der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC); die Forderung der Dritten Welt nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) und nicht zuletzt eine Reihe revolutionärer Krisenprozesse in der Dritten Welt, besonders die Befreiungsprozesse im Südlichen Afrika.

„Nach der Westintegration unter Adenauer und nach der Regelung des Verhältnisses zum Osten und zur DDR unter Brandt/Scheel“, so resümiert Konrad Seitz (Auswärtiges Amt) nachträglich die Erfordernisse bundesdeutscher Außenpolitik zur Mitte der 70er Jahre, „stellte sich nun die Aufgabe, eine Politik nach Süden, eine Dritte-Welt-Politik, zu entwickeln. Der deutschen Außenpolitik, die bisher konzentriert war auf Europa und den atlantischen Raum, war eine weltweite (!) Dimension hinzuzufügen. Die kurz vorher, im September 1973, gewonnene Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen mußte voll genutzt werden.“⁵

Wenn sich auch die Bundesrepublik in den folgenden Jahren gerade in der UNO durch ihr eigenes Abstimmungsverhalten immer wieder in eine politische Isolierung hineinmanövrierte – sei es in Fragen des Südlichen Afrika oder des Zionismusproblems oder der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung –, so wurde ihr inzwischen auch weltpolitisches Gewicht doch besonders in der zweiten Hälfte der 70er Jahre immer deutlicher unter Beweis gestellt. Am augenfälligsten geschah dies vielleicht durch ihre Einbeziehung bzw. aktive Einschaltung in das weltpolitische und weltwirtschaftliche Krisenmanagement.

Auf einen dritten, eng mit der starken internationalen Position der BRD zusammenhängenden Faktor hat immer wieder Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) selbst hingewiesen: „Wir haben ein **weltwirtschaftspolitisches Gewicht**, eine Bedeutung bekommen, der gerecht zu werden wir uns in der Tat große Mühe geben müssen. Wir tun das auch und glauben, daß wir bisher dieser Verantwortung gerecht geworden sind. Der Einfluß, den wir dabei ausüben, beruht nicht nur darauf, daß wir die zweitwichtigste Handelsnation der Welt sind, er beruht eben auch auf dem Erfolg der eigenen ökonomischen und sozialen Politik innerhalb des eigenen Landes. Er beruht auch auf dem Erfolg des eigenen deutschen Modells insgesamt.“⁶

Auf dem Hintergrund einer hohen Rohstoffabhängigkeit der bundesdeutschen Wirtschaft, einem großen Angewiesensein auf den Industriewarenexport und einer stark auf die dynamischen Sektoren der Weltmarktnachfrage zugeschnittenen Industriestruktur überhaupt wurde die „Sicherung eines freien, flexiblen und auf diese Weise funktionstüchtigen Weltwirtschaftssystems“ zur „ersten Aufgabe“ der Bonner Politik.⁷

Die Grenzen des Reformkurses

Insofern ist der Verweis darauf richtig, daß die sozialdemokratische Außenaktivität gegenüber der Dritten Welt in vielerlei Hinsicht „eher als eine Flucht nach vorne denn als Offensive“ charakterisiert werden könne. Diese füge sich ein „in Bemühungen um eine ‚antizipatorische (vorwegnehmende; d. Verf.) Anpassung‘ der BRD-Wirtschaft an veränderte Bedingungen weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung, vor allem im Nord-Süd-Verhältnis, durch die die Erosion der gesellschaftlichen Grundlagen des ‚Modells Deutschland‘ und damit auch die Position der SPD als Regierungspartei aufgehalten werden soll“.⁸

Der Kern dieser internationalen Strukturpolitik, die die sozialliberalen Regierungen verfolgten, bestand in einer weiteren „Modernisierung“ der bundesdeutschen Wirtschaft durch deren zunehmende Spezialisierung auf die neuen Wachstumsbranchen des technologischen Fortschritts. Die Entwicklungsländer sollten sich demgegenüber auf die Herstellung arbeitsintensiver und rohstoffintensiver Produkte konzentrieren.⁹

Auch Erhard Eppler (SPD), Entwicklungshilfeminister 1968-74, ordnete seine entwicklungspolitische Konzeption in diese Vision einer „neuen“ internationalen Arbeitsteilung ein: „Nur wenn wir unsere Arbeitskraft immer produktiver verwenden, können wir den Entwicklungsländern jenen Teil der Produktion überlassen, den sie brauchen und den sie auch bewältigen.“¹⁰

In seiner Vorstellung war die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft, d.h. die Gewinnung neuer Handelspartner und Absatzmärkte in der Dritten Welt, allerdings – im Unterschied zu den Bonner Konzepten der 60er Jahre (siehe Beitrag zum CDU/CSU-Kurs) – an die Voraussetzung weitreichender Sozialreformen in diesen Ländern gebunden. Vor allem galt es – so E. Eppler weiter – erst einmal die Grundbedürfnisse der absolut Verelendeten zu befriedigen, damit sie als hinlänglich Kaufkräftige an den Marktbeziehungen teilnehmen könnten. An diesem Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung (Beschäftigung, Ernährung, Bildung, Wohnung, Gesundheit usw.) sollte auch die Entwicklungshilfe ausgerichtet werden.

Deshalb wurde seither eine Schwerpunktsetzung der öffentlichen Hilfe auf die Landwirtschaft, in der die meisten der „Ärmsten der Armen“ leben, favorisiert. Die Entwicklungshilfe selbst sollte nicht mehr wie zu Zeiten K. Adenauers

und L. Erhards nach dem „Gießkannenprinzip“, sondern gezielt im Rahmen regionaler und sektoraler Verbundprojekte vergeben werden.¹¹

Obwohl die Entwicklungspolitik in dieser Zeit gegenüber der Außenpolitik und der Außenwirtschaftspolitik ein gewisses Maß an Eigenständigkeit beanspruchte, versteht sich, daß sich auch dieser Sozialreformismus der strategischen Hauptaufgabe neokolonialer Systemerhaltungspolitik unterordnete: ein Ausscheiden der Entwicklungsländer aus dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem und ihre Hinwendung zu sozialistischen „Ordnungsvorstellungen“ zu verhindern.

Heute wird selbst seitens ehemaliger Administratoren der bundesdeutschen Entwicklungspolitik eingeräumt, daß die Behauptung eigenständiger entwicklungspolitischer Zielsetzungen angesichts ihrer Einordnung in die „Gesamtpolitik“ der Bundesrepublik, angesichts „handfester Interessen und eingebauter Systemsperren“ und der oftmaligen „Dominanz außen- und wirtschaftspolitischer Einflüsse“ meistens auf der Strecke blieb.¹²

Winfried Böll, einer der entschiedensten Kritiker des „Pragmatismus“, der sich nach dem Rücktritt des Entwicklungshilfeministers Erhard Eppler (SPD) im Jahre 1974 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) ausbreitete, formuliert heute sogar: „Die Integration der Länder der Dritten Welt in die Weltwirtschaft, das wirtschaftspolitische Hauptziel bei der Einflußnahme auf Entwicklungspolitik, ist schon als Programm eine Fortsetzung des Kolonialismus mit neueren Mitteln.“¹³

Man kann die Grundillusion der Entwicklungspolitik, die in der Ära der sozialliberalen Reformpolitik unter Brandt/Scheel (1969-74) entworfen wurde, darin sehen, daß sie prinzipiell Gegensätzliches unter einem Dach vereinigen wollte: einerseits den Interessenstandpunkt imperialistischer Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik, andererseits das – von Eppler verkörperte – eher humanitär und sozialreformerisch geprägte entwicklungspolitische Ziel, die Lebensverhältnisse in den Entwicklungsländern wirklich zu verbessern.

Der Appell an das aufgeklärte, langfristige Eigeninteresse (Eroberung neuer Märkte!) erinnert stark an die sozialpartnerschaftlichen Integrationsmodelle, die von der sozialdemokratischen Parteiführung auch im Innern gegenüber den Arbeiterorganisationen und dem Kapital verfolgt werden. Ein relativer Erfolg bleibt derartigen Vermittlungsbemühungen zwischen an sich gegensätzlichen Interessen meistens nur so lange beschert, wie der materielle Spielraum zur Finanzierung dieser Politik in ausreichendem Maße vorhanden ist, so lange es auch tatsächlich gelingt, ein allzu offenes Ausbrechen von Interessenkonflikten einzudämmen. Daher konnte es nicht überraschen, daß mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der gleichlaufenden Auseinandersetzung um die NIWO die Zugeständnisse gegenüber den Entwicklungsländern, die in der Regierungsphase Brandt/Scheel noch stark vorhanden waren, nachließen. Schließlich führten einschneidende Kürzungen der Finanzplanung und der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der Entwicklungshilfe zum Rücktritt von Erhard Eppler.

An die Stelle der auch international angewandten Reformpolitik trat damit immer mehr das pragmatische Ziel, die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD um jeden Preis zu sichern. Dies kam so nicht zuletzt deshalb, weil damit teilweise innere Krisenprozesse hinausgeschoben und die Massenloyalität für das sozialliberale Regierungsbündnis über einige Jahre hinweg gesichert werden konnte.

An die Stelle der Visionen weltweiter Sozialpartnerschaft trat immer mehr die nüchterne Konzeption der Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit), die Finanzhilfe und private Konzerninvestitionen eintauschen will gegen die Zustimmung der Dritten Welt zur westlichen „Rohstoff- und

Investitionssicherheit". „Daß dabei wieder nur" – so stellt W. Böll zurecht fest – „die Interessen der Regierungen mit denen der ärmsten Menschen gleichgesetzt werden und daß es zynisch ist, das Interesse am bloßen Überleben mit dem Interesse der Industrieländer an der Sicherung von Rohstoffeinfuhren, Exportmärkten und Investitionen auf die gleiche moralische Ebene zu stellen, wird gar nicht erst reflektiert.“¹⁴



SPD-Entwicklungsminister E. Eppler (oben, r.), E. Bahr, M. Schlei

Überdies begann die Bundesregierung im Zuge der allgemeinen Politisierung der „Nord-Süd“-Auseinandersetzung nun ihrerseits immer eigenständiger weltpolitische Ambitionen gegenüber der Dritten Welt zu formulieren. Auch die Entwicklungspolitik geriet so in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder unmittelbar in den Sog außenpolitischer Interessen, die besonders vom Auswärtigen Amt Hans-Dietrich Genschers angemeldet wurden.

Den sozialdemokratischen Amtsnachfolgern Erhard Epplers blieb im wesentlichen die Anpassung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik an die neuen Maximen.

Während Egon Bahr (Juli 1974 - Dezember 1976) einer „weltwirtschaftlichen Entspannung“ das Wort redete,¹⁵

hob der unter seiner Federführung 1975 erstellte Zweite Entwicklungspolitische Bericht hervor, daß die wesentlichste Aufgabe der Bundesregierung in Auseinandersetzung mit der NIWO darin bestünde, die Fortentwicklung der bestehenden Weltwirtschaftsordnung unter „Wahrung der marktwirtschaftlichen Prinzipien abzusichern: „Forderungen, die wesentliche Funktionsgrundlagen der Weltwirtschaft zu zerstören drohen oder zu unerträglichen finanziellen Belastungen führen, hat die Bundesregierung nicht akzeptiert. Sie wird diese Politik fortsetzen.“¹⁶

Marie Schlei (Dezember 1976-Februar 1978) Interesse konzentrierte sich auf das Südliche Afrika. Dort wollte sie „den Weg der rechtzeitigen Reform (gehen), weil wir die Revolution als einen zerstörerischen Weg vermeiden wollen“.¹⁷ M. Schlei wesentlichster Beitrag zur Weiterentwicklung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik blieb indessen ein Schwerpunktprogramm der Hilfe für die Frontstaaten im Südlichen Afrika. Seither vergab die Bundesregierung in bescheidenem und eher symbolisch gemeinten Umfang auch „humanitäre Hilfe“ für dortige Befreiungsbewegungen, besonders im Rahmen der Flüchtlingshilfe.

Krisenpragmatismus unter R. Offergeld

Seinen idealen Exekutor schien der entwicklungspolitische Krisenpragmatismus unter der sozialliberalen Regierung in Minister Rainer Offergeld (Februar 1978-September 1982) gefunden zu haben. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern bot die Politik dieses Entwicklungshilfeministers wenig Angriffspunkte für die hierzulande veröffentlichte Meinung.

Sein Hauptaugenmerk legt R. Offergeld auf die „Effizienzsteigerung“ des entwicklungspolitischen Systems:

- Quantitativ wurden die Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe auch in den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition weiter gesteigert, nachdem sie Mitte der 70er Jahre stagniert hatten. So haben sich die ausgezahlten Beträge zwischen 1977 und 1981 fast verdoppelt.

Allerdings ist das Ziel der Bundesregierung – die öffentliche Entwicklungshilfe im Vergleich zum Gesamthaushalt überproportional zu steigern – nur in den Jahren 1978 und 1979 erreicht worden. Zwischen 1980 und 1982 lagen die Steigerungsraten des Entwicklungshilfeetats (Einzelplan 23) deutlich unter dem Zuwachs des Gesamthaushaltes.

Der Anteil des Entwicklungshilfeetats am Bundeshaushalt stagniert seit 1979 bei 2,5%. Berücksichtigt man die Inflationsentwicklung, so kann bei einem Zuwachs von 4,5% im Jahre 1982 von einer realen Steigerung der Ausgaben für öffentliche Entwicklungshilfe keine Rede mehr sein, ganz abgesehen davon, daß die Bundesrepublik mit einem Anteil der öffentlichen Hilfe am Bruttosozialprodukt von 0,47%



Minister Offergeld (l.) im März 1982 mit dem nikaraguanischen Junta-Mitglied J. Wheelock

Neokolonialistische Weltmacht BRD — eine Datenübersicht

Die Bundesrepublik verfügte Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre über Positionen in der Weltwirtschaft und in der Dritten Welt, in denen sie sich durchweg mit den anderen führenden kapitalistischen Industrienationen messen kann:

- Sie ist zweitstärkste **Welthandelsmacht** hinter den USA und der Welt größter Exporteur von Industrieerzeugnissen. Auf den Märkten der Entwicklungsländer nimmt die Bundesrepublik den dritten Platz hinter den USA und Japan ein, gefolgt von Frankreich und Großbritannien.

- In den beiden wichtigsten **internationalen Finanzinstitutionen**, dem Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank, hält Bonn jeweils den dritten Platz hinter den USA und Großbritannien, gemessen am Quotenanteil bei den Sonderziehungsrechten bzw. dem Kapitalanteil.

Tabelle 1
Rohstoffimporte der Bundesrepublik 1980

Rohstoff	Anteil der Entwicklungsländer (%)	Wichtigste Lieferländer der Dritten Welt
Kupfererze	77	Papua-Neuguinea, Mexiko, Indonesien, Chile
Rohzinn	90	Indonesien, Thailand, Malaysia
Eisenerz	57	Brasilien, Liberia
Wolfamerze	58	China
Bauxit	66	Guinea, Guyana, Sierra Leone
Niobium, Tantal- und Vanadiumerze	39	Brasilien, Moçambique
Chromerze	35	Südafrika, Türkei
Phosphate	45	Tunesien
Naturkautschuk	99	Malaysia, Indonesien, Singapur, Thailand, Zaire
Jute	100	Bangladesh, Birma, Nepal
Hartfasern	95	Sri Lanka, Tansania, Madagaskar
Baumwolle	55	Südafrika, Tschad, Guatemala, Türkei
Kaffee	100	Kolumbien, El Salvador, Kenia, Brasilien, Guatemala
Kakao	100	Elfenbeinküste, Nigeria, Ghana, Brasilien, Kamerun
Tee	97	Indien, Sri Lanka, China, Indonesien
Bananen	100	Panama, Kostarika, Kolumbien, Honduras, Ekuador
Erdöl	81	Saudi Arabien, Libyen, VAE, Nigeria, Algerien

(Quelle: BMZ (Hrsg.), Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1982, Bonn 1982)

Tabelle 2
Anteil der Industriewaren an der Einfuhr der BRD aus außereuropäischen Entwicklungsländern (ohne Öl) in %

	1972	1976	1978	1981
Insgesamt	33,4	42,9	43,7	50,2
Afrika	18,4	21,3	21,2	26,5
Lateinamerika	20,4	22,4	22,3	22,3
Asien	59,3	68,6	70,3	75,3

(Quelle: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, div. Jg.; eigene Berechnungen)

- Die westdeutsche Wirtschaft nahm in den 70er Jahren die dritthöchsten **Direktinvestitionen** im Ausland vor (hinter den USA und Großbritannien, mehr als Japan und Frankreich).

- Bei der staatlichen **Entwicklungshilfe** war die Bundesrepublik 1981 das drittstärkste Geberland hinter den USA und Frankreich. Berücksichtigt man, daß allein etwa 1/3 der französischen Entwicklungshilfeleistungen Transferzahlungen in seine „Überseegebiete“ sind, so liegt die Bundesrepublik hier sogar auf Rang 2.

- Auch beim **Waffenexport** liegt die BRD inzwischen mit an der Spitze: bei Großwaffenexporten auf Platz 6 bzw. 7, bei der Ausfuhr von Handfeuerwaffen auf Platz 3 und beim Export ganzer Rüstungsfabriken sogar auf Platz 1 der Weltrangliste.

Die quantitativen Dimensionen des neokolonialen Engagements der BRD sollen im folgenden vor allem an Hand ihrer Handelsbeziehungen mit Entwicklungsländern und an Hand der staatlichen Kapitalexporte in Form von Entwicklungshilfe deutlich gemacht werden (zum privaten Kapitalexport und zur Rüstungsexportpolitik siehe die Beiträge von N. Biver und W. Geisler in diesem Heft).

Die Bedeutung des **Handels mit den Entwicklungsländern** für die westdeutsche Wirtschaft drückt sich vor allem in einer unverändert hohen Abhängigkeit der Bundesrepublik von Rohstoffimporten und einem seit 1973 zunehmendem Gewicht der Warenexporte in die Dritte Welt aus. Die **Importabhängigkeit bei Rohstoffen** wird durch Tabelle 1 illustriert.

Mit dieser Rohstoffimportabhängigkeit geht eine wachsende Bedeutung der Entwicklungsländer als Absatzmärkte für westdeutsche Waren einher. Betrag der Anteil der Entwicklungsländer am Gesamtexport der Bundesrepublik 1972 noch 11,4%, so belief er sich 1981 bereits auf 17,7%. Dabei handelte es sich zuletzt um ein Handelsvolumen von 70,5 Mrd DM. Von dieser Summe wiederum entfielen auf Afrika 28,2%, auf Lateinamerika 22,2% und auf Asien 49,4%.

Die **wichtigsten Exportmärkte** der Bundesrepublik in der Dritten Welt waren 1981 die folgenden 16 Länder (mit Angabe des Exportvolumens in Mio DM):

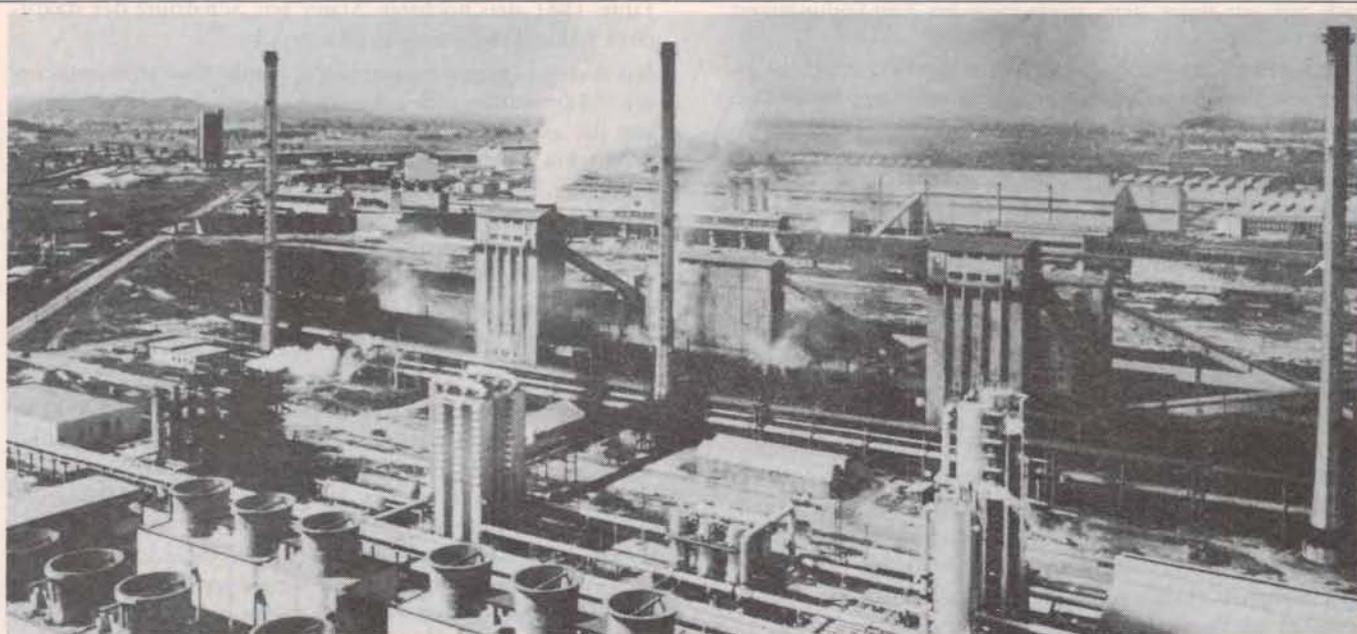
1. Irak	6.568	9. Indonesien	2.574
2. Saudi Arabien	6.195	10. Ägypten	2.540
3. Südafrika	6.160	11. Argentinien	2.360
4. Nigeria	4.940	12. Brasilien	2.277
5. Iran	3.639	13. Indien	2.249
6. Libyen	3.379	14. Israel	1.724
7. Mexiko	3.342	15. Singapur	1.515
8. Algerien	2.816	16. Kuwait	1.409

Diese Länder vereinigen allein 69,9% aller bundesdeutschen Exporte in die Dritte Welt auf sich. Es handelt sich durchweg um erdölexportierende Länder oder um sog. „Schwellenländer“. Der Anteil der OPEC-Länder am bundesdeutschen Export hat dabei in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, während der der „Schwellenländer“ etwa gleichgeblieben ist und die restliche Dritte Welt an relativer Bedeutung als Absatzmarkt verloren hat.

In den bisher gemachten Angaben spiegelt sich die Tatsache wider, daß das Austauschmuster der Bundesrepublik im Handel mit den Entwicklungsländern nach wie vor traditionell bestimmt ist: Die BRD ist im wesentlichen Importeur von Rohstoffen und Exporteur von Industrieerzeugnissen. Gleichzeitig setzen sich in der bundesdeutschen Arbeitsteilung mit der Dritten Welt in den letzten Jahren eine Reihe neuer Elemente durch: Beim Export ist die Bundesrepublik vor allem beim Großanlagenbau stark auf die Märkte der Entwicklungsländer angewiesen. So kamen 1980 allein 56% aller Auftragsingänge für industrielle Großanlagen aus der Dritten Welt (jeweils 22% aus den kapitalistischen Industrieländern und aus den sozialistischen Staaten).

Auf der **Importseite** ist immerhin bemerkenswert, daß das Gewicht der Industriewaren an der Einfuhr der Bundesrepublik aus den Entwicklungsländern in den letzten Jahren zugenommen hat. Besonders deutlich wird dies, wenn man das durch den Preisanstieg stark gestiegene Gewicht der Ölimporte unberücksichtigt läßt (Tabelle 2). Diese Tendenz geht fast ausschließlich auf wachsende Billigimporte aus Asien, besonders Südostasien, zurück.

Die Bundesregierung veröffentlicht jährlich Angaben über „**Nettoleistungen**“ an Entwicklungsländer und multilaterale Institutionen. Diese vermitteln einen Eindruck des gesamten finanziellen Mittel-



Stahlwerk Rourkela in Indien: entwicklungspolitisches Prestigeobjekt Bonns in den 60er Jahren

stroms in die Dritte Welt, der – wenn man so will – mit Ausnahme der „privaten Entwicklungshilfe“ die Gesamtheit des neokolonialen staatlichen und privaten Kapitalexports darstellt (Tabelle 3).

Wenn über die Bedeutung der staatlichen Entwicklungshilfe gestritten wird, geht es nicht nur um absolute Zahlen. Während diese eine kontinuierliche Ausweitung des staatlichen Kapitalexports anzeigen, ist die Bedeutung der Entwicklungshilfe in Relation zu wichtigen Vergleichszahlen langfristig zurückgegangen bzw. konstant geblieben. Dies gilt für ihren Anteil am Bruttosozialprodukt, am Staatshaushalt, am gesamten Nettofluß und (mit Einschränkungen) für den Anteil der multilateralen Aufwendungen (Tabelle 4).

Tabelle 3
Nettoleistungen der Bundesrepublik an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen 1950-1981
(in Mio DM und % der gesamten Leistungen)

	1981	1950 – 1981
1. Öff. Entwicklungshilfe	7.193	71.028 (37,7%)
– Bilaterale Zuschüsse und Kredite	5.077	51.545
– Multilateral	2.116	19.483
2. Sonst. öff. Leistungen	1.512	11.047
3. Priv. Entwicklungshilfe	839	6.370 (3,4%)
4. Leistungen der Privatwirtschaft	8.741	99.985 (53,1%)
– Bilaterale Investitionen und Kapitalverkehr	5.853	57.429
– Öff. garantierte Exportkredite	2.105	25.687
– Multilateral	782	16.868
5. Gesamte Leistungen	18.285	188.430 (100 %)
davon: öffentlich	8.705	82.076 (43,6%)
privat	9.579	106.354 (56,4%)

(Quelle: Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1982, a.a.O.; eigene Berechnungen)

Tabelle 4
Bedeutung der öffentlichen Entwicklungshilfe an Hand wichtiger Vergleichszahlen

Anteile in % am:	1962	1970	1973	1976	1981
Bruttosozialprodukt	0,45	0,32	0,32	0,36	0,46
Staatshaushalt	6,6	2,3	2,1	1,9	2,5
gesamten Nettofluß	76,5	48,5	73,6	26,8	39,3
Anteil multilateraler Aufwendungen	25,9	22,5	28,2	24,5	41,6

(Quelle: BMZ (Hrsg.), Dritter und Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, November 1977 bzw. März 1983; eigene Berechnungen)

Die Bundesrepublik hatte bis Ende 1981 mehr als 18.700 Entwicklungsprojekte mit Ländern der Dritten Welt in Angriff genommen, von denen etwa 2/3 bereits abgeschlossen waren. Entwicklungshilfe wurde 1981 an insgesamt 113 Länder vergeben. Die Entwicklungshilfe teilt sich auf in Finanzielle Zusammenarbeit (Kredite und Zuschüsse) und Technische Zusammenarbeit (Entsendung von Fachkräften). Die geographischen Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungshilfe waren zwischen 1950 und 1981 Asien (40,7%) und Afrika (31,4%), während Lateinamerika und europäische Entwicklungsländer lediglich 10,9 bzw. 10,5% der insgesamt vergebenen bilateralen Hilfe erhielten. Die Schwerpunktländer werden in Tabelle 5 aufgeführt.

Tabelle 5
Geographische Schwerpunkte der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der BRD (Zusagen) 1950-1981
(Mio DM)

Empfänger	Finanzielle Zus. Arbeit	Technische Zus. Arbeit	Insgesamt
Europa ges.	6.401,5	1.462,9	7.864,5
Türkei	3.623,4	449,3	4.072,7
Jugoslawien	1.000,0	57,6	1.057,6
Portugal	729,9	143,2	873,1
Griechenland	608,3	202,6	810,9
Afrika ges.	14.903,1	8.552,9	23.456,0
Ägypten	2.527,6	589,1	3.116,7
Tunesien	1.205,9	316,0	1.522,0
Sudan	1.002,9	479,0	1.481,9
Marokko	1.178,4	244,9	1.423,4
Tansania	627,3	655,1	1.282,5
Kenia	589,7	440,6	1.030,3
Lateinamerika ges.	3.604,7	4.508,1	8.112,9
Brasilien	898,0	860,1	1.758,2
Peru	628,5	559,3	1.187,9
Chile	311,4	468,4	779,8
Kolumbien	295,0	382,9	677,9
Bolivien	300,5	260,6	561,1
Argentinien	197,0	331,5	528,5
Asien ges.	19.729,2	10.604,5	30.333,8
Indien	6.336,0	1.251,3	7.587,4
Indonesien	2.001,6	657,8	2.659,4
Pakistan	2.106,4	423,9	2.530,4
Israel	2.355,0	146,8	2.501,8
Bangladesh	1.389,0	606,3	1.995,3
Sri Lanka	833,6	339,0	1.172,7
Insgesamt	45.291,5	29.287,3	74.578,8

(Quelle: Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1982, a.a.O.)

nach wie vor unter dem internationalen Empfehlungswert von 0,7% liegt.

● Wesentlicher als diese quantitativen Betrachtungen ist jedoch die **Verwendungsstruktur der öffentlichen Hilfe**. Daß etwa 2/3 aller finanziellen Mittel für Infrastrukturmaßnahmen im weitesten Sinne ausgegeben werden, verweist darauf, daß auch die Entwicklungshilfe der sozialliberalen Koalition hauptsächlich die Funktion hatte, günstige Rahmenbedingungen für die Expansion des Privatkapitals zu schaffen.

Die regionale Aufteilung der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe deutet ebenfalls darauf hin: Rund 2/3 entfielen 1981/82 auf die am weitesten wirtschaftlich zurückgebliebenen Kontinente Afrika und Asien; der Rest verteilte sich zu etwa gleichen Teilen auf die entwickelteren Regionen Lateinamerikas und Südeuropas.¹⁸

● In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die im Juli 1980 verabschiedeten „**entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung**“ eine konzeptionelle Ausdifferenzierung gebracht haben, die das arbeitsteilige Zusammenspiel zwischen staatlicher und privatkapitalistischer Durchdringung der Entwicklungsländer noch deutlicher macht.

Danach soll ein neu aufgelegtes Grundbedürfniskonzept vor allem auf die ärmsten Entwicklungsländer (LLDC) Anwendung finden, sozusagen als langfristige Vorbereitung von deren Integration in den Weltmarkt. In den sog. Schwellenländern soll die öffentliche Hilfe „gezielt an den sektoralen und regionalen Engpässen“ ansetzen, die durch das oftmals einseitig exportorientierte, auf einige wenige Industriezentren konzentrierte Wachstum vernachlässigt wurden.

Insgesamt gilt hier aber, daß „die privatwirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere Direktinvestitionen und der Verbund von privatwirtschaftlicher und öffentlicher Zusammenarbeit, eine immer größere Bedeutung“ erlangen.¹⁹

Die angebliche Schwerpunktsetzung auf die LLDC fand nicht statt, was ein Anteil dieser Ländergruppe von 22,3% (1981 Nettoauszahlung) bzw. 19,6% (1981 Neuzusagen) an der bilateralen öffentlichen Hilfe veranschaulicht. Die Konzentration des privaten Kapalexports auf einige wenige fortgeschrittenere Entwicklungsländer wurde beibehalten (siehe Beitrag von N. Biver in diesem Heft).

● Die **staatliche Förderung der privatkapitalistischen Konzernexpansion** in die Dritte Welt ließ schon unter der sozialliberalen Koalition wenig zu wünschen übrig. Bis Anfang 1982 hatte die Bundesregierung 41 sog. Investitionsförderungsverträge unter Dach und Fach gebracht, die das bundesdeutsche Kapital in den betreffenden Entwicklungsländern vor Enteignung schützen sollen. Die von Bonn vergebenen Investitions Garantien zur Absicherung des politischen Risikos beliefen sich bis Ende 1981 auf 4,95 Mrd DM.

Lastenträger im Rahmen der NATO

Das Stammkapital der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (DEG), die eine „Geländerfunktion“ für das private Investitionskapital in der Dritten Welt ausüben soll, ist in den letzten 10 Jahren mehrfach erhöht worden. Die DEG wurde so in die Lage versetzt, bis Ende 1981 private Investitionsgelder von insgesamt 8,8 Mrd DM in die Dritte Welt zu mobilisieren – zehnmal so viel, wie sie selbst an Finanzmitteln an private Unternehmen auszahlte.

Mit 29 Entwicklungsländern wurden Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen, die eine doppelte Besteuerung der Konzerne (im Herkunfts- und „Gastgeberland“) vermeiden sollen. Schließlich hatte die bundeseigene Hermes-Kreditversicherungs-AG mit einer Garantiesumme von 36 Mrd DM im

Jahre 1981 den höchsten Stand seit Schaffung der staatlichen Exportkreditversicherung erreicht.²⁰

Mit dieser – insgesamt gesehen – immer kapitalfreundlichen Ausgestaltung der „Entwicklungszusammenarbeit“ ging seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ein stärkeres außenpolitisches Engagement in der Dritten Welt einher. Worin bestanden die neuen Akzentuierungen?

Dabei handelte es sich einerseits um eine stärkere Politisierung der Beziehungen zu den Entwicklungsländern, die jetzt oft als „dritte Säule“ der Außenpolitik (neben der NATO- und der Europapolitik) bezeichnet wurden. Zum anderen ist eine stärkere Regionalisierung der Beziehungen zur Dritten Welt feststellbar.

Wie stark diese neuen Akzentuierungen auch die Entwicklungspolitik beeinflussten, zeigt die Tatsache, daß – wohl im Zuge der Carter'schen „Menschenrechtspolitik“ (Regierungsdoktrin der USA von 1977-81) – erstmals Forderungen nach Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte in die entwicklungspolitischen Grundlinien aufgenommen wurden, und zwar an vorderster Stelle. Im parteienübergreifenden Konsens formulierte der letzte Bundestag im März 1982, daß ein „wesentliches Ziel“ der Entwicklungspolitik der Bundesregierung „die Verwirklichung der Menschenrechte“ sein sollte, wobei Länder, „die sich um



Anfang 1981: Kanzler Schmidt (hier mit dem saudischen König Khalid) will 300 Leo-II-Panzer an die Saudis liefern

den Aufbau demokratischer Strukturen bemühen“, bevorzugt unterstützt werden sollten.²¹

Gegen diese Ansprüche wäre weiter nichts einzuwenden, zeigte die praktische Dritte-Welt-Politik der Bundesregierung nicht etwas ganz anderes, nämlich daß Menschenrechtspolitik vornehmlich unter antikommunistischem Vorzeichen betrieben wurde. Die Außenpolitik H.D. Genschers beinhaltete in puncto Dritte Welt keinen Bruch mit den international geächteten Diktaturregimes etwa Südafrikas, Chiles und Mittelamerikas, sondern konzentrierte sich vielmehr darauf, unter Ausnutzung der Afghanistan- und Kampucheafrage der Sowjetunion eine „Niederlage in der Dritten Welt“ zuzufügen.

Außenminister Genschers plädierte für „Blockfreiheit“ und das Auftreten der Bundesregierung „gegen hegemoniale Bestrebungen und gegen die Errichtung von Einflußzonen auswärtiger Mächte in der Dritten Welt“ (Grundlinien) standen darüber hinaus in scharfem Gegensatz zum eigenen Kurs gegenüber den Entwicklungsländern, der auf Einflußerweiterung und die Gewinnung neuer Machtpositionen zielte.

Dem regionalen Positionsaufbau in der Dritten Welt dienten einmal die Nutzung des bundesdeutschen Gewichts im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG), darunter der von Bonn maßgeblich mitbetriebene Ausbau der EG-Sonderbe-



Für Ende 1983 geplante Stationierung von Cruises-Missiles; Flankenschutz für US-Interventionen in der dritten Welt

ziehungen zu den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und in letzter Zeit zur Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Ein spezifisches Anliegen der Bundesrepublik innerhalb dieser Regionalisierungspolitik der EG besteht dabei u.a. darin, die eigenen Einflußgebiete auf Kosten der Sonderbeziehungen der ehemals führenden Kolonialmächte zu erweitern.

Die Formulierung gemeinsamer westeuropäischer politischer Positionen zu den Krisenzonen der Dritten Welt (Südliches Afrika, Naher und Mittlerer Osten, Mittelamerika) wurde von der sozialliberalen Regierung andererseits dazu genutzt, auch Sonderinteressen gegenüber dem US-Imperialismus deutlicher zur Geltung zu bringen.

In ihrer Politik der „Konfliktlösung“ orientierte sie deshalb im Unterschied zu den USA vor allem auf den Einsatz wirtschaftlicher und politischer Mittel. Ziel dieser Politik war es, größere Konfrontationen mit der UdSSR (und ihr Durchschlagen auf Mitteleuropa) zu verhindern und eine mittel- und langfristige Kontrolle von Konflikteskalationen besser zu gewährleisten.

Daß es dabei im wesentlichen um die beste Taktik der Systemsicherung ging, zeigte exemplarisch die von der Schmidt/Genscher-Regierung gegenüber Nicaragua verfolgte Politik der „behutsamen Einflußnahme“, die – weit davon entfernt, eine sozialistische Entwicklung in diesem mittelamerikanischen Land zu akzeptieren – die Entwicklungshilfegelder immer stärker an die Forderung nach „Pluralismus und Blockfreiheit“ im Bonner Sinne koppelte.

Mit dieser etwas „weicheren“ Linie gegenüber nationalen Befreiungsbewegungen und progressiven Regimes vertrat es sich offensichtlich auch, daß die sozialliberale Bundesregierung – im Rahmen eines gesamtimperialistischen Konzepts der Arbeitsteilung – zur Übernahme zusätzlicher Aufgaben und Lasten auch auf dem Gebiet der militärischen Interessensicherung des Neokolonialismus bereit war:

In die Zeit der Koalition Schmidt/Genscher fällt eine so bedeutsame Entwicklung wie die fast völlige Schleusenöffnung für den Export von Kriegswaffen in die Dritte Welt, die mit den neuen Rüstungsexportrichtlinien von 1982 auch offiziell abgesegnet wurde (siehe den Beitrag von W. Geisler

in diesem Heft). Eine große Kontinuität bewies die sozialliberale Bundesregierung bei der militärischen Überlebenshilfe für diktatorische Regimes, darunter in den Fällen Südafrika, Türkei, Chile, Argentinien oder El Salvador/Honduras. Zusehends beteiligte sich in den letzten Jahren auch die Bundesmarine an Manövern außerhalb des NATO-Geltungsbereichs, so im Indik oder der Karibik.

Erwähnung finden müssen nicht zuletzt auch eine Reihe von Fällen direkter oder indirekter Hilfestellung für den Konfrontations- und Interventionskurs der Reagan-Administration: der Ausbau der NATO-Infrastruktur in der BRD für den Einsatz der Schnellen Eingreiftruppe im Nahen und Mittleren Osten (Startbahn West!); der Abschluß eines Militärabkommens mit den USA im Mai 1982, das die Verdoppelung der US-Streitkräfte in der BRD für den Krisenfall vorsieht (Wartime Host Nation Support Program); schließlich die Bereitschaft zur Stationierung eines Erstschlags- und Erpressungspotentials gegen die UdSSR in Form neuer atomarer Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruises Missiles, das u.a. als Flankenschutz für konterrevolutionäre Interventionsabenteuer der USA bzw. der NATO in der Dritten Welt dienen könnte.

So gesehen ist die Bonner Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition so weit nach rechts gerückt und ins kapitalfreundliche Fahrwasser geraten, daß die seit Oktober 1982 amtierende Rechtskoalition Kohl/Genscher keinen allzu radikalen Bruch zu vollziehen brauchte.

Anmerkungen:

- 1) So z.B. R. Kühnl, Die Welt zu Beginn der 80er Jahre, Heilbronn 1981, S. 38
- 2) BMZ (Hrsg.), Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland (Fassung 1975), Bonn, November 1975, S.42
- 3) Die Hallstein-Doktrin geht auf den CDU-Politiker Hallstein zurück und legte fest, daß die Bundesrepublik zu jedem Land der Dritten Welt, das die DDR diplomatisch anerkennt, sämtliche Beziehungen abbricht.
- 4) H.-D. Genscher, Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzzreden 1975-1980, Stuttgart 1981, Einführung von K. Seitz, S. 9f.
- 5) Ebenda, S. 10
- 6) Modernisierung der Wirtschaft – Sichere Arbeitsplätze, Sozialdemokratische Fachkonferenz in Bremen, Bonn 1976, S.20
- 7) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Nr. 112/8.11.1977, S. 1017
- 8) T. Evers, Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika: Offensive oder Flucht nach vorne?, in: FDCL (Hrsg.), Sozialdemokratie und Lateinamerika, Berlin-West 1982, S. 21f.
- 9) Siehe z.B. unseren Aufsatz: D. Boris/R. Falk, Modernisierung und internationale Arbeitsteilung, in: Jahrbuch des IMSF, Frankfurt/M., Nr. 3/1980, S. 191ff.
- 10) E. Eppler, Die Zweite Entwicklungsdekade – Chance und Verpflichtung, in: BMZ-Mitteilungen, Sondernummer IV, Bonn, April 1970, S.13
- 11) Siehe ausführlich unsere Serie in: AIB 7-8/1978, S. 54-65; 9/1978, S. 30-33 und 10/1978, S. 6-10
- 12) Vgl. W. Böll, Entwicklungspolitik – Gedanken eines Praktikers, in: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung (Hrsg.), Bruchstellen. Industrialisierung und Planung in der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1981, S. 119f.
- 13) Ebenda, S. 127
- 14) Ebenda, S. 133
- 15) Vgl. E. Bahr, Die Neue Wirtschaftliche Entspannung. Globale Konzentrierte Aktion, Bonn o.J.
- 16) Zweiter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, November 1975, S.11
- 17) Zit. nach: AIB, Nr. 48, 12/1977, S.26
- 18) Statistische Angaben nach: Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, März 1983
- 19) BMZ (Hrsg.), Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung, Bonn, Juli 1980, S.18
- 20) Nach: Journalistenhandbuch Entwicklungspolitik 1982, Bonn 1982 und Fünfter Bericht..., a.a.O.
- 21) Beschluß des Deutschen Bundestages vom 5. März 1982, in: Fünfter Bericht..., a.a.O., S. 136



Grüß Gott
in Togo:
Ab 6. März
in der gan-
zen Welt?

Rainer Falk

Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher

Die CDU/CSU, so Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke, habe „neuen Wind in die Entwicklungspolitik gebracht“: „Die Entwicklungshilfe ist heute kein Tummelplatz mehr für sozialistische Ideologien, die den Partnerländern nicht weiterhelfen. Wir stellen die echte Partnerschaft in den Vordergrund. Das heißt, daß die Interessen der Entwicklungsländer mit unseren eigenen legitimen Interessen auf einen Nenner gebracht werden. Weder Wohlverhalten noch Provokation bestimmt die gegenseitigen Beziehungen, sondern Loyalität auf Seiten der Partner ebenso wie bei uns. Wer uns jedoch feindlich gesonnen ist, kann nicht bevorzugter Empfänger unserer Hilfe sein. In diesem Sinne unterstützen wir alle Bemühungen der Partnerstaaten um echte Blockfreiheit.“¹

An prägnanten Formeln wie diesen hat es die neue Bundesregierung bisher nicht fehlen lassen. Ob dem Wechsel in der Rhetorik auch eine völlig neue Praxis in der Dritte-Welt- und

Entwicklungspolitik folgen wird, läßt sich nach einem guten halben Jahr christlich-liberaler Koalition noch nicht durchgängig mit letzter Gewißheit sagen. Unverkennbar ist aber, daß das konservative Lager im September 1982 u.a. auch deshalb an die Regierung gedrängt ist, um auch auf dem Gebiet der Dritte-Welt-Politik die vielzitierte „Wende“ zu vollziehen.

Das Ausmaß der angestrebten Kehrtwende läßt sich an den von den Rechtskräften propagierten Konzepten ablesen. Sie bilden insgesamt ein ideologisches Gemisch aus politischem Neokonservatismus und wirtschaftlichem Neoliberalismus, das auch das außen- und entwicklungspolitische Handeln begründet: Rigoroser Antikommunismus nach innen und nach außen als Leitthema; unbedingter Glaube an den Markt und die freie Unternehmerinitiative als Rezept für das wirtschaftliche Wohlergehen, verbunden mit einer reaktionären „Gemeinwohl“-Ideologie; Abbau staatlicher Leistungen und



Das neue Bonner Machtgespann: F. J. Strauß Hintermann am rechten Flügel

„Befreiung“ des Individuums aus staatlicher „Bevormundung“ („Selbsthilfe“ und Subsidiaritätsprinzip); gesellschaftliche Formierung durch einen weiteren Abbau realer Demokratie- und Freiheitsrechte als Rezept gegen wachsende soziale und politische Konflikte.

Diese Kernelemente konservativ-rechtsliberaler Politik und das dahinter stehende Weltbild liegen durchaus auf der Linie der amerikanischen Reagan-Administration. Überhaupt ist bemerkenswert, daß der Amtsantritt der Rechtskoalition Kohl/Genscher zu einem Zeitpunkt erfolgte, da ein Trendwechsel der westlichen Politik in Richtung auf mehr Konfrontation gegenüber dem sozialistischen Lager und mehr Interventionismus gegenüber der Dritten Welt schon stattgefunden hatte. Nach dem Umschwung in den USA, den entwicklungspolitischen Kurskorrekturen der Thatcher-Regierung in Großbritannien und dem halbherzigen, inzwischen weitgehend zurückgenommenen „New Deal“ Frankreichs mit der Dritten Welt, vollzieht jetzt offensichtlich eine weitere große neokoloniale Macht eine – zumindest schrittweise – Veränderung seiner Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik nach rechts.

Die Dritte-Welt-Politik der neuen Regierung in Bonn ist mehr als eine bloße Wiederauflage von Konzepten der Adenauer- und Erhard-Regierungen der 50er und 60er Jahre, wenngleich sie zu diesen eine Reihe von Ähnlichkeiten aufweist. Damals bestimmte die bundesdeutsche Entwicklungspolitik u.a. das Motiv, mittels der Entwicklungshilfe den Bonner Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR auch weltweit durchzusetzen: Wer die DDR diplomatisch anerkannte, wurde mit der Streichung der Entwicklungshilfe und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bestraft (Hallstein-Doktrin).

Die Entwicklungshilfe war einerseits ein Beitrag der Bundesrepublik zur Systemkonkurrenz im Zeichen des Kalten Krieges; sie war auf Drängen der USA begonnen worden und wurde sogleich mit der Durchsetzung spezifischer außenpolitischer Interessen der damaligen Bundesregierung verknüpft. Andererseits sollte sie den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik in der Dritten Welt fördern, den Export beleben und „ideales Präinvestment für private Investitionen“ (so der erste Entwicklungshilfeminister Walter Scheel) sein.²

Zurück zur Hallstein-Doktrin?

Heute haben sich die Rahmenbedingungen bundesdeutscher Dritte-Welt-Politik entscheidend verändert. Die Bundesrepublik ist nicht mehr nur „wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg“, sondern spielt wieder „eine Rolle in der Welt“, wie es in den 60er Jahren vor allem von Franz-Josef Strauß gefordert worden war.³ Unter sozialliberaler Führung ist die Bundesrepublik in der Dritten Welt in eine führende neokoloniale Position hineingewachsen, hinter den USA und zumindest gleichauf mit Großbritannien und Frankreich (siehe auch den vorstehenden Beitrag).

Wesentlicher noch scheint, daß die Entwicklungsländer selbst ihre Forderungen gegenüber den kapitalistischen Industrienationen selbstbewußter und geschlossener vertreten als in der Zeit des Kalten Krieges. Die Infragestellung des kapitalistischen Entwicklungsweges durch eine Reihe von Ländern setzt dem neokolonialen Expansionskurs der Bundesrepublik Grenzen, die auch die Rechtskoalition Kohl/Genscher zumindest die Rechnung stellen muß. Daß sie in ihren Denk- und Handlungsmustern offen von der Notwendigkeit eines „Roll back“ dieser weltpolitischen Veränderungen ausgeht (und nicht wie die sozialliberale Koalition vorrangig auf integrationistische Lösungen setzt), macht die Gefährlichkeit des neuen Kurses aus.

Originalton CDU/CSU

Aus der Regierungserklärung vom 13. 10. 1982

(...) Der Friede in der Welt wird nicht nur durch Waffen bedroht, sondern ebenso durch Armut, Hunger und Tod in vielen Teilen der Welt.

Die Bundesregierung wird deshalb im Rahmen ihrer weltweiten Friedenspolitik weiterhin auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der Dritten Welt hinwirken. Unser Ziel ist eine Weltordnung friedlicher Zusammenarbeit.

Die Solidarität mit den Armen in der Dritten Welt geht jeden in unserem Lande an. Staat und Kirchen, Wirtschaft und privates Engagement gesellschaftlicher Gruppen müssen zusammenwirken. Die Entwicklungspolitik wird seit Jahren von der großen Mehrheit unserer Mitbürger mitgetragen. Diese gemeinsame Überzeugung gilt es zu erhalten und zu stärken. Ich finde, weite Teile der jungen Generation geben uns hierbei ein gutes Beispiel.

Die Dynamik des privaten Sektors muß die öffentliche Entwicklungshilfe ergänzen. In der mittelständischen Wirtschaft und im Handwerk können wir noch erhebliche Reserven erschließen. Private Initiative muß auch in den Entwicklungsländern stärker zum Motor der Entwicklung eines gesunden Wachstums der Wirtschaft werden.

Wir respektieren die Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt und unterstützen ihre Bemühungen um wirkliche, um echte Blockfreiheit. Wir wenden uns gegen jede Politik der Vorherrschaft.

Wir lehnen Gewalt, Intervention und Einmischung ab. Wir treten ein für die Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt. (...)

(Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 93/14.10.1982)

CDU-Grundsatzprogramm zur Entwicklungspolitik

(...) Die Bundesrepublik Deutschland muß sich als einer der führenden Welthandelspartner für eine freiheitliche, sozial verpflichtete und leistungsfähige Ordnung der Weltwirtschaft einsetzen. Weltwirtschaftlicher Dirigismus wird am Ende nur Nachteile für alle mit sich bringen. Er würde die Dynamik des technischen Fortschritts und der internationalen Arbeitsteilung behindern. Güter und Leistungen müssen an den bestmöglichen Standorten hergestellt und erbracht werden können. Auch unsere Märkte müssen für die Erzeugnisse aus den Entwicklungsländern offen sein. Die besonders bedürftigen Länder, die dem Wettbewerb in einer liberalen Wirtschaft nicht gewachsen sind, bedürfen besonderer Hilfen. Es gilt, ihre Fähigkeiten zur Selbsthilfe zu fördern. Zusammen mit besseren Zugangschancen aller Länder zu den notwendigen Ressourcen kann dies den gefährlichen Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vermindern. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Industrieländer bleibt noch lange für die weltwirtschaftliche Entwicklung bestimmend. Auch behalten der Kampf gegen die Weltinflation und die Kontrolle des internationalen Geldumlaufs ihre zentrale Bedeutung.

Überall ist es entscheidend, daß die Erkenntnis der gegenseitigen weltweiten Abhängigkeit den Vorrang vor den Bestrebungen nach regionaler oder nationaler Abschließung erringt.

(...) Entwicklungspolitik ist nicht wertneutral. In unseren auswärtigen Beziehungen haben wir nicht nur die Aufgabe, die eigene, an den Grundwerten und Menschenrechten orientierte politische Ordnung zu schützen, sondern uns auch für unsere Werte in der Welt einzusetzen. Maßstab für unsere Entwicklungspolitik ist es deshalb, ob unsere Leistungen der Bevölkerung unmittelbar zugute kommen, ob sie die Kräfte zur Selbsthilfe stärken und ob sie der Förderung einer sozial gerechten und freiheitlichen Ordnung dienen.

Wir sind der Meinung, daß es allgemeine, für alle Menschen gültige Grundsätze gibt. Aber wir wissen, daß sie je nach den Traditionen und Lebensbedingungen sehr verschiedenartigen Ausdruck finden. Daher sind gegenseitige Achtung und Toleranz auch ein außenpolitisches Gebot. Dies werden wir zusammen mit den freien Völkern der Welt beachten, an deren Seite uns unsere außenpolitische Grundentscheidung ein für allemal gestellt hat. (...)

(Quelle: Aktions- und Informationshandbuch, Aktion „Dritte Welt“ der CDU, Bonn o.J.)



M. Wörner (r.) im November 1982 als Gast seines US-Kollegen C. Weinberger

Verteidigungsminister Wörner über NATO-Aufgaben in der Dritten Welt

(...) Selbst für die USA wäre eine wirtschaftliche Isolierung heute mit einem dramatischen Verlust an Wirtschaftskraft und Wohlstand verbunden. Deshalb ist es für das Bündnis insgesamt zu einer Überlebensfrage geworden, ob es fähig ist, auch solchen Bedrohungen zu begegnen, die sich gegen seine wirtschaftlichen Lebensadern richten. Mir scheinen diese Gefahren in den vor uns liegenden Jahren mindestens ebenso groß zu sein, wie die, die sich aus der unmittelbaren militärischen Bedrohung ergeben – zumal militärischer Druck auf diesen Lebensnerv der Weltwirtschaft und der westlichen Industrieländer in Übersee leicht angesetzt werden kann, wie die iranische Revolution und der Golfkrieg im Ansatz deutlich machen.

Die Bedrohung der westlichen Sicherheit kommt nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens. Die sowjetische militärische Macht, die sich durch die Besetzung Afghanistans näher an die nahöstlichen Ölquellen herangeschoben hat und dort die Labilität der politischen Verhältnisse zu nutzen versucht, um Einfluß zu nehmen und von dort Druck auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse auszuüben – diese sowjetische Macht muß auch an der Orientflanke der westlichen Allianz eingedämmt werden.

Die Vereinigten Staaten sind dabei, das Notwendige im militärischen Bereich zu tun, um die Sowjetunion vor einem Eingreifen in lokale und regionale Konflikte abzuschrecken oder befreudeten Regierungen zu helfen sich zu verteidigen, wenn diese um militärische Hilfe bitten. Die Bundesrepublik Deutschland kann dazu aus den bekannten Gründen direkt nicht beitragen. Sie hat aber viel getan, um Lücken im Aufkommen der Verstärkungskräfte für Europa zu schließen.

Wir haben kürzlich sechs zusätzliche Brigaden des Territorialheeres der NATO unterstellt und planen den Aufbau von sechs weiteren Brigaden als regionale Reserveverbände. Wir haben einer Erweiterung des Operationsgebietes der Bundesmarine an der Nordflanke zugestimmt und damit dem alliierten Befehlshaber größere Flexibilität in der Einsatzplanung und -führung ermöglicht. Wir haben vor allem durch das WHNS-Abkommen (Wartime Host Nation Support) 93.000 US-Soldaten von logistischen Aufgaben in Europa entlastet. (...)

(Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 20/18.2.1983)

CDU/CSU über Rüstungsexport

Es besteht Einverständnis, daß in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickelt wird. Dabei sind auch die Sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland zu berücksichtigen. Auch der Gesamtbereich der finanziellen Problematik ist mit einzubeziehen.

(Quelle: Internes Papier über die künftige Orientierung der deutschen Außenpolitik, in: Frankfurter Rundschau, 30.3.1983)

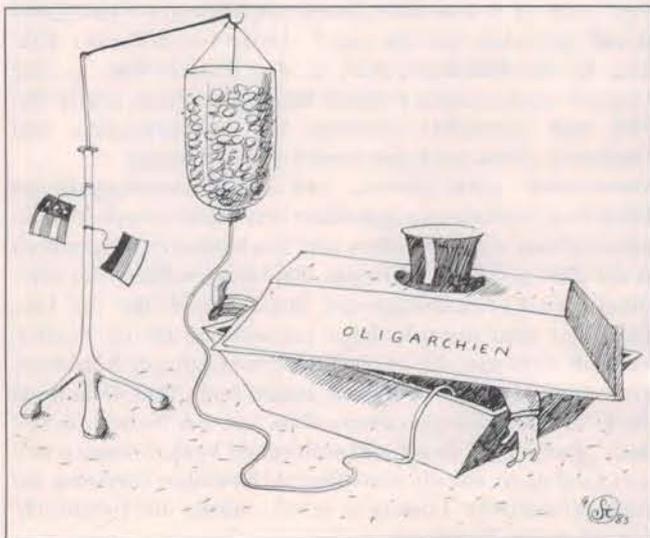
Die Dritte-Welt-Politik der christlich-liberalen Regierung weist so gesehen eine Reihe neuer Akzente auf, die sie von ihrer Vorgängerin unterscheidet. Da die Sozialliberalen bereits eine Öffnung der Dritte-Welt-Politik nach rechts vollzogen hatten, sind diese Unterscheidungen allerdings teilweise nur gradueller Natur bzw. stellen eine schrittweise Fortschreibung laufender Trends dar.

Am auffälligsten ist eine stärkere **Anpassung der Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik an den Kurs der Reagan-Administration**. Nicht nur die Außen- und Sicherheitspolitik, auch die Entwicklungspolitik hat sich der geforderten Treue zur NATO, der „Freundschaft und Partnerschaft“ mit den USA unterzuordnen, da dies „der Kernpunkt deutscher Staatsräson“ (Helmut Kohl) ist.⁴ In der Entwicklungspolitik soll das allgemeine Ziel einer Stärkung der NATO künftig seinen „spürbaren Niederschlag“ finden, wie J. Warnke auf einer Strategietagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung im November 1982 bekanntgab.⁵ Im Verhältnis zu den USA sollen „weder Wohlverhalten noch Provokation“, sondern „Loyalität und Konsultation“ bestimmend sein.

Konsequenterweise fuhr J. Warnke Anfang Februar 1983 nach Washington, wo er mit den Expertenstäben der Reagan-Administration Gespräche führte, die von der Bundesregierung als „die erste umfassende deutsch-amerikanische Abstimmung auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik“ angepriesen wurden. Bezeichnenderweise erzielte J. Warnke dabei „eine bemerkenswerte Übereinstimmung mit seinen Gesprächspartnern (u.a. US-Finanzminister Donald Regan, US-Staatssekretär Lawrence C. Eagleburger, Weltbankpräsident A.W. Clausen und IMF-Direktor J. de Larosière; d. Verf.) in der Einschätzung der Situation der Entwicklungsländer“.⁶

Der neue Entwicklungshilfeminister hätte seinen Kurs auch eine Flugstunde weiter in New York am Sitz der Vereinten Nationen mit den Vertretern der Entwicklungsländer „abstimmen“ können, aber dies wäre wohl unvereinbar mit den „sicherheitspolitischen Interessen“ Washingtons gewesen, deren unbedingte Anerkennung der neue Dritte-Welt-Kurs beinhaltet. Für den Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Volkmar Köhler, haben die USA z.B. in Mittelamerika und der Karibik „unmittelbare und natürliche sicherheitspolitische Interessen“. Sie müssen nicht nur als „besonderer Bestimmungsfaktor“ der bundesdeutschen Dritte-Welt-Politik berücksichtigt, sondern „auch als legitim akzeptiert werden und jeder moralischen Belehrung entzogen werden“.⁷

Die Anpassung der Dritte-Welt-Politik an die Strategie der NATO und der USA im besonderen kann nicht gleichgesetzt



werden mit einer schlichten Unterordnung unter die Zielvorgaben der Reagan-Administration. Der Realität näher dürfte die Einschätzung kommen, daß die von Washington verfolgten aggressiven Konzepte gegenüber der Dritten Welt größtenteils auch der momentanen Interessenlage jener herrschenden Kreise entsprechen, die die Rechtskoalition tragen. Die Verfolgung eines eigenständigen Expansionskurses der Bundesrepublik in der Entwicklungswelt schließt dies keineswegs aus. Durch eine engere Anlehnung an die westliche Führungsmacht und ein verfeinertes Netz von Abstimmungs- und Beratungsmechanismen innerhalb des westlichen Bündnisses erhofft man sich allem Anschein nach auch mehr Durchschlagskraft bei der eigenen Interessensicherung.⁸

Schlüsselbegriffe der Dritte-Welt-Politik der konservativ-rechtsliberalen Regierung sind „Menschenrechte“, „Freiheit“, „echte Partnerschaft“ und „echte Blockfreiheit“ (letzterer vor allem als Tribut an die nach außen auf Kontinuität in der Dritte-Welt-Politik bedachte FDP Hans-Dietrich Genschers). Diese sind vor allem als ideologische Kampfbegriffe zu verstehen, die der weltweiten Durchsetzung der Bonner „ordnungspolitischen Prinzipien“ dienen sollen. Ganz in diesem Sinne propagierte bereits die entwicklungspolitische Konzeption der CDU von 1976 „die Ausrichtung der entwicklungspolitischen Maßnahmen an unseren Wertvorstellungen“.⁹

Die Leitbilder der neuen Bonner Dritte-Welt-Politik ordnen sich fast nahtlos ein in die von der Reagan-Administration angeführte Kreuzzugstimmung gegen „den Kommunismus“, in der die Dritte Welt bloß als Schauplatz des Ost-West-Konflikts wahrgenommen wird.

Die Orientierung der Entwicklungspolitik am Ziel der Verwirklichung der Menschenrechte ist seit März 1982 Konsens aller etablierten Parteien.¹⁰ In der Dritte-Welt-Politik der Regierung Kohl/Genscher wird die Menschenrechtspolitik jedoch höchst selektiv angewendet: gegenüber Ländern mit diktatorischen Regimes als „Förderung der Demokraten statt Bestrafung der Nichtdemokraten“;¹¹ gegenüber progressiven Ländern wie Nicaragua, Moçambique oder Angola als Vorwand zur Kürzung, Zurückhaltung oder Einstellung der Entwicklungshilfe. In der Konzeption der CDU/CSU für die Afrikapolitik wird hier noch ein Schritt weitergegangen; hier werden Demokratieexperimente nach westlichem Vorbild gleich für den ganzen Kontinent verworfen (siehe Kasten).

Die hier zum Vorschein kommende politische Ethik erinnert in fataler Weise an die Philosophie der Reagan-Leute, nach der ein grundlegender Unterschied zwischen „totalitären Regierungen“ (z.B. Kuba, Nicaragua) und „autoritären



Straßenbauprojekt im Sudan: Entwicklungshilfe für BRD-Konzerne

Originalton CDU/CSU



Entwicklungshilfeminister Warnke über Vergabekriterien

FRAGE: Die Regierung Schmidt hat auch kommunistisch regierte Staaten mit Entwicklungshilfe-Millionen bedacht. Werden Sie diese, den Sicherheitsinteressen der Freien Welt zuwiderlaufende Politik korrigieren?

J. WARNKE: Natürlich. Wir haben den Ost-West-Konflikt nicht in die Dritte Welt hineingetragen, doch wir können die Augen nicht davor verschließen, daß die Sowjetunion auch in diesem Teil der Welt strategische Ziele verfolgt. Ein Land, das sich zur kommunistischen Staatengemeinschaft bekennt, kann nicht unser Entwicklungspartner sein. Unser Bestreben ist es vielmehr, Völker, die von kommunistischer Unterdrückung bedroht sind, durch Entwicklungshilfe in ihrem Freiheitsstreben zu unterstützen.

FRAGE: Wie verhält sich die Bundesregierung gegenüber Angola und Moçambique, wo bekanntlich das Engagement Moskaus besonders groß ist?

J. WARNKE: Das ist der Grund, weshalb mein Haus Angola keine Entwicklungshilfe gewährt. Für Moçambique sind aus dem gleichen Grund keine neuen Beträge eingesetzt.

FRAGE: Muß die Bundesregierung bei Gewährung von Entwicklungshilfe nicht auch unsere nationalen Wirtschaftsinteressen berücksichtigen?

J. WARNKE: Aber gewiß. Eine der neuen Weichenstellungen, die wir vorgenommen haben, dokumentiert sich in der offenen Erklärung: Partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet für uns, daß die legitimen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsländer auf einen Nenner gebracht werden müssen. (...)

Ich werde allerdings streng darauf achten, daß bei Entwicklungsprojekten die beiderseitigen Interessen geprüft werden, das heißt, bei zwei Millionen Arbeitslosen muß Entwicklungshilfe da, wo es möglich ist, auch beschäftigungswirksam für die Bundesrepublik sein. Im Projekt Maheweli-Randenigala (in Sri Lanka) ist dies der Fall; die 400 Millionen werden voll der deutschen Wirtschaft als Aufträge zugute kommen. (...)

Die Bundesregierung wird ihre Entwicklungshilfe keineswegs vorrangig nach ideologischen Kriterien vergeben. Wir wünschen, daß die Hilfe den Bedürftigen zugute kommt. Es hat sich erwiesen, daß Länder mit marktwirtschaftlichen Elementen in ihrer Politik bisher am ehesten geeignet waren, ihre Entwicklungsziele zu erfüllen. Wir werden deshalb künftig Länder, die solche marktwirtschaftlichen Elemente haben – es werden auch Länder sein, die Landreformen, die Sozialreformen durchgeführt haben, Länder mit pluralistischen Strukturen in ihrer Gesellschaft –, als Partner besonders ins Auge fassen, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß dies gute Rahmenbedingungen sind. Bei aller Politik nach draußen, und Entwicklungspolitik ist ein Teil unserer auswärtigen Beziehungen, werden wir daneben auch daran denken, im Rahmen unserer Verpflichtungen den Partnern, von denen wir Loyalität und Solidarität erwarten, nicht in einem Teilbereich die gleiche Loyalität und Solidarität schuldig bleiben. Eine stramme Ost-West-Ausrichtung der Entwicklungspolitik ist weder vorgesehen noch wird sie eintreten. (...)

Originalton CDU/CSU

FRAGE: Sie wollen neben den wirtschaftlichen auch NATO-Interessen bei der Entwicklungspolitik wahren. Was heißt das konkret?

J. WARNKE: Das ist eine reine Selbstverständlichkeit. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt, mit den Vereinigten Staaten zum Beispiel, dann werden wir sie nicht dadurch beseitigen, daß wir auf deren Kurs gehen. Wir werden Konsultationen haben und sehen, daß wir Lösungen herausarbeiten, die die Amerikaner nicht in ihrem legitimen Sicherheitsbedürfnis beeinträchtigen. Bei der Fülle des Instrumentariums der deutschen Entwicklungspolitik ist mir auch nicht bange, daß wir im Normalfall Wege der Konfliktlösung finden.

FRAGE: Allerdings hat sich eine Art Wohlverhaltensklausel in der Vergangenheit selten bewährt.

J. WARNKE: Selbstverständlich wird jemand, der gegen uns feindselige Handlungen begeht, nicht mit Entwicklungshilfe bedacht. Der müßte ein Narr sein, der eine so gewaltige Summe – 6,3 Mrd – den Leuten gibt, die sich aktiv zum Beispiel in die sowjetische Hegemonialpolitik gegen den Westen einordnen. Im übrigen ist beides von der vorigen Bundesregierung genauso praktiziert worden. Es ist etwas anderes, eine Wohlverhaltensklausel anzuwenden, die wir weder haben noch hatten, als jemand nicht zu fördern, der aktiv gegen uns ist.

FRAGE: Gefährdet es nicht den mittlerweile guten Ruf unserer Entwicklungspolitik, wenn wir jetzt wieder die Ost-West-Problematik hineinbringen?

J. WARNKE: Ziel unserer Entwicklungspolitik ist es, die Dritte Welt aus der Ost-West-Problematik herauszuhalten. Und dort, wo sie bereits hineingezogen worden ist, wollen wir dazu beitragen, daß sie wieder zu echter Blockfreiheit zurückkehrt. Wichtig ist, daß wir diese politischen Zielsetzungen im Auge behalten und totalitäre Regime von denjenigen unterscheiden, die ihre Ziele vielleicht auf eine Weise verwirklichen, die uns nicht gefällt. Wir müssen ideologiefrei werden. Denn die Verwirklichung von Menschenrechten ist ja in der Dritten Welt doch eine sehr relative Angelegenheit. Wenn ich mich auf Amnesty International beziehe, könnte ich wahrscheinlich einen erheblichen Teil der Empfängerländer von der Liste streichen. Es kommt darauf an, wie der Trend ist. Und der geht zum Beispiel in El Salvador in die richtige Richtung. (...)

(Quelle: Interviews mit: Deutschland-Magazin, Nr. 2/1983; Frankfurter Rundschau, 3.12.1982; Wirtschaftswoche, 7.1.1983)



Staatssekretär Köhler über die Neue Weltwirtschaftsordnung

(...) Die Weltordnung muß auf Liberalität gegründet und somit nicht-doktrinär sein. Freiheitliche Strukturen sind die Voraussetzung aller auf Weckung von Kreativität ausgerichteten Maßnahmen. Dazu gehört auch die Beachtung der Menschenrechte. Eng mit dem Ziel „Freiheit“ verbunden ist die Notwendigkeit, auf nationaler und internationaler Ebene den Marktmechanismus über Angebot und Nachfrage, Innovation und Diversifikation, Erfolg neuer Ideen und Kostenvorteile entscheiden zu lassen.

Jeder Staat ist für die eigene Entwicklung selbst verantwortlich. Diese Zuständigkeit kann nicht an internationale Behörden abgegeben werden. (...)

Dem Markt widersprechende Regelungen in und zwischen bestimmten Industrieländern, wie zum Beispiel Protektionismus, müssen beseitigt werden.

Auf manchen Gebieten bedarf es einer Ergänzung des Marktes durch soziale Regelungen. Dies gilt insbesondere für diejenigen Entwicklungsländer, die durch eine reine internationale Marktwirtschaft zum jetzigen Zeitpunkt geschädigt werden würden. Die sozialen Maßnahmen sind aber nicht Hauptbestandteil, sondern nur Ergänzung der Marktstruktur. (...)

(Quelle: Entwicklung und Zusammenarbeit – E+Z, Nr. 1/1982)

Regimes“ (z.B. El Salvador, Guatemala) zu machen sei.

„Echte Partnerschaft“ meint in der Vorstellungswelt der Entwicklungspolitiker von CDU/CSU nichts anderes als die schlecht verhohlene Ankündigung des Anspruchs, mittels der Entwicklungspolitik zukünftig stärker als bisher die Durchsetzung eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen zu betreiben. Originalton Warnke: „Das heißt, uns nicht nur irgendwelche Forderungen vorlegen zu lassen, sondern auch von uns aus den Entwicklungsländern unsere eigenen Vorstellungen zu unterbreiten.“¹² Dieses Prinzip gilt sowohl für das Auftreten der Bundesregierung in bilateralen Verhandlungen über einzelne Entwicklungsprojekte, als auch im „Nord-Süd-Dialog“.

„Echte Blockfreiheit“ – schon bisher ein Lieblingslogan Hans-Dietrich Genschers – meint in der Diktion der jetzt regierenden Kräfte nichts anderes als eine Warnung an die Entwicklungsländer, sich nicht zu sehr auf Bündnisse mit den sozialistischen Ländern, insbesondere dem weltpolitischen Gegenpart der USA in Gestalt der UdSSR, einzulassen. Mit der Anerkennung der Dritten Welt als eigenständiger Kraft im weltpolitischen Kräftespiel hat dies wenig zu tun; wohl aber mit dem Versuch, der UdSSR in der Dritten Welt Niederlagen beizubringen und denjenigen Entwicklungsländern mit Maßregelungen aller Art zu drohen, die im Rahmen der globalen Systemkonkurrenz nicht eindeutig Bekenntnisse zu „Freiheit und Demokratie“ im westlichen Sinne ablegen.

Die **Entwicklungshilfe** dient der christlich-liberalen Koalition also vor allem als **Instrument zur Durchsetzung außenpolitischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Interessen**. Die Vergabekriterien der Hilfe werden jetzt wieder nach einem simplen Freund-Feind-Schema im Stil des Kalten Krieges bestimmt (siehe Kasten). Zum anderen wird die Entwicklungshilfe im Zeichen der Wirtschaftskrise und einer verschärften Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt wieder strikter an den Exportinteressen der bundesdeutschen Konzerne ausgerichtet; diese sollen ganz unmittelbar über die Wiedereinführung der Lieferbindung durch die Hintertür in den 100%igen Genuß der aus Krediten und Zuschüssen stammenden Aufträge gelangen: „Wir werden alles tun, um die Absatzchancen der deutschen Wirtschaft zu verbessern.“ (J. Warnke)

Die Argumentation mit der „Sicherung von Arbeitsplätzen“ durch Entwicklungshilfe ist dabei nur vordergründiger Natur: Schon bisher sicherte die Durchführung von Entwicklungsprojekten etwa 110.000 Arbeitsplätze in der Bundesrepublik. Auch ohne Lieferbindung stand in der Vergangenheit jeder Mark, die für Entwicklungshilfe ausgegeben wurde, eine Nachfrage von 1,25 DM gegenüber.¹³ Ginge es der neuen Bundesregierung tatsächlich um die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mittels der Entwicklungshilfe, so müßte sie konsequenterweise die dafür zur Verfügung stehenden Finanzmittel kräftig erhöhen. Das Gegenteil aber ist der Fall.

Im Zuge der allgemeinen Politik der „Sanierung der Staatsfinanzen“ wurden die Verpflichtungsermächtigungen für das laufende Haushaltsjahr, die für die zukünftigen Entwicklungshilfeausgaben von entscheidender Bedeutung sind, um nahezu 28% gekürzt. Ein besonderer Dorn im Auge der konservativ-liberalen Sparpolitiker ist die Tatsache, daß aus den letzten Jahren der sozialliberalen Koalition noch Entwicklungshilfefzusagen in beträchtlicher Höhe offenstehen und jetzt zur Auszahlung kommen. Dies setzt einer drastischen Beschneidung der Baransätze ebenso Grenzen wie einer umgehenden Verwirklichung der neuen Vergabekriterien in der entwicklungspolitischen Praxis vor Ort.

Wer allerdings allzu große Hoffnungen in die „administrative Kontinuität“ der bundesdeutschen Entwicklungshilfe gesetzt hat, muß sich enttäuscht sehen. In erstaunlich kurzer

Zeit hat J. Warnke das politische und Beamtenpersonal seines Ministeriums zu fast 50% ausgewechselt. Dies gilt nicht nur für die BMZ-Spitze, die jetzt neben Warnke von den beiden Staatssekretären Volkmar Köhler (CDU) und Siegfried Lengel (CSU; ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung) gebildet wird. Bei insgesamt etwa 500 Beschäftigten hatte es innerhalb des BMZ bis Mitte Januar 1983 insgesamt 206 Neu- und Umbesetzungen von Stellen gegeben.¹⁴ Mit der neuen Personalpolitik ist das Ministerium auf dem besten Weg, zur Schaltstelle der Außenpolitik von Franz-Josef Strauß zu werden, der seinen Verzicht auf ein Regierungsamt damit begründet hatte, daß seine Vorstellungen in den außenpolitischen Vereinbarungen mit der CDU (siehe Kasten) in genügendem Maße berücksichtigt worden seien.

Entwicklungshilfe als „Ordnungshilfe“

Neben ihrer strikteren Unterordnung unter das Freund-Feind-Schema und die Exportinteressen der westdeutschen Industrie soll die **Entwicklungshilfe** auch konzeptionell stärker zum **Instrument der Durchsetzung des konservativen Ziel- und Wertesystems in den Entwicklungsländern** selbst werden. Dies kommt am besten in der von den CDU/CSU/FDP-Politikern betriebenen Vergötzung des Marktes als alleinseligmachendem Funktionsmechanismus der Wirtschaft, dem Plädoyer für mehr „private Initiative“ als „Motor der Entwicklung eines gesunden Wachstums“ (Helmut Kohl), der Präferenz für „marktwirtschaftliche Modelle und pluralistische Strukturen“ (J. Warnke), dem Setzen auf mehr „Eigenverantwortlichkeit“ und „Selbsthilfe“ zum Ausdruck.

Einige Konzepte der sozialliberalen Koalition behält die neue Mannschaft zunächst bei, so das 1978 verabschiedete Grundbedürfniskonzept, dem der frühere entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Jürgen G. Todenhöfer, damals schon attestierte, es hätte das Hauptbedenken seiner Fraktion ausgeräumt, nämlich „daß seine Verwirklichung zentralistisch geplant und dirigiert werden könnte“.¹⁵ Als „produktivitätsorientierter Armutsbekämpfung“ (E. Pie-roth; Vorsitzender des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU) beziehen CDU/CSU und FDP die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen eindeutig und unmittelbar auf die Bedürfnisse bundesdeutscher Kapi-



BRD-Entwicklungshelfer im Marktwirtschaftsland Elfenbeinküste

Originalton CDU/CSU



F. J. Strauß mit Chiles Diktator Pinochet bei deutsch-chilenischer Ahnenfeier

F. J. Strauß über Demokratie in der Dritten Welt

(...) Was ich aber immer gesagt habe und immer sagen werde ist, daß es keinen Sinn hat, von Menschenrechtsverletzungen oder der Vorenthaltung von Menschenrechten in Süd-Afrika zu reden, wenn man andererseits zur Mißachtung der Menschenrechte in vielen schwarz-regierten Staaten schweigt oder sogar die Augen vor dort begangenen Scheußlichkeiten schließt. (...)

Der Versuch, die Maßstäbe westlich-parlamentarischer Demokratien auf Entwicklungsländer zu übertragen, ist im Regelfall – so sehr das nach unseren Wertvorstellungen zu bedauern ist – zum Scheitern verurteilt. Ich bin nicht der Anwalt der gegenwärtigen Verhältnisse auf den Philippinen, kann mir aber vorstellen, daß bei einem Sieg der sogenannten kommunistischen Befreiungsarmee ein System geschaffen würde, wie es uns heute in Mozambique, Angola oder in Vietnam begegnet – um nur einige Beispiele zu nennen. (...)

Ich maße mir nicht an, der Kirche Verhaltensmaßregeln geben zu wollen. Als Kenner der Situation im südlichen Afrika muß ich aber zu bedenken geben, daß man bei allem Ärger und bei aller Empörung – echter oder vermeintlicher – über die Politik der Apartheid in Südafrika auch nicht vergessen darf, daß es ein vielrassischer Staat ist, in dem die Forderung „one man – one vote“, auf das ganze Staatsgebiet gleichermaßen angewandt, weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos bringen und die zivilisatorischen Errungenschaften, die auch ein Ergebnis der Arbeit der Schwarzen sind, allmählich wieder zerstören würde. (...)

Nur so ist unter der weißen Bevölkerung im südlichen Afrika zu erreichen, daß die Einsicht in Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit weiter wächst. In ihr darf nicht die Belagerungsmentalität weißer Festungsinsassen mit steigendem Trotzeffekt und furchtbaren Folgen für alle gefördert werden, sondern es muß die Bereitschaft herbeigeführt und unterstützt werden, versäumte Reformen zügig nachzuholen, begangene Fehler zu bereinigen und einen Wandel in Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit herbeizuführen. Diese Ordnung kann die Gleichwertigkeit aller Menschen berücksichtigen und im staatlichen Leben zum Ausdruck bringen. Sie kann aber nicht allein eine Formalgleichheit aufzwingen, die in kürzester Zeit zu mehr Unfreiheit, zu mehr Unterdrückung, zu mehr Ungleichheit führen würde, als je zuvor bestanden haben. Das ist Revolutions-theologie unter dem Deckmantel einer „Befreiungstheologie“. (...) (Quellen: Briefe an Gunther Hilliges, Terre des Hommes, und den Kardinal von Köln sowie den Bischof von Augsburg; terre des hommes an die Presse, Nr. 1/1983 bzw. Kopie einer Abschrift)



H.-D. Genscher mit SWAPO-Präsident S. Nujoma 1982 – Kontinuitätsgarant im Auswärtigen Amt?

talverwertung; nach dem Motto: „Wer ständig hungert, ist nicht leistungsfähig.“¹⁶ Oder: „Nur persönliche Initiative und privater Leistungswille können aus der Armut führen, zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, zu Wohlstand und Kaufkraft.“¹⁷

Woher die Ärmsten der Armen, die millionenfach hungern, jene persönliche Initiative und privaten Leistungswillen nehmen sollen, bleibt schleierhaft. Überhaupt scheinen 20 Jahre entwicklungspolitischer Expertendiskussion an den neokolonialen Chefideologen der CDU/CSU nahezu spurlos vorbeigegangen zu sein. Jeder, der auf die ungleichen Voraussetzungen der am Marktgeschehen Teilnehmenden auch nur verweist, setzt sich der Gefahr aus, als „Feind der Freiheit“ abgestempelt zu werden.

Ähnlich pervertiert wie die „Grundbedürfnisstrategie“ wird im konzeptionellen Denken von CDU und CSU auch die Selbsthilfe-Idee. Hier geht es keineswegs um die tatkräftige Hilfe bei der Mobilisierung der eigenen Ressourcen in den Entwicklungsländern zu mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, sondern um schlichte Schuldzuweisung an diejenigen, die angesichts von Unterentwicklung, Ausbeutung und Unterdrückung in der Dritten Welt oftmals gar nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen. So ist auch dies noch vor dem Hintergrund eines rücksichtslosen Liberalismus zu sehen, der die Starken bevorzugt und die Schwachen weiter ins Abseits drängt.

Politik der Stärke im „Nord-Süd-Dialog“

Um dem Prinzip, daß die „Dynamik des privaten Sektors die öffentliche Entwicklungshilfe ergänzen“ muß (Helmut Kohl; siehe Kasten), zum Durchbruch zu verhelfen, plant die neue Regierung eine Novellierung des Entwicklungsländer-Steuergesetzes, das von der sozialliberalen Koalition wegen entwicklungspolitischer Ineffizienz nicht verlängert worden war. Direktinvestitionen bundesdeutscher Großkonzerne sollen so in Zukunft wieder steuerlich begünstigt werden.

Das – eher ideologisch zu verstehende – Gegenstück zur Förderung der westdeutschen Kapitalexpansion in die Dritte Welt ist ein „Mittelstandsprogramm“. Dieses soll wie weiland zu Ludwig Erhards Zeiten für einen „bodenbeständigen Mittelstand“ und ein „solides Handwerk“ in den Entwicklungsländern sorgen. Damit soll eine soziale Basis dafür geschaffen werden, daß „die Einsicht Platz greifen (kann), daß

Fleiß und Leistung, nicht Agitation und Revolution, Voraussetzung für eine Besserung der Lebensverhältnisse sind.“¹⁸

Schließlich will die CDU/CSU zur Umsetzung ihrer Leitbilder in der Dritten Welt die personelle Entwicklungshilfe verstärken und den Entwicklungshelfern mehr ideologische Infiltrationsaufgaben zuweisen. Dabei geht es um eine verstärkte politische Einflußnahme im Kontext des Ost-West-Konflikts, um „eine angemessene Antwort auf die massive Einflußnahme in Gestalt des 'Berater-Einsatzes' durch Staaten des Ostblocks“.¹⁹ Die Entwicklungshelfer müßten sich künftig dessen bewußt werden, „daß die Hilfe sich nicht in einem wertfreien Raum abspielt und die deutschen Berater eine angemessene politische Haltung einnehmen müssen“.²⁰ Es versteht sich, daß die von den Entwicklungsländern vorgebrachten Forderungen nach einer **Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung** (NIWO) zum großen Teil unvereinbar sind mit den ordnungspolitischen Leitvorstellungen der konservativ-rechtsliberalen Regierungskoalition. Zwar galt auch bisher schon das Prinzip, daß es nicht um eine neue, sondern nur um die „Fortentwicklung der im Prinzip bewährten Ordnung“ gehen könne;²¹ jedoch ist mit der Bonner „Wende“ das von der Reagan-Administration geführte Lager der rücksichtslosen Ablehnung von mehr Gleichheit und Gleichberechtigung der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft noch ein weiteres Mal verstärkt worden. Auch im „Nord-Süd-Dialog“ verfolgt Bonn jetzt eine eindeutige Politik der Stärke.

Einen ersten Vorgeschmack auf das künftige Verhalten auf internationalen Konferenzen gab die Bundesregierung Mitte Dezember 1982 mit ihrer vorläufigen Weigerung, die neue Seerechtskonvention zu unterzeichnen. Sie hat sich damit nicht nur der Linie Washingtons angeschlossen, sondern offensichtlich auch dem Druck vonseiten jener Teile der bundesdeutschen Industrie nachgegeben, die an der Entwicklung des Tiefseebergbaus beteiligt sind und eine Schmälerung ihrer Profite befürchten, wenn die Ausbeutung des Meeresbodens zum Teil an eine UN-Behörde übergeht.²²

In ihrem generellen Mißtrauen gegenüber internationalen Organisationen mit universellem Charakter weiß sich die Kohl/Genscher-Koalition ebenfalls einig mit der Reagan-Administration, weshalb auch Bonn künftig mehr auf Bilateralismus setzen will. Ganz herausziehen wird sich die Bundesregierung aus den internationalen Organisationen freilich nicht. Dazu bieten die Weltbank und besonders der Internationale Währungsfonds zu lukrative Möglichkeiten, um die Entwicklungsländer mit dem Einsatz wirtschaftlicher Erpressung

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

4. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)
5. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)
6. _____
(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“ , Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-El Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on the postcard.

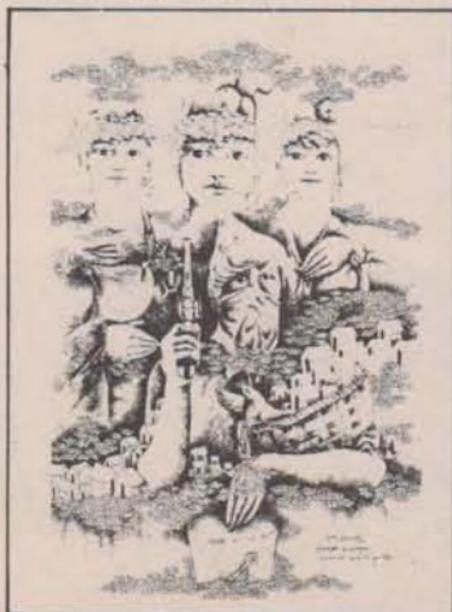


¡Nicaragua libre!



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

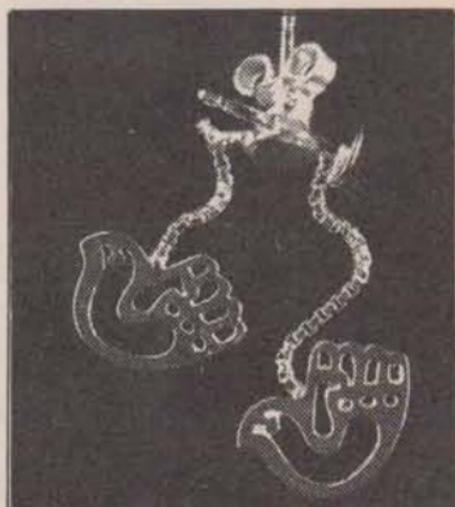
Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzinger
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martinez
Die geheimen Kerker El Salvadors.
Das Zeugnis der Comandante Guerillera
205 Seiten, Lamuv 1982

Marianne Cornevin
Apartheid
Mythos und Wirklichkeit
192 Seiten, Hammer 1981

Aufstehn!
Für den Frieden
158 Seiten, Lamuv 1982

Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.)
Zentralamerika
Guatemala, El Salvador, Honduras
Nicaragua, Costa Rica
405 Seiten, Pahl-Rugenstein 1983

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Fritz Noll/Lionel van der Meulen (Hg.)
Buenos Dias Cuba
Reiseführer
190 Seiten, Lamuv 1982

AKAFRIK/DEAE (Hg.)
Südafrika-Handbuch
Südafrika, Namibia und Zimbabwe
437 Seiten, Jugenddienst 1982

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

Gabriel Garcia Márquez
Die Geiselnahme
112 Seiten, Hammer 1982

Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen
Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)
Nicaragua.
Vor uns die Mühlen der Ebene
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981



Originalton CDU/CSU



CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Dregger im Kreise afghanischer „Rebellenführer“

CDU/CSU über China, Afghanistan und Nahost

Volksrepublik China

- a) Der Faktor China in der weltpolitischen Kräftekonstellation muß realistisch bewertet und genutzt werden.
- b) Unter den gegenwärtigen weltpolitischen Gegebenheiten ist die Volksrepublik China ein natürlicher Partner der Bundesrepublik Deutschland.
- c) Die deutsche Außenwirtschaftspolitik muß vorbereitet und ausgerichtet sein auf die von der Volksrepublik China ausgehenden weltwirtschaftlichen Veränderungen.
- d) Der Studentenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und China ist zu verbessern.

Afghanistan

Die Besetzung des geostrategischen Schlüssellandes Afghanistan war kein „Betriebsunfall“ der sowjetischen Außenpolitik, sondern Umsetzung der langfristig angelegten und unbeirrt betriebenen sowjetischen Machterweiterungspolitik.

Pakistan

Aufgabe deutscher Außenpolitik ist es, Pakistan in seiner besonderen Lage wirksame Hilfe zu leisten.

Naher Osten

- a) Die Befriedigung des Nahen Ostens ist auf der Grundlage des sogenannten Reagan-Plans möglich.
- b) Aufgabe deutscher Politik ist daher die Unterstützung dieses Plans auf allen politischen Ebenen, vor allem auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG).
- c) Inhaltsloser Aktionismus, der nur zu neuen Verhärtungen der Lage führt, darf sich nicht wiederholen.

(Quelle: Internes Papier..., in: Frankfurter Rundschau, 30.3.1983)

CDU/CSU-Afrikapolitik

A) Allgemein

Deutsche Afrikapolitik muß stärker als bisher die afrikanische Wirklichkeit berücksichtigen.

Afrika darf kein Experimentierfeld für diesem Kontinent nicht gemäße Vorstellungen von parlamentarischer Demokratie sein.

Deutsche Afrikapolitik muß sich der Tatsache stellen, daß Moskau die für Europa lebensnotwendigen Rohstoffquellen Afrikas und die Seewege nach Europa um das südliche Afrika unter seine Kontrolle bringen will, um Europa politisch erpreßbar und gefügig zu machen.

B) Namibia

Volle Unterstützung des DTA-Modells (Demokratische Turnhallenallianz) des friedlichen, gleichberechtigten Zusammenlebens der Bevölkerungsgruppen in Namibia.

Sofortige Einstellung der Unterstützung der pro-kommunistischen, der terroristischen Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und entsprechende Elnwirkung auf die EG.

Lösung von der UN-Resolution 435, da Wahlen solange nicht in Sicht sind, als die kubanischen Söldner in Angola stehen. Wiedereröffnung des deutschen Konsulats in Windhoek.

politisch gefügig zu machen.

Das neue Konzept der Kohl/Genscher-Koalition in der Dritte-Welt-Politik hat in den ersten sechs Monaten bereits praktische Konsequenzen zur Folge gehabt, die sich vor allem an der deutlich härteren Gangart der Bundesrepublik in den Problempunkten des Managements politischer Krisen in der Dritten Welt festmachen lassen:

- Der Respekt vor den „natürlichen Sicherheitsinteressen“ der USA in Mittelamerika läßt Bonn die Rücksendung des bundesdeutschen Botschafters nach El Salvador erwägen, was die FDP seit längerem fordert. Geplant ist, 1983 auch die von der alten Bundesregierung eingefrorenen Mittel von 27,6 Mio DM an das Regime in San Salvador auszuzahlen. Die Zusagen an Nicaragua sollen nunmehr von 25 auf 40 Mio DM aufgestockt werden. Die Auszahlung wird allerdings zu 60% direkt an ein Gremium von Privatunternehmen und zu 40% an den staatlichen Entwicklungsfonds zur gezielten Förderung der Kleinindustrie erfolgen.²³



Demonstrationsforderung am 10. 6. 1982 in Bonn

In der Auseinandersetzung um die aktuelle Zuspitzung der militärischen Übergriffe gegen Nicaragua von Honduras aus vertrat der Bonner UNO-Botschafter Günter van Well vor dem UN-Sicherheitsrat eine offen feindliche Haltung gegenüber Nicaragua: „Sobald Nicaragua wieder zu einer glaubwürdigen Politik der guten Nachbarschaft, der Nichteinmischung und der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Institutionen findet, werden sich die Spannungen in der Region verringern.“²⁴ Dies ist eine unmittelbare Schützenhilfe für den von der Regierung Reagan praktizierten antisandinistischen Interventionismus.

- Im Nahen Osten favorisiert Bonn in jüngster Zeit ganz offen eine Konfliktlösung nach dem Reagan-Plan. In der Europäischen Gemeinschaft betreibt die Kohl/Genscher-Koalition zielbewußt eine Aushöhlung der Position von

Venedig, die eine Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts vorsah. Den rechtsten Kräften innerhalb der Koalition geht es dabei vor allem darum, um jeden Preis einen selbständigen Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan zu verhindern.

● Im Dezember 1982 gab das Kabinett auf Anraten des Türkeireisenden Genscher grünes Licht für eine neuerliche Türkeihilfe von 413,5 Mio DM.

● Im Südlichen Afrika verfolgt die CDU/CSU eine Politik der offenen Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime. Sie lehnt das von der Befreiungsbewegung geforderte Prinzip „Ein Mensch – eine Stimme“ als Grundlage für eine Konfliktlösung strikt ab. In der Namibiafrage setzt sie auf eine neokoloniale Lösung nach den Vorstellungen der seinerzeit von Pretoria inthronisierten und inzwischen wieder fallengelassenen Demokratischen Turnhallen-Allianz und fordert wie die Reagan-Administration die Koppelung einer Namibialösung an den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola (siehe Kasten).

Die Solidaritätsbewegung muß künftig besonders diese konkreten Parteinahmen der Regierung Kohl/Genscher für die verachtenswertesten Diktaturen wachsam verfolgen und mit der Mobilisierung stärkeren politischen Drucks als bisher antworten.

Anmerkungen:

- 1) J. Warnke, Arbeitsplätze durch Entwicklungshilfe, in: Husumer Nachrichten, 26.3.1983
- 2) Vgl. ausführlich: K. Bodemer, Entwicklungspolitik – Hilfe für wen? Ideologie und Vergabepraxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade, München 1974
- 3) Vgl. F.-J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S.17
- 4) Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 93/14.10.1982, S. 860
- 5) Vgl. General-Anzeiger, 6.11.1982
- 6) BMZ (Hrsg.), Informationsdienst Entwicklungspolitik, Nr. 2/25.2.1983
- 7) Vgl. V. Köhler, Karibik und Lateinamerika – Eine Herausforderung für unsere Entwicklungspolitik, in: Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformation, 27.10.1982, S.5
- 8) Dies war bereits eine wesentliche Forderung eines Gutachtens von vier halbamtlichen Forschungsinstituten der BRD, der USA, Großbritanniens und Frankreichs, dessen politische Orientierungen inzwischen mehr und mehr Eingang in die offizielle Regierungspolitik fanden. Vgl. Die Sicherheit des Westens – Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn 1981
- 9) Entwicklungspolitische Konzeption der CDU, in: Entwicklungspolitik. Materialien, Nr. 61, Bonn, Dezember 1978, S. 24 (Hervorhebung: d. Verf.)
- 10) Vgl. den gemeinsamen Beschluß der Bundestagsparteien zur Entwicklungspolitik, in: Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, März 1983, S. 136f.
- 11) Dr. Limmer (Auswärtiges Amt), zit. nach: G. Gottwald, Ideologie und Praxis konservativer Entwicklungspolitik, in: Istmo, Nr. 3-4/Februar 1983, S.52
- 12) Zit. nach: Bonner Rundschau, 23.12.1982
- 13) Vgl. dazu: Entwicklungspolitik. BMZ-aktuell, September 1982
- 14) Vgl. Frankfurter Rundschau, 1.2.1983; die wichtigsten Neubesetzungen bei Abteilungs- und Referatsleitern sind aufgeführt in: Informationsdienst Entwicklungspolitik, Nr. 12/14.12.1982
- 15) Vgl. E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 12/1978, S.12
- 16) Zit. nach: G. Gottwald, Ideologie und Praxis..., a.a.O., S.53
- 17) Papier zur Entwicklungspolitik der CDU/CSU, Statt Millionenprojekte Projekte für Millionen, vorgelegt auf einer Pressekonferenz des Bundesausschusses Entwicklungspolitik der CDU, Bonn, 2.12.1982, S.1
- 18) Entwicklungspolitik der CDU: Solidarisch gegen Armut und Not in der Welt. Partnerschaftliche Zusammenarbeit zur Sicherung unserer gemeinsamen Interessen (Programm), Bonn o.J., S.14
- 19) Zit. nach: G. Gottwald, Ideologie und Praxis..., a.a.O., S.62
- 20) Zit. nach: ebenda, S. 62
- 21) O. Graf Lambsdorff, Für mehr Realismus im Nord-Süd-Dialog, in: Vereinte Nationen, Nr. 2/1982, S.41
- 22) Vgl. Frankfurter Rundschau, 16.12.1982
- 23) Vgl. die tageszeitung, 4.2.1983
- 24) Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 34/6.4.1983, S.295

Originalton CDU/CSU

C) Südafrika

1. Kurzfristige Ziele deutscher Südafrika-Politik:

Die Herstellung gleicher Behandlung der Bevölkerungsgruppen bei der Benutzung öffentlicher Einrichtungen, wie zum Beispiel Krankenhäuser und Schulen, ferner gleiche Bezahlung für gleiche Leistung – Ende der Diskriminierung im Arbeitsleben, schließlich die Zulassung gemischt-rassischer Gruppen im kulturellen und sportlichen Leben, als Erreichen allgemeiner bürgerlicher Gleichstellung. Die Erhaltung der ungeheuren industriellen und landwirtschaftlichen Kräfte Südafrikas. Ohne sie würden Millionen Schwarze im Inland hungern und würde die bedeutende Hilfe Südafrikas für die benachbarten schwarzregierten Länder versiegen.

2. Langfristige Ziele deutscher Südafrika-Politik:

Auf die politisch Verantwortlichen und Inhaber der Regierungsmacht muß eingewirkt werden, die Verfassungsreform ihres Landes nach den gegebenen Bedingungen geschichtlicher und ethnischer Art so voranzutreiben, daß die weiße Kultur erhalten bleibt, der Aufstieg der farbigen, besonders der schwarzen Bevölkerung sich evolutionär und organisch vollzieht, eine Unterdrückung oder Ausrottung von Minderheiten unmöglich gemacht und ein Kondominium der beteiligten Rassen zustande kommt.

Dies kann nicht erreicht werden, durch militärischen Druck oder durch Wirtschaftsboykott – die Leidtragenden beider Maßnahmen wären vornehmlich die Schwarzen –, sondern durch konkrete Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Erst wenn die Führer revolutionärer Bewegungen merken, daß sie nicht auf Kosten der Schwarzen und im Kampf gegen die Weißen und Farbigen ihre marxistisch ausgewiesenen Revolutionsziele durchsetzen können weil auch Nordamerika und Europa sich dem widersetzen, werden sie sich damit abfinden, daß eine revolutionäre Minderheit nicht mit Unterstützung der Sowjetunion und anderer kommunistischer Länder seinen Stempel dem südlichen Afrika aufdrücken kann.

Eine solche in die Zukunft weisende Lösung ist auch nur dann möglich, wenn die Minderheit der Schwarzen von der Furcht befreit wird, Opfer der sogenannten Befreiung, Objekt neuer Unterdrückung und hilflose Kreatur gegenüber grausamen Terrorakten zu sein.

Eine solche Lösung, das heißt die Errichtung eines mehrfarbigen Kondominiums, kann zeitlich nicht von der drohenden Ungeduld schwarzer, eine eigene Willkürherrschaft anstrebender Revolutionäre oder von der drohenden Naivität sogenannter progressiven weißen Ideologen bestimmt werden. Sie erfordern einen weit längeren Zeitraum, als es die künstlich herbeigeführte Weltmeinung wahrhaben will.

Die Weltmeinung darf nicht länger dahingehend manipuliert werden, Revolutionären eine sentimental-moralische Überbewertung und einen revolutionscharismatischen Heiligenschein zu geben. Das Sympathisantentum für Terrorhandlungen führt nicht zu einer gerechteren Ordnung, kümmert sich nicht um die Frage, ob die Masse der schwarzen Farbigen mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Wohlstand gewinnt, sondern ist nur noch bestrebt, die bisherige Herrschaft radikal abzulösen, ohne sich darum zu kümmern, welche Folgen die neue Herrschaft heraufbeschwört.

Die freie Welt muß langfristige evolutionäre Vorhaben unterstützen, statt revolutionäre Umtriebe zu begünstigen.

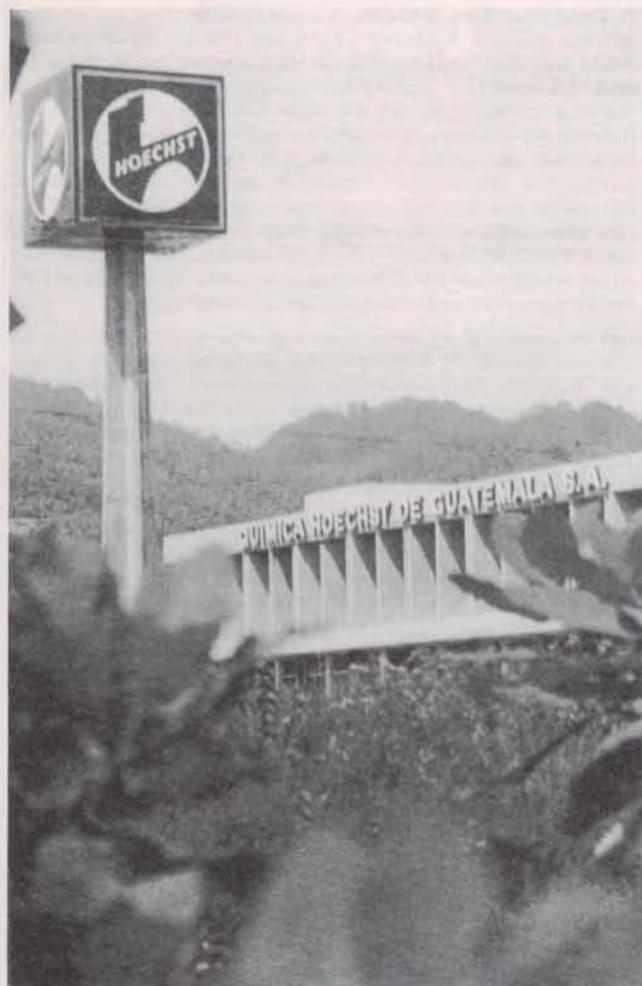
(Quelle: Internes Papier..., in: Frankfurter Rundschau, 30.3.1983)



DTA-Chef D. Mudge (2. v. l.) 1978 bei F. J. Strauß in München

Nico Biver

Vormarsch der bundesdeutschen Konzerne in der Dritten Welt



„Nach Auffassung der Bundesregierung leistet die Zusammenarbeit der privaten Wirtschaft mit der Dritten Welt einen wichtigen Beitrag für den wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt der Entwicklungsländer.“¹ Diese „selbstlose“ Zusammenarbeit, wie sie im Fünften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung vom März 1983 formuliert wird, verfolgen die deutschen Konzerne bereits seit dem letzten Jahrhundert. Sie waren allerdings gleich mehrmals bei der Aufteilung der Welt „zu spät gekommen“.

Auf seiner Jagd nach Rohstoffquellen gelang dem deutschen Kapital nur die Eroberung weniger Kolonien, die es durch die Niederlage im 1. Weltkrieg auch noch einbüßte. Der Anteil der deutschen Unternehmen an den Direktinvestitionen aller Industrienationen im Ausland schrumpfte von 10,5% auf 1,3% (vgl. Tab. 1).

Der 2. Weltkrieg reduzierte die Präsenz des deutschen Kapitals im Ausland praktisch auf den Nullpunkt.

Bis Mitte der 60er Jahre blieben die Direktinvestitionen der bundesdeutschen Konzerne im Ausland relativ unbedeu-

tend. Grund dafür waren vor allem die günstigen Profitbedingungen im Innern der Bundesrepublik und die Expansionsmöglichkeiten beim Warenexport.

Die Verschlechterung der inneren Verwertungsbedingungen, die mit der Wirtschaftskrise 1966/67 einherging, der relative Kapitalüberschuß und die Notwendigkeit, die errungene starke Stellung auf dem Weltmarkt zu erhalten, zwangen nunmehr auch zum verstärkten Kapitalexport, vor allem in Form ausländischer Direktinvestitionen. Dieser Expansionsprozeß wurde durch die vertiefte krisenhafte Entwicklung ab Mitte der 70er Jahre noch verstärkt. Das Eindringen in die Entwicklungsländer wurde zugleich durch den Niedergang des Kolonialismus Frankreichs und Großbritanniens und den Konzentrationsprozeß der westdeutschen Wirtschaft erleichtert.

Kapitalexportoffensive seit Ende der 60er Jahre

1980 befanden sich unter den 100 größten Industrieunternehmen der Welt 14 aus der BRD, darunter VW, Siemens, Daimler-Benz, Hoechst, Bayer, BASF und Thyssen. Mit einem Anteil von 10,4% am Gesamtumsatz dieser Konzerne lagen sie auf Platz 2 hinter denen der USA (siehe Tab. 2).

Der Gesamtbestand an bundesdeutschen Direktinvestitionen im Ausland erhöhte sich von 8,3 Mrd DM (1965) über 32,2 Mrd DM (1973) auf 84,0 Mrd DM (1981). Die entsprechenden Zahlen für die Länder der Dritten Welt (Lateinamerika, Afrika und Asien ohne Japan) lauten 2,3, 7,2 und 17,8 Mrd DM.

Der Anteil der Dritten Welt am Bestand der Direktinvestitionen ging von 22,5% im Jahr 1973 auf 21,2% im Jahr 1981 zurück.² Jedoch nehmen sie schneller zu als die Investitionen im Inland und als die gesamten Direktinvestitionen der anderen imperialistischen Staaten in den Entwicklungsländern. Ende 1979 stammten rund 8% aller Direktinvestitionen in der Dritten Welt aus der Bundesrepublik.

Der 1980 erzielte Jahresumsatz der 2.136 westdeutschen Unternehmen in dieser Region betrug 49,6 Mrd DM. Das entspricht fast der Summe der bundesdeutschen Exporte in die Dritte Welt. Die westdeutschen Multis beschäftigen in der Dritten Welt 599.000 Arbeitskräfte, was 34,5% ihrer gesamten Auslandsbeschäftigten entspricht.

Die Direktinvestitionen konzentrieren sich auf einige wenige Länder: Auf Brasilien, Argentinien, die Republik Südafrika, Mexiko, Singapur und Nigeria entfielen im Jahr 1980 68% des Bestandes aller BRD-Direktinvestitionen in der Dritten Welt. Allein auf Brasilien entfielen 35%, während man in den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDC) lediglich 1% anlegte.³

Die Auslandsinvestitionen werden zum Großteil von Monopolunternehmen getätigt. 1980 waren allein bei elf führenden Industrieunternehmen 579.000 Arbeitskräfte im Ausland beschäftigt. Dies entspricht 31% aller Beschäftigten dieser Unternehmen und 52,5% der gesamten Auslandsbeschäft-

tigung der bundesdeutschen verarbeitenden Industrie.⁴

Die Direktinvestitionen in der Dritten Welt konzentrieren sich vor allem auf diesen Bereich (66,9% des Bestandes der Direktinvestitionen 1980). Die Investitionen im Rohstoffsektor sind mit einem Anteil von rund 10% wesentlich geringer als bei anderen imperialistischen Staaten.⁵ Dies liegt vor allem daran, daß die meisten Rohstoffquellen unter den Konzernen aufgeteilt wurden, als Deutschland durch zwei Weltkriege geschwächt war. Der Rückstand in diesem Bereich konnte bisher nicht aufgeholt werden.

Das Hauptmotiv für die Auslandsexpansion der bundesdeutschen Konzerne ist nach wie vor die Sicherung von Märkten. Die Konzentration der Direktinvestitionen in den sog. Schwellenländern, die über einen aufnahmefähigen Binnenmarkt verfügen, deutet darauf hin.

Mehr und mehr treten aber auch Lohnkostenvorteile in den Vordergrund. Direktinvestitionen in Entwicklungsländern werden deshalb getätigt, um auf dem Weltmarkt, den regionalen Märkten und auch auf dem Markt der Bundesrepublik konkurrenzfähig zu bleiben. Darauf deuten sowohl der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Direktinvestitionen in den exportorientierten Staaten Südostasiens hin als auch die Erhöhung des Anteils jener Produktionszweige in Entwicklungsländern, die besonders arbeitsintensiv sind.⁶

Die Expansion der westdeutschen Multis in der Dritten Welt wird tatkräftig von der Bundesregierung unterstützt (siehe dazu den Artikel von M. Mohnke in diesem Heft). Dies geschieht im Zeichen einer Struktur- und Modernisierungspolitik, die die Förderung eines kapital- und technologieintensiven Exportsektors in der Bundesrepublik und gleichzeitig die Verlagerung arbeitsintensiver Industriezweige in die Dritte Welt vorsieht. Gleichzeitig werden Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern von der Bundesregierung (siehe Eingangszitat) wie auch von den Konzernen selbst als „Entwicklungshilfe“ verschleiert. Daß die Bundesregierung den Direktinvestitionen nur einen „Beitrag für den wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt“ zubilligt, nicht jedoch auch noch einen „Beitrag zur sozialen Entwicklung“ und zur „Befreiung von unwürdiger Abhängigkeit, Beherrschung und Unterdrückung“,⁷ zeigt nur, daß sie nicht vollständig den Kontakt zur Realität verloren hat.

Die Investitionen der bundesdeutschen Multis konzentrieren sich nämlich vor allem auf Länder, in denen Zivil- und Mil-

Tabelle 1
Bestand der ausländischen Direktinvestitionen (Schätzung)

	Nach dem Herkunftsland in %				
	1914	1938	1950	1971	1978
Entwickelte Länder	100	100	98,9	97,5	96,8
USA	18,5	27,7	52,0	51,7	43,5
Großbritannien	45,5	39,8	17,1	14,8	11,9
Deutschland/BRD	10,5	1,3	1,3	4,6	8,2
Frankreich	12,2	9,5	6,5	4,6	3,9
Japan	0,1	2,8	0,8	2,7	6,9
Entwicklungsländer	—	—	1,1	2,5	3,2
	Nach dem Empfängerland in %				
	1914	1938	1950	1971	1978
Entwickelte Länder	37,2	34,3	67,3	65,2	69,6
USA	10,3	7,4	13,9	8,4	11,7
Westeuropa	7,8	7,4	22,9	28,5	37,7
Japan	0,2	0,4	0,2	1,5	1,7
Entwicklungsländer	62,8	65,7	32,3	30,9	27,8
Lateinamerika	32,7	30,8	15,6	17,8	14,5
Afrika	6,4	7,4	5,5	5,3	3,1
Asien	20,9	25,0	7,5	4,7	7,0

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 284/6.12.1982)

tärdiktaturen die Menschen- und Gewerkschaftsrechte mit Füßen treten. Diese Regimes bieten den „Vorteil“, daß sie sich leichter durch die Multis lenken lassen, da sich ihre Macht zumeist ohnehin auf die Kumpanei mit dem internationalen Kapital stützt. Dabei sind die westdeutschen Konzerne durchaus für ein bißchen Demokratie, sofern dadurch nicht die Entwicklung starker Gewerkschaften begünstigt wird, die höhere Löhne durchsetzen könnten. Und sofern nicht Parteien groß werden, die die Freiheit des Profittransfers einschränken oder multinationale Konzerne gar verstaatlichen.

In diesem Fall bleiben die Investitionen aus und verweigern die Großbanken neue Kredite, wie im Fall Chiles: Die mächtigeren Kollegen aus den USA wie ITT und Anaconda brachten dort 1973 in Zusammenarbeit mit dem CIA eine Regierung von Multis Gnaden, eine faschistische Militärdiktatur, an die Macht. Die Juniorpartner aus der Bundesrepublik freuten sich: „Jetzt geht es wieder aufwärts“, jubelte der Chef der dortigen Rodenstock-Filiale, Hans Baumann.⁸ „Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdient... Chile wird in Zukunft ein für Hoechst-Produkte zunehmend interessanter Markt sein“, schrieb die Hoechst-Filiale an ihre Frankfurter Zentrale.⁹

Nachträgliche Glückwünsche überbrachte der VW-Konzern am 4. Jahrestag der Errichtung der Pinochet-Herrschaft in der Junta-Zeitung El Mercurio am 11.9.1977: „Die Volkswagenfamilie möchte an diesem großen Tag der Befreiung Chiles für die ihr gegebene Gelegenheit danken, in dieses schöne Land zu kommen ... und mit seinen Menschen ihre Freiheit ... zu teilen.“

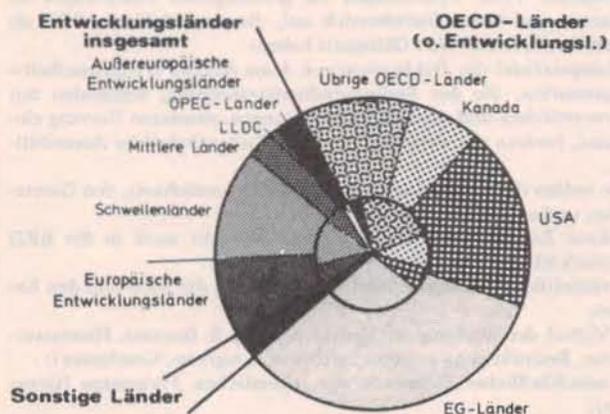
Die Folgen der vom Multi-Handlanger Milton Friedman (USA) entworfenen Wirtschaftspolitik der Pinochet-Junta sind bekannt: Die Löhne sanken, dem Auslandskapital wurde Tür und Tor geöffnet, die Mittelklassen gingen zugrunde, eine Reservearmee von 20% Arbeitslosen bildete sich.

Heute ist die chilenische Wirtschaft dem Zusammenbruch nahe, weil im Innern kaum noch Nachfrage vorhanden ist und die Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt den Export zum Erliegen bringt (siehe ausführlich: AIB 9/1981, S. 10-13).

Weitere verheerende Auswirkungen der Tätigkeit der Multis zeigt das Paradebeispiel **Brasilien**: Dort kontrolliert das ausländische Kapital mehr als die Hälfte der Industrieproduktion. Den Multis ist es hier gelungen, den größten Markt Lateinamerikas zu erobern.

DEUTSCHE DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND
BESTAND 1965 und 1979¹⁾

1965 (kleiner Kreis) = 8,3 Mrd DM
1979 (großer Kreis) = 66,0 Mrd DM



¹⁾ Kumulierte Nettoleistungen zu jeweiligen Preisen seit 1952, ohne reinvestierte Gewinne.

Quellen: Bundesminister für Wirtschaft; Berechnungen des DIW

DIW80

Das Beispiel der Pharmakonzerne



„Wir beuten die Dritte Welt nicht aus“, das war der Tenor einer Dokumentation, die der Bundesvorstand der pharmazeutischen Industrie im November 1982 der Öffentlichkeit vorlegte.

Grund für diesen Rechtfertigungsversuch war die Aufdeckung ihrer Praktiken in den Entwicklungsländern. Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hatte seit 1980 in einer „Pharma-Kampagne“ auf die Ausbeutungspraktiken der Pharma-Multis in der Dritten Welt aufmerksam gemacht.

In einem Ende 1982 von Medico International verlegten Buch des Schweizer Manfred Bühler „Geschäfte mit der Armut“ (siehe Aktions- und Materialspiegel) werden die Vorwürfe des BUKO mit faktenreichen Analysen belegt.

Weltspitze – auch als „Blutsauger“ der Dritten Welt

Der Autor stellt fest, daß von den Pharma-Multis „eine preiswerte auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnittene Arzneimittelproduktion verhindert“ wird. Bundesdeutsche Konzerne sind in diesen Geschäften in aller Welt an führender Stelle beteiligt. Unter den 50 größten Pharma-Multis (sie kommen vorrangig aus der BRD, den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich) befinden sich 8 aus der BRD, die mehr als 18% des Umsatzes dieser Gruppe auf dem kapitalistischen Weltmarkt kontrollieren. Hoechst und Bayer nehmen nach ihrem Pharma-Umsatz immerhin die Plätze 1 und 3 auf der Weltrangliste ein!

Allein die Tatsache, daß die 30 führenden Konzerne über die Hälfte des gesamten Marktes beherrschen, deutet schon auf die hohe Konzentration in dieser Branche hin. Da aber die einzelnen Konzerne sich auf die Produktion bestimmter nicht austauschbarer Medikamentenarten spezialisieren, entstehen pharmazeutische Teilmärkte, auf denen die Monopolisierung einen noch höheren Grad erreicht. So hatten auf neun solcher Teilmärkte die jeweils fünf führenden Multis 70% des Geschäfts unter ihrer Kontrolle.

Gerade die Entwicklungsländer sind dieser Marktmacht ausgeliefert, da sie kaum über eine eigene Pharma-Industrie verfügen. Umgekehrt spielen die Märkte der Dritten Welt für die führenden Pharma-Multis eine außerordentliche Rolle. Ein Drittel bis die Hälfte ihrer Gesamtexporte entfällt allein auf die Dritte Welt. Die Pharma-Industrie der BRD setzte 1977 30,5% ihrer Exporte in Entwicklungsländern ab.

Dank ihrer Monopolstellung in den Entwicklungsländern ist es den Pharma-Konzernen möglich die realen Bedürfnisse der Völker der Dritten Welt zu ignorieren. Beispielsweise werden von den Konzernen lediglich 2% des gesamten Forschungsaufwandes dafür verwandt, Medikamente gegen tropische Krankheiten zu entwickeln. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt zu dem Schluß, daß in den letzten 30 Jahren kein wichtiges neues Medikament gegen eine Tropenkrankheit entwickelt wurde.

Es ist eben profitabler, Medikamente für den kaufkräftigeren Markt in den kapitalistischen Industriestaaten zu entwickeln und sie mit

einem hohen Werbeaufwand auch in die Dritte Welt zu verkaufen. Doch nicht nur der hohe Werbeaufwand, sondern vor allem die Monopolstellung der Konzerne auf dem kapitalistischen Weltmarkt, führen zu Medikamentenpreisen, die wesentlich höher sind als in den Herstellerländern.

Die neokolonialistischen Verhältnisse in den meisten Entwicklungsländern begünstigen die Geschäfte der Pharma-Multis. Das hohe Prestige der Konsumgewohnheiten der westlichen Hauptländer wird durch die Arzneimittelwerbung der Multis noch verstärkt. Dies führt zu einem hohen Verbrauch an entbehrlichen Pharmazeutika und zur Verdrängung der traditionellen Medikamente. So wird zum Beispiel den Menschen vorgegaukelt, mit Vitaminpräparaten könnten sie ihre Ernährungsprobleme lösen. Medikamente werden als einziges Mittel zur Bekämpfung von Krankheiten propagiert, obwohl in der Dritten Welt 75% der Krankheiten auf Unter- bzw. Fehlernährung und unhygienische Lebensverhältnisse zurückzuführen sind.

In der Absatzstrategie der Konzerne spielen die Ärzte und Apotheker in den Entwicklungsländern eine besondere Rolle. Da sie meist im Westen ausgebildet sind, verfügen sie nicht nur über unzureichende Kenntnisse über tropische Krankheiten, sondern sind auf eine medikamentöse Behandlung und nicht auf eine präventive Medizin spezialisiert. Die wenigen Ärzte beschränken sich auf die Behandlung der Mitglieder der reichen Oberschicht, weil sie sich damit ein hohes Einkommen sichern. Bedrängt und bestochen von den Pharmavertretern sind sie besonders eifrig beim Verschreiben von Medikamenten. Der damit erzielte hohe Pharma-Konsum braucht den Großteil der Gesundheitsausgaben der Dritten Welt auf. Dadurch fehlen die Mittel für eine medizinische Vorsorge.

Da die Gesundheitsbehörden oft nicht in der Lage oder gewillt sind, den Pharmamarkt zu kontrollieren, verkaufen die Konzerne auch Medikamente, die in den Herkunftsländern wegen ihrer Schädlichkeit bereits verboten sind. Oder sie benutzen die Dritte Welt zum Testen von neuen Arzneien. Hinweise auf gefährliche Nebenwirkungen fehlen oft in der Werbung oder auf den Verpackungen.

Die Pharma-Multis sind nicht nur im übertragenen Sinne Blutsauger. Um den Bedarf an Blutkonserven zu decken wird Blut in der Dritten Welt aufgekauft. Das Geld, das den meist armen Spendern geboten wird, reicht meist nicht einmal aus um den Protein-Verlust durch Nahrungsmittel zu decken. Nicht nur US-Pharmamultis, die in diesem Geschäft führend sind, sondern auch die Hoechst-Tochter Behringwerke und die US-Tochter von Bayer, Cutter, kaufen Blut in der Dritten Welt.

Insgesamt sind die Verhältnisse auf dem Pharmamarkt nur ein besonders krasses Abbild der Verhältnisse hier. Auch hier wird mittels eines hohen Werbeaufwands der Absatz überflüssiger Medikamente gefördert. Auch hier werden die sozialen Ursachen von vielen Krankheiten verschleiert. Einen Großteil ihres Geschäfts machen die Pharma-Multis mit Krankheiten, die durch die Arbeitsbedingungen, die Umweltverschmutzung und die Konsumgewohnheiten, für die sie und die anderen Konzerne verantwortlich sind, erzeugt werden.

Deshalb stellte der BUKO auf seinem letzten, den 6. Kongreß im November 1982 Forderungen für grundlegende Änderungen im Pharma- und Gesundheitsbereich auf, die sowohl für die BRD als auch für die Dritte Welt Gültigkeit haben:

„Entsprechend der Deklaration von Alma Ata der Weltgesundheitsorganisation, die der Basisgesundheitsversorgung, verbunden mit ökonomischen und sozialen Veränderungen, absoluten Vorrang einräumt, fordern wir eine Begrenzung auf unentbehrliche Arzneimittel.“

Wir stellen die Forderungen, die an die Öffentlichkeit, den Gesetzgeber und an die Industrie gerichtet werden:

- Kein Export von Medikamenten, die nicht auch in der BRD vermarktet werden dürfen;
- einheitliche Medikamenteninformation für die BRD und den Export;
- Verbot der Werbung für Medikamente (z.B. Inserate, Pharmavertreter, Beeinflussung wissenschaftlicher Kongresse, Geschenke);
- ausschließlicher Gebrauch von chemischen Freinamen (Generics);
- Beschränkung auf die WHO-Liste von unentbehrlichen Arzneimitteln mit einheitlicher und für den Benutzer verständlicher Medikamenteninformation.

Alle Forderungen werden für uns und die Dritte Welt erhoben, wir fordern Gleichbehandlung.“

Aufgrund ihrer höheren Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität sowie steuerlicher Begünstigungen durch das Militärregime konkurrierten sie die nationale Industrie, die sich in den 30er und 40er Jahren herausgebildet hatte, erfolgreich nieder oder machten sie zu ihrem Juniorpartner. Durch die Vernichtung traditioneller arbeitsintensiver Handwerkszweige und der nationalen Industrie wurde die Arbeitslosigkeit verstärkt.

Die Verdrängung der einheimischen Industrie geschieht durch folgende Faktoren: Die multinationalen Konzerne können zu niedrigeren Preisen als die einheimischen Unternehmen verkaufen. Durch Kreditaufnahme auf dem inländischen Markt verknappten sie die Finanzierungsmöglichkeiten für die inländischen Unternehmen. Durch die Zahlung höherer Löhne ziehen sie die qualifiziertesten Arbeitskräfte an. Oft dienen die Direktinvestitionen auch nicht der Schaffung neuer Produktionskapazitäten, sondern dem Aufkauf bereits bestehender Betriebe. Diese Politik hat in Brasilien dazu geführt, daß sich beispielsweise von 1966-76 der Anteil des einheimischen Kapitals an den 15 größten Gesellschaften der Elektroindustrie von 46% auf 4% verringert hat.¹⁰

Die bundesdeutschen Multis sind in Brasilien schon sehr früh eingestiegen. Der VW-Konzern, der sich dort 1953 niederließ, ist heute das größte Industrieunternehmen des Landes. Er kontrolliert rund 45% des Pkw-Marktes.

Mit den brasilianischen Militärs stand man immer auf gutem Fuß. In der Wirtschaftswoche vom 1.2.1974 wurde der damalige Boß von VW do Brasil, Werner Paul Schmidt, mit folgenden Worten zitiert: „Sicher foltern Polizei und Militär Gefangene, um wichtige Informationen zu erlangen... Aber eine objektive Berichterstattung muß jedesmal dazufügen, daß es ohne Härte eben nicht vorwärtsgeht. Und es geht vorwärts.“

Jedenfalls gilt dies für den VW-Konzern der von 1965-75 einen Betrag von 119,5 Mio Dollar investierte, aber im gleichen Zeitraum Profite in Höhe von 279,7 Mio Dollar aus dem Land schaffte. Ein Teil dieser Gewinne wird als Beratergebühren o.ä. verschleiert, da diese nicht versteuert werden müssen.¹¹

Ähnlich ausbeuterisch wie VW verfahren die Multis in der ganzen Dritten Welt. Von 1970-80 betrug der gesamte Direktinvestitionsstrom in die Entwicklungsländer 62,6 Mrd Dollar. Gleichzeitig wurden Profite in Höhe von 139,7 Mrd Dollar zurücktransferiert.¹² In diesen Berechnungen sind die verschleierte Gewinne, die durch Preismanipulationen beim Handel mit den Muttergesellschaften erzielt werden, nicht enthalten. Trotzdem redet der VW-Konzern von „Entwicklungshilfe im besten Sinne“.

Das Gegenteil ist eher der Fall. Statt zu einer Verbesserung

der Zahlungsbilanz der Entwicklungsländer, wie behauptet wird, führen die Direktinvestitionen infolge der Profittransfers zu ihrer Verschlechterung. Viele Entwicklungsländer, die schon seit längerem zu Empfängern von Direktinvestitionen gehören, etwa Brasilien, Mexiko und Argentinien, kämpfen heute mit den höchsten Schuldenbergen der Dritten Welt.

Um sich die günstigen Profitbedingungen in Brasilien zu erhalten, schreckte der VW-Konzern auch nicht davor zurück, die Entstehung einer kämpferischen Gewerkschaftsbewegung im Einvernehmen mit der Militärregierung mit Zuckerbrot und Peitsche zu bekämpfen.

Des öfteren entließ VW militante Gewerkschafter und setzte sie auf schwarze Listen. Als einziges Unternehmen holte VW während der Metallarbeiterstreiks im Jahre 1979 die Militärpolizei ins Werk. Dabei verfügt der Konzern bereits über einen bewaffneten Werkschutz von 300 Mann, der sich mit Hilfe eines Kameranetzes und Verhören auf die Überwachung und Einschüchterung der Arbeiter versteht. Diese Zustände veranlaßten die Kirchenzeitung von Sao Paulo, einen Artikel über VW mit der Überschrift „Volkswagen: Deutschland 1933 – Brasilien 1980“ zu versehen.¹³

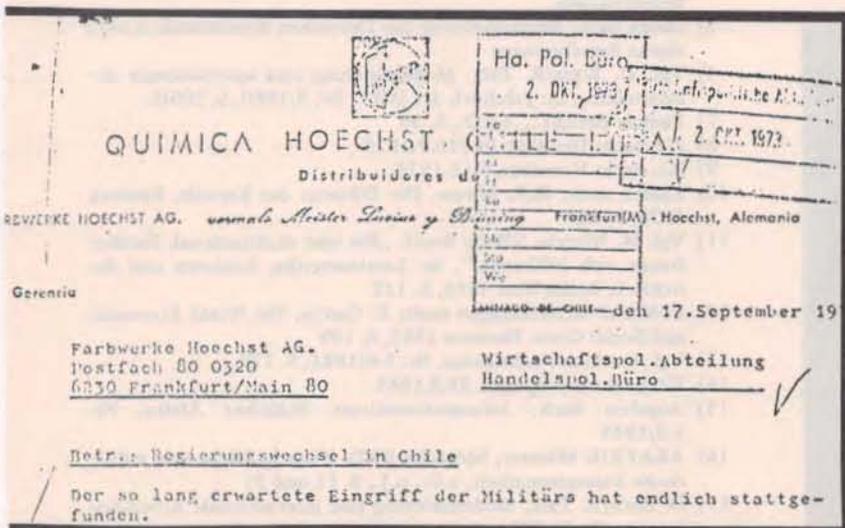
Das Beispiel VW

Durch die massive Kritik sah sich der Konzern gezwungen, Besserung zu geloben. Gegen die Gewerkschaften geht er seitdem mit subtileren Methoden vor. Um sie zu spalten, richtete VW 1980 als erstes Unternehmen in Absprache mit der Regierung eine Art Betriebsrat ein, der, weil ohne Kompetenzen, von den linken Gewerkschaften abgelehnt wurde. Ziel war es, nach außen und innen den Eindruck zu vermitteln, daß man gewillt ist, eine Mitsprache der Arbeiter zu akzeptieren.

Dieser „Betriebsrat“ wurde hingegen weder informiert noch um eine Stellungnahme gebeten, als 1981 VW 14.000 von 47.300 in der Pkw-Produktion Beschäftigten entließ. „Es ist neiderregend, wie reibungslos der Personalabbau dort geht“, bekannte Krupp-Chef Wilhelm Scheider, der seine Belegschaft in Brasilien um 40% reduzierte.¹⁴

Die Krise, die jetzt auch Brasilien erfaßt, hat zu Absatzeinbußen bei VW und anderen Konzernen geführt. Andere Märkte warten allerdings noch auf ihre Eroberung. Ägypten, Ekuador, Spanien und neuerdings auch China sind die Bestimmungsländer neuer VW-Fabriken.

Ein anderes Land, das einen verhältnismäßig umfangreichen Markt, qualifizierte und billige Arbeitskräfte bietet, ist die



Brasilien 1981: VW do Brasil läßt Militär läßt entlassene Arbeiter aufmarschieren

Republik Südafrika. Auch hier ist VW mit einem Umsatz von 867 Mio DM (1980) und 8.500 Beschäftigten (1982) der größte Konzern aus der Bundesrepublik.¹⁵ Mit hohen Zöllen und einer rassistischen Politik fördert das Apartheidregime eine Importsubstitutionspolitik. Sie hat zum Ziel, das Land von Importen unabhängig zu machen, es wirtschaftlich zu stabilisieren und sich durch die Präsenz der multinationalen Konzerne der Unterstützung der westlichen Hauptmächte zu versichern.

Auch hier zeigt sich, was von den sozialen Zielen, die die Konzerne angeblich verfolgen, zu halten ist. Keiner von ihnen hielt sich an die Regeln des unverbindlichen EG-Verhaltenskodex für Konzerne in Südafrika. VW zahlte weder gleichen Lohn für gleiche Arbeit, noch das vom Kodex geforderte Lohnminimum.

1980 erhielt ein schwarzer Arbeiter im VW-Werk Uitenhage statt der empfohlenen 255 Rand im Monat (50% über dem Existenzminimum) 228 Rand, was einem Stundenlohn von 2,65 DM entspricht.¹⁶

Direktinvestitionen in die neuen Exportindustrien der Entwicklungsländer, vor allem Südostasiens, haben noch negative wirtschaftliche und soziale Auswirkungen als Investitionen in Ländern wie Brasilien oder Mexiko, wo bislang hauptsächlich für den Binnenmarkt produziert wird.

Mehr und mehr lagern seit Ende der 60er Jahre auch die bundesdeutschen Konzerne arbeitsintensive Produktionsbereiche in Entwicklungsländer aus. Dort werden dann hochstandardisierte Produkte von angelernten Arbeitskräften hergestellt, während kapitalintensive und Forschungs- und Entwicklungsbereiche in der BRD bleiben. Ziel ist es, gegenüber in- und ausländischen Billigexporteuren aus diesen Ländern konkurrenzfähig zu bleiben.

Die Standortwahl erfolgt an Hand der günstigsten Angebote der Entwicklungsländer, was Löhne, Steuern, Profittransfer, Infrastruktur und Ausbildung der Beschäftigten betrifft. Die Zielländer selbst haben kaum Vorteile von diesen Investitionen. Ein Technologie- und Know-how-Transfer findet kaum statt. Diese Art der Industrialisierung ist nur an den Interessen der internationalen Konzerne ausgerichtet und führt zu verstärkter wirtschaftlicher Abhängigkeit. Es kann schnell zu einem Standortwechsel kommen, wenn andere Entwicklungsländer bessere Kapitalverwertungsbedingungen bieten, wenn es zu Einbrüchen bei der Nachfrage für die hergestellten Produkte kommt oder wenn kapitalintensive Produktionsverfahren entwickelt werden, die kostengünstiger sind. Damit werden sowohl die Arbeiter verschiedener Entwicklungsländer gegeneinander als auch gegen die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Industriestaaten ausgespielt. Letzteren droht man bei Lohnverhandlungen mit Produk-

tionsverlagerung ins Ausland. Die Krisenprozesse der letzten zehn Jahre haben nicht nur zu einer Erhöhung des Kapitalexports in Form von direkten und Finanzinvestitionen geführt, sondern auch zu einer Umstrukturierung der fast stagnierenden Inlandsinvestitionen.

Angesichts unausgelasteter Kapazitäten nehmen Rationalisierungsinvestitionen immer mehr zu und führen neben einer konjunkturellen zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit. „Rationalisierung im Innern und Produktionsverlagerung nach außen (sind) komplementär aufeinanderbezogene Prozesse, die beide Ausdruck der durch verschärfte Konkurrenzbedingungen beschleunigten Strukturveränderungen der kapitalistischen Weltwirtschaft sind. Beide zielen letztlich auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des metropolitanen Kapitals.“¹⁷

Die Folge beider Prozesse sind Arbeitsplatzverluste, die sich angesichts der unzureichenden Datenlage schwer aufteilen lassen. Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß die Auslandsinvestitionen wesentlich schneller steigen als die Inlandsinvestitionen und es nachweislich zu Arbeitsplatzverlusten, besonders bei der Verlagerung von arbeitsintensiven Industriezweigen kommt.

In einer Untersuchung des Investitionsverhaltens der bundesdeutschen Konzerne kommt Stefan Welzk vom Max-Planck-Institut zu dem Schluß, „daß Auslandsproduktionen die Inlandsbeschäftigung im Saldo zunächst kaum beeinflussen, in einer späteren Entwicklungsphase der Job-Export jedoch deutlich überwiegt. Die Bundesrepublik befindet sich offenbar im Übergang zwischen diesen beiden Phasen.“¹⁸ Arbeitsplatzabbau und Reallohnensenkung hier und Unterdrückung und wirtschaftlich-soziale Deformierung in der Dritten Welt sind zwei Seiten einer Medaille. Nicht zuletzt die Gewerkschaftsbewegung wird sich dieser Problematik in Zukunft verstärkt zu stellen haben.

Anmerkungen:

- 1) Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Bonn, März 1983, S.54
- 2) Daten nach: H. Krägenau, Internationale Direktinvestitionen, Ergänzungsband 1978/79, Hamburg 1979, S. 156ff.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, verschiedene Ausgaben; eigene Berechnungen.
Diese Zahlen sind allerdings zu niedrig, da reinvestierte Gewinne und Kapitalbeschaffung im Investitionsland nicht berücksichtigt sind. So übertraf z.B. allein die Summe der von den Chemiekonzernen Hoechst, BASF und Bayer getätigten Direktinvestitionen im Ausland in den Jahren 1974-78 die vom Bundeswirtschaftsministerium angegebenen Zahlen für die gesamte Branche um das 2,6fache (vgl. IPW-Berichte, Berlin, Nr. 3/1980, S. 18).
- 3) Daten nach: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Nr. 8/1982; eigene Berechnungen
- 4) Daten nach: ebenda; IPW-Berichte, Berlin, Nr. 12/1982; eigene Berechnungen
- 5) Daten nach: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, a.a.O.; eigene Berechnungen
- 6) Vgl. D. Boris/R. Falk, Modernisierung und internationale Arbeitsteilung, in: Jahrbuch des IMSF, Nr. 3/1980, S. 206ff.
- 7) Fünfter Bericht..., a.a.O., S. 30
- 8) Zit. nach: Die Welt, 29./30.9.1973
- 9) Zit. nach: Vorwärts, 6.12.1973
- 10) Zahlen nach: K.R. Mirow, Die Diktatur der Kartelle, Reinbek 1978, S. 109
- 11) Vgl. W. Würtele, VW do Brasil: „Wir sind multinational. Darüber freuen sich Millionen.“, in: Lateinamerika, Analysen und Berichte 2, Berlin-West 1978, S. 112
- 12) UNCTAD-Berechnungen nach: F. Castro, The World Economic and Social Crisis, Havana 1983, S. 139
- 13) Vgl. Brasilien Nachrichten, Nr. 5-6/1981, S. 179
- 14) Zit. nach: Der Spiegel, 28.2.1983
- 15) Angaben nach: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 1-2/1983
- 16) AKAFRIK Münster, Südafrika-BRD. Wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit, o.O., o.J., S. 11 und 21
- 17) D. Boris/R. Falk, Modernisierung und internationale Arbeitsteilung, a.a.O., S. 208
- 18) Zit. nach: Der Spiegel, 28.2.1983



Niedriglohnproduktion bei Rollei/Singapur

Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte

Im April 1982 veröffentlichte die damalige SPD/FDP-Bundesregierung neue Richtlinien für den Export von Rüstungsgütern.¹ Damals bezeichnete der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, die bisherige Rüstungsexportpraxis als verantwortungslos: 30% der in den letzten 10 Jahren exportierten Kriegswaffen und Rüstungsgüter seien in NATO-Länder gegangen, aber 70% in Entwicklungsländer. Der Rüstungsexport nach Argentinien verstoße darüber hinaus gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz.²

Nur fanatische Anhänger der CDU/CSU haben aus dieser Äußerung schließen können, daß die Rüstungsexporte unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung eingeschränkt werden würden. Im Gegenteil, aus einer Äußerung von Werner Marx (CDU), dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, läßt sich schließen, daß die neue Bundesregierung Rüstungsexporte noch weniger einschränken wird als die damalige SPD/FDP-Regierung.³ Heinz Jung, FDP-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, tat im Dezember 1982 vor dem Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie sogar kund: „Ich bin nahezu sicher, daß die im April dieses Jahres erlassenen Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern künftig den sich verändernden politischen und sachlichen Gegebenheiten angepaßt werden müssen.“⁴

Spitzenplatz im internationalen Rüstungsgeschäft

Die bisherige Rüstungsexportpraxis ist nicht erkennbar verändert worden. Kriegsschiffe für Argentinien werden ausgeliefert, obwohl sich Argentinien weiterhin im Krieg mit dem NATO-Partner Großbritannien befindet; der Bau der U-Boote für die chilenische Mörderbande schreitet voran.

Es sind aber bisher auch keine neuen spektakulären Rüstungsexportprojekte bekannt geworden. Die CDU/CSU/FDP-Regierung hält sich in dieser Beziehung genau so bedeckt wie die SPD/FDP-Regierung.

Allen Beteuerungen von einer bisher restriktiv gehandhabten Rüstungsexportpolitik zum Trotz hat die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich einen Spitzenplatz beim Export von Rüstungsgütern errungen. Obwohl die Bestimmungen der Brüsseler Verträge von 1954 der Bundesrepublik die Produktion von bestimmten Großwaffen untersagen, hat die Bundesrepublik nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI beim Export von Großwaffen den 6. bzw. 7. Platz auf der Weltrangliste errungen.

Das bundesdeutsche G3-Gewehr, das in mindestens 38 Ländern als offizielle Bewaffnung der Streitkräfte eingeführt ist, dürfte den hiesigen Machthabern den 3. Platz beim Export von Handfeuerwaffen sichern. Im Anlagenexport, d.h. im Export von Waffenfabriken, ist die Bundesrepublik führend in der Welt.

Statistiken der Regierung der USA besagen, daß die Bundes-



republik beim Export von Rüstungsgütern auf dem 4. oder 5. Platz steht. Jedoch erfaßt diese US-amerikanische Statistik nur eine Spitze des Eisbergs, da sie z.B. Anlagenexporte und den Aufbau von bundesdeutschen Rüstungsproduktionsstätten im allgemeinen nicht erfaßt. Auch militärisch orientierte Nuklearprojekte – z.B. in Argentinien, Südafrika, Pakistan, Brasilien – werden dort nicht als Rüstungsgüter aufgeführt. Und die US-Statistik führt ebenfalls keine Polizeihilfe, keine „Ausbildungshilfe“ auf.

Ebenfalls in keiner Statistik tauchen bundesdeutsche Söldner auf, die z.B. im französischen Indochina-Krieg, im US-Vietnamkrieg, im portugiesischen Kolonialkrieg, in Zimbabwe oder Nicaragua jeweils für die unterdrückerischen Regimes mitgekämpft haben.

Wie kam es zu dieser starken Stellung der Bundesrepublik Deutschland unter den international bedeutsamen Rüstungsexportländern?⁵

Am 7.1.1946 erließ der Alliierte Kontrollrat den Befehl, daß das Tragen und der Besitz von Waffen verboten seien. Am 10.12.1946 erließ der Rat ein Gesetz, demzufolge die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgerät sowie von Zeichnungen, Plänen und Maschinen zur Herstellung von Kriegsgerät verboten wurde.

1951 wurden Herstellung, Ein- und Ausfuhr genehmigungspflichtig; sie waren fortan also nicht mehr verboten. Diese Produktionserlaubnis stand im Zusammenhang mit einer sich abzeichnenden Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für den Korea-Krieg (1950-53; d. Red.).

Am 5. Mai 1955 trat Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes in Kraft: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Diese Gesetzgebung stand im Zusammenhang mit dem Aufbau der Bundeswehr und der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das NATO-System.

Die Ausfuhr von allen Rüstungsgütern wird durch das Außenwirtschaftsgesetz bzw. die darauf basierende Außenwirtschaftsverordnung von 1961 geregelt. Das meistens im Zusammenhang mit Rüstungsexporten genannte Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 regelt nur den Export (aber auch bereits die Produktion) von sog. Kriegswaffen, d.h. also nicht von allen Rüstungsgütern. Den Ermessensspielraum, den Außenwirtschaftsgesetz und Außenwirtschaftsverordnung der Bundesregierung lassen, versuchte diese durch die Erstellung von sog. Exportrichtlinien 1971 und 1982 der Öffentlichkeit gegenüber zu definieren.

Der wichtigste Unterschied zwischen den Exportrichtlinien von 1971 und den Exportrichtlinien von 1982 besteht darin, daß Waffenlieferungen in Spannungsgebiete jetzt nicht mehr automatisch verboten sind, sondern nur noch, wenn bestehende Spannungen durch Lieferungen erhöht werden. Das bedeutet: Wenn Waffenlieferungen an beide Seiten eines Konfliktes gleichmäßig erfolgen und damit nicht zu einer Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse führen, können gemäß diesen Exportrichtlinien sogar Waffen an beide Teilnehmer einer kriegerischen Auseinandersetzung geliefert werden.

Außerdem taucht in den Exportrichtlinien von 1982 zum ersten Mal der Begriff der „vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ auf, die als Begründung für Waffenlieferungen außerhalb des NATO-Bündnisses angegeben werden.

Wie eine Kommission von Pax Christi bereits feststellte, kann man sich eigentlich kein Interesse der Bundesrepublik Deutschland, das vitaler ist als die Erhaltung des Friedens auf der Welt, vorstellen. Doch die etablierten Parteien haben deutlich gemacht, daß sie darunter den Zugriff auf die Rohstoffquellen anderer Länder verstehen. So bereits am 14.9.1981 CDU-MdB Alois Mertes, jetzt Staatsminister im Auswärtigen Amt, so Verteidigungsminister Manfred Wörner auf der Wehrkunde-Tagung im Februar 1983 und so auch der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977.⁶

Kriegsmaterial für Chile, El Salvador, Südafrika

Ein Protest gegen die Anwendung der alten Exportrichtlinien war verhältnismäßig schwierig, da die Bundesregierung geheim hielt, welche Länder sie als Spannungsgebiete deklarierte. Es kann bisher noch nicht gesagt werden, ob die neuen Richtlinien lediglich eine Legalisierung der bisherigen Rüstungsexportpraxis bedeuten oder aber als Auftakt für eine neue Offensive im Rüstungsexport vorgesehen sind. Die wirtschaftliche Wirklichkeit in vielen Empfängerländern würde die Verwirklichung des zweiten Vorhabens sehr erschweren.

Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland gehen vorrangig in Länder, die von ihren korrupten reaktionären Führungen wirtschaftlich völlig ruiniert wurden und werden, z.B. nach Argentinien, in die Türkei, nach Brasilien oder Chile. Rüstungslieferungen in diese Länder müssen deshalb auf Kredit erfolgen. Derzeit sind die Mittel der Bundesregierung für derartige Rüstungslieferungen etwas eingeschränkt. Der besonders von sozialdemokratischer Seite vertretene Anspruch, daß die neuen Exportrichtlinien eine angeblich bisher schon restriktive Rüstungsexportpolitik noch restriktiver machen sollten, ist natürlich Unfug. Bezüglich der Rüstungsexporte sind bei den Parteien CDU, CSU, SPD, FDP keine relevanten Unterschiede zu erkennen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat bei der Vorbereitung der Rüstungsexportrichtlinien ein Papier vorgelegt, in dem sie von den vernünftig klingenden Beschränkungen ausdrücklich sämtliche Kriegsschiffbauten ausnahm.



Den Kampfpanzer Leo II (L.) will die Kohl-Regierung an die Saudis liefern; für Chile sind die U-Boote im

Nach Egon Bahr (SPD) bestehen jedoch 90% der bundesdeutschen Kriegswaffenexporte aus Kriegsschiffen.

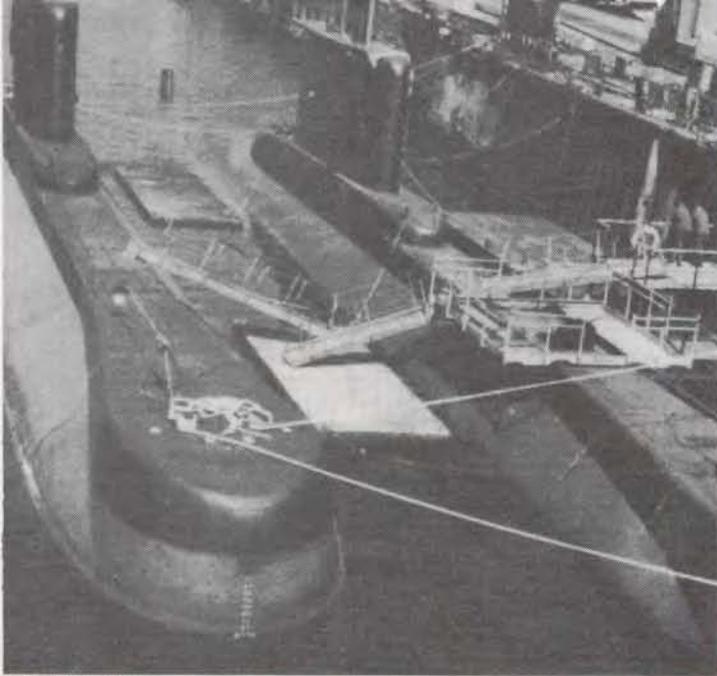
Über das Ausmaß der bisher getätigten Rüstungsexporte bestehen völlig unangebrachte Vorstellungen. Wer weiß bei uns schon, daß die Bundesrepublik größter Waffenlieferant für die argentinische Junta ist? Wer weiß, daß die Bundesrepublik größter Lieferant von Waffenfabriken in zig Entwicklungsländer ist?

Wer weiß, daß an die chilenische Mörderbande nicht nur U-Boote und G3-Gewehre über den Umweg Thailand, sondern auch Panzerabwehrraketen des Typs Mamba und eine Fabrik zur Produktion derartiger Panzerabwehrraketen geliefert wurden? Und wer weiß, daß an die Junta in El Salvador gepanzerte Fahrzeuge des Typs UR 416 und über eine Fritz-Werner-Waffenfabrik in Venezuela G3-Gewehre und Munition geliefert werden?

Wer weiß, daß an die südafrikanische rassistische Regierung seit Verhängung des Waffenembargos durch den UN-Sicherheitsrat Ende 1977 völkerrechtswidrig und verfassungswidrig folgende Rüstungsgüter geliefert worden sind: Isotopenmeßgeräte für eine Urananreicherungsanlage durch die Firma Warion MAT in Bremen, Spezialkompressoren für diese Urananreicherungsanlage durch die Firma Gute-Hoffnungshütte in Oberhausen, Spezialmotoren aus unmagnetischem Material für südafrikanische Schnellboote durch MTU, rund 4.000 Militärfahrzeuge durch die Firma Magirus-Deutz, rund 3.000 Unimog-Militärfahrzeuge durch die Firma Daimler-Benz, Fabriken zur Produktion von militärischen Motoren durch die Firma Daimler-Benz, eine Fabrik zur Herstellung von militärischer Mikroelektronik durch die Firma Siemens und z.B. eine Munitionsfüllanlage für ein 155-mm-Artilleriesystem durch die Firma Rheinmetall. Dieses Artilleriesystem ist geeignet, atomare Sprengsätze zu verschießen.

Seit dem 2. Weltkrieg hat es etwa 140 kriegerische Auseinandersetzungen auf der Erde mit 30 Mio Toten gegeben. Bei diesen Auseinandersetzungen, die fast alle in Entwicklungsländern stattfanden, hat sich die Bundesrepublik mit Waffenlieferungen für die Unterdrücker und Angreifer massiv engagiert und damit an diesen Morden beteiligt.

Es besteht eine bundesdeutsche Mitverantwortung durch Waffenlieferungen für Frankreichs Kolonialkriege in Algerien (1954-62) und Indochina (1945-54). Die Bundesrepublik war Hauptwaffenlieferant für Portugals Kolonialkriege in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique (1960-1975). Der Bundesnachrichtendienst (BND) lieferte an beide Seiten des grauenvollen Nigeria-Biafra-Krieges (1967-70) Waffen. Der Angriff der USA auf die vietnamesische Bevölkerung



der Hafen bestimmt

wurde mit chemischen Kampfstoffen und Transporten US-amerikanischer Waffen aus der Bundesrepublik unterstützt. Die Bundesrepublik lieferte Hubschrauber und Schnellboote für die Massaker in Indonesien (1965) und für dessen anhaltende Besetzung Osttimors (seit 1975). Mit Hilfe des BND wurden Gewehre, Kampfflugzeuge und Militärfahrzeuge an das rhodesische Minderheitsregime geliefert. Die Bundesrepublik lieferte Kommunikationsmittel und Militärfahrzeuge für die marokkanische Besetzung der Westsahara. Bundesdeutsche Rüstungslieferanten machten und machen sich schuldig durch:

- die Lieferung mannigfachen Militärmaterials, vom Gewehr über Panzer bis zur Beihilfe zur Gewinnung von atomarem bombentauglichem Spaltstoff, an die argentinische Militärjunta;
- durch Gewehre, Munition und Militärfahrzeuge für Idi Amins Mordzüge in Uganda und gegen Tansania;
- durch Militärfahrzeuge, Panzertransporter sowie Zulieferungen für Milan-, Hot- und Rolandraketen an die Regierung des Irak für den Krieg gegen den Iran;
- durch Raketenschnellboote, Waffenfabriken, Flugzeuge und Giftgas für Israels Massaker an Palästinensern und Libanesen;
- durch Kriegsschiffe und Gewehre für die griechischen Obristen;
- durch umfangreiche Rüstungsschenkungen für die türkische Militärjunta;
- durch die Lieferung von Radar, Militärflugzeugen, Raketenschnellbooten, Gewehren, Minensuchbooten, Waffen-

fabriken und einer Urananreicherungsanlage zur Gewinnung bombentauglichen atomaren Spaltstoffs für die südafrikanischen Rassisten und deren Krieg in Namibia und Angola;

- durch Zulieferungen für Mamba-Raketen, ja sogar durch die Lieferung einer Produktionsanlage für diese Raketen, sowie von Gewehren und U-Booten für die chilenische Mörderbande;
- durch die Lieferung von Waffenfabriken und gepanzerten Fahrzeugen für die saudischen Handabhacker;
- durch Gewehre und Munition für den nikaraguanischen Exdiktator Somoza;
- durch eine Waffenfabrik für 2 Mrd DM für Schah Reza Pahlewi;
- durch Gewehre, Munition und gepanzerte Fahrzeuge für die völkermordende Junta in El Salvador usw.

Aussichten: In der CDU/CSU sind Personen maßgeblich aktiv, die sich für eine unverhüllte Ausweitung von Rüstungsexporten und – wie z.B. Alfred Dregger – eine Ausdehnung des Einsatzbereiches der Bundeswehr ausgesprochen haben. Es ist also möglich, daß das bisherige Weltrekordtempo bei der Zunahme von Rüstungsexporten, wie wir es in den letzten 10 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland beobachten konnten (die jährliche Zuwachsrates der Rüstungsexporte lag bei 16,7%), beibehalten oder sogar noch gesteigert wird. Auf jeden Fall stehen die U-Boot-Lieferungen für Chile, Kriegsschifflieferungen für Argentinien, Lieferungen militärisch nutzbarer Großraum-Airbus-Flugzeuge für Südafrika, Lieferungen von 155-mm-Kanonen für Saudi Arabien, von Panzern für Malaysia, von Waffen und Waffenfabriken für die türkische Junta usw. vor der Tür.

Die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland muß sich über die Absichten der praktizierten bundesdeutschen Außenpolitik klar werden, um mit der nötigen Entschlossenheit gegen diese Lieferungen zu kämpfen. Und wir müssen die Befreiungsbewegungen und Widerstandsgruppen, die von derartigen Waffenlieferungen betroffen sind, über Möglichkeiten, den Kampfwert der gelieferten Produkte herabzusetzen, unterrichten.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 7-8/1982, S. 78-79
- 2) Laut Süddeutsche Zeitung, 29.5.1982
- 3) Vgl. ddp, 4.1.1983
- 4) Zit. nach: djp-jugendpressematerialien, Nr. 5/1983 (Vorausinformation)
- 5) Eine ausführliche Darstellung findet sich in: W. Geisler, Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland – Unter besonderer Berücksichtigung des Beispiels Südafrika (= BRD und „Dritte Welt“, Heft 2 der Broschürenreihe zur Vorbereitung des 6. BUKO), Kiel 1982
- 6) Vgl. Deutschlandfunk, 14.9.1981; Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 20/18.2.1983; Survival, London, September-Oktober 1977

KALTER WIND AM BOSPORUS
Reise in eine unbekannte Türkei, Sachbuch, 176 S., illust., 9,80 DM

NEU!
Wolfgang Albrecht, Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei, Sachbuch, 176 S., illust., 9,80 DM

...doch Gefängnis kommt nicht in Betracht
Roman

NEU!
Hans-Peter de Lorent
... doch Gefängnis kommt nicht in Betracht
Roman, 200 Seiten, 9,80 DM

CONRAD SCHUHLER FREEZE!
Die Geschichte des anderen Amerika
Sachbuch, 224 Seiten, 12,80 DM

NEU!
Conrad Schuhler
Freeze!
Die Geschichte des anderen Amerika
Sachbuch, 224 Seiten, 12,80 DM

NEU!

Postfach 789
46 Dortmund

WELTKREIS

Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik

Seit geraumer Zeit wird in der Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung über mögliche Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik diskutiert. Verglichen mit anderen Politikgebieten – etwa der Diskussion um eine „alternative Wirtschaftspolitik“ oder der Debatte um Alternativen der Sicherheitspolitik – steht dieser Diskussionsprozeß noch ganz am Anfang.

Erste Ansätze hat es jedoch auf dem letzten Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) in Mannheim (siehe AIB 1/1983, S. 46-47) und dem Seminar des Koordinierungskreises 3. Welt (KK3W) zum Thema „Dritte Welt und Frieden“ im Februar 1983 in Frankfurt (siehe AIB 4/1983, S. 40-41) gegeben. Weitere Ansätze auf diesem Gebiet stehen für den kommenden BUKO in Hannover (16.-19. Juni 1983) zu erwarten.

Zusätzlich beflügelt wird die Diskussion über dieses Thema auch dadurch, daß sich mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag für die Dritte-Welt-Bewegung Möglichkeiten einer begrenzten parlamentarischen Einflußnahme ergeben.

Zur Kritik der Wahlprüfsteine

Mit seinen „Wahlprüfsteinen 1983 zur Entwicklungspolitik“ (Wortlaut in: AIB 3/1983, S. 42) hat sich das **Duisburger Lateinamerikakomitee** das Verdienst erworben, wesentliche Forderungen, die auch bisher schon von (meistens länderspezifischen) Solidaritätskomitees vertreten wurden, zusammengefaßt zu haben.

In den Prüfsteinen werden die Einzelforderungen, die konsensfähig erscheinen (z.B. keine Unterstützung diktatorischer Regimes in Süd- und Mittelamerika, Aussetzung der Türkeihilfe, Boykott des südafrikanischen Apartheidregimes, Anerkennung der Befreiungsbewegungen durch die Bundesrepublik), aufgegriffen. Außerdem werden auch grundsätzliche und länderübergreifende Aussagen getroffen, z.B. zur Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO), zur Kontrolle multinationaler Konzerne, zur Brechung der Macht der kapitalistischen Industrieländer in den internationalen Finanzinstitutionen, zur Forderung, 0,7% des Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Letztere hat die **Informationsstelle Lateinamerika (ila)** zu einer scharfen Kritik veranlaßt (siehe: ila-info, Nr. 64/März 1983, S. 22-23). Dabei wird im wesentlichen so argumentiert:

Erstens sei es unsinnig, eine Ausweitung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts zu fordern, da diese in ihrer neokolonialen Funktion eindeutig festgelegt sei auf den Erhalt günstiger Verwertungsbedingungen für das Privatkapital und auf die Gewinnung von mehr bundesdeutschen Einfluß in der Dritten Welt.

Zweitens sei die Forderung nach einer eigenständigen bundesdeutschen Entwicklungspolitik, die sich nicht den Interessen der USA und der NATO unterordnet, unsinnig, da sie die gemeinsamen Interessen von BRD und USA unberücksichtigt lasse.

Drittens seien Forderungen nach Veränderungen der internationalen Finanzinstitutionen und der bestehenden Weltwirtschafts- und Weltmarktverhältnisse illusorisch, da dies den Funktionsprinzipien dieser Institutionen widerspreche: „Eine an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer orientierte neue Weltwirtschaft kann es erst nach Abschaffung der bestehenden internationalen Institutionen geben!“

Alle drei Einwände lassen sich, vom Prinzip der darin enthaltenen Argumentationsfigur her, auf den Satz zurückführen: Die Forderungen sind sinnlos, weil sie der „Logik des Systems“ zuwiderlaufen. Eine solche Position läßt aber letztlich nur zwei Konsequenzen offen. Entweder man vertagt das politische Handeln auf den Sankt-Nimmerleinstag oder man fällt in reformistische Handwerkerlei zurück. Beides dürfte nicht die Absicht der ila sein.

Bemerkenswert ist dennoch, daß in dem Kritikpapier als fast einzige Handlungsperspektive das Eintreten „für ganz bestimmte Projekte oder Länder (z.B. Basisgemeinden, Nicaragua) oder gegen bestimmte 'Hilfeleistungen'“ (z.B. Sobradinho-Staudammprojekt in Peru) angegeben wird, und zwar „im Rahmen der Spielräume, die die Entwicklungshilfe – und die dahinterstehenden Interessen zulassen“.

Ebenso muß der dem Kritikpapier innewohnende Widerspruch benannt werden, der zwischen seiner Grundargumentation und seinem

Bejahen der konkreten Forderung der Duisburger Prüfsteine durch die ila besteht: Alle diese Forderungen (z.B. die schwerpunktmäßige Unterstützung von Entwicklungsländern, deren Entwicklungsweg eindeutig auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse gerichtet ist, durch die Bundesrepublik) könnten nämlich mit dem Verweis auf die „Systemlogik“ ebenfalls in den Bereich der Sinnlosigkeit verbannt werden.

Die angerissene Problematik führt zu der grundsätzlichen Frage, was unsere Diskussion zur alternativen Entwicklungs- und Dritte-Welt-Politik überhaupt soll.

Ganz sicher kann es nicht darum gehen, ein detailliertes Alternativprogramm zur regierungsoffiziellen Entwicklungspolitik zu entwerfen. Wohl aber scheint die Verständigung der Dritte-Welt-Bewegung auf eine Reihe von Grundkriterien möglich und sinnvoll, an Hand derer die herrschende Politik gegenüber der Dritten Welt kritisiert und bekämpft werden kann.

Es geht also um die Erarbeitung von gemeinsamen Gegenpositionen zum neokolonialistischen Kurs unseres Landes. Eine solche Gegenkonzeption kann nur in einem längeren gemeinsamen, teils kontroversen Diskussionsprozeß entwickelt werden. Sie müßte, um praktikabel zu sein, eine Reihe von allgemeinen Merkmalen aufweisen:

- eine **hinlängliche politische Breite**, um zu gewährleisten, daß sich die gesamte Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung in all ihren Facetten und politischen Orientierungen darin wiederfindet;
- **Aktionsbezogenheit**, um zu gewährleisten, daß notwendige theoretische Kontroversen nicht zum Selbstzweck werden oder gar politisches Handeln lähmen;
- **Konsensfähigkeit über Tagesforderungen hinaus**, um zu gewährleisten, daß die konkreten Aktionen der einzelnen Dritte-Welt- und Solidaritätsgruppen, die sich in der Regel gegen ganz konkrete Entscheidungen oder Praktiken der Bundesregierung oder einzelner Konzerne richten, in den Zusammenhang einer weiterreichenden Perspektive gestellt werden. Diese muß mit den Grundinteressen der Mehrheit der Bevölkerung hier wie in den Entwicklungsländern im Einklang stehen.

Wo liegt der Ausgangspunkt demokratischer Gegenpositionen?

Vom Selbstverständnis der Solidaritätsbewegung her gesehen, kann der inhaltliche Ausgangspunkt für die Formulierung von demokratischen Alternativen zum herrschenden neokolonialistischen Kurs nur in den Forderungen und Alternativen liegen, die von den Betroffenen selbst entwickelt worden sind. Das schließt eine kritische Überprüfung dieser Konzepte nicht aus, sondern ein.

In erster Linie handelt es sich dabei um die Programme der nationalen und sozialen Befreiungsbewegungen und – länderübergreifend – um die Forderungskataloge der Bewegung der Blockfreien/Nicht-paktgebundenen bzw. der „Gruppe der 77“.

Gaby Gottwald (Mitglied der Fraktion der Grünen im Bundestag) hat in diesem Zusammenhang kürzlich ein Positionspapier über „Charakter und Aufgaben grüner 3.-Welt-Arbeit“ vorgelegt, das m.E. vom Grundansatz her geeignet ist, auch die Diskussion um entwicklungspolitische Alternativen in der Solidaritätsbewegung voranzutreiben. Grundsätzlich wird darin von der gemeinsamen Betroffenheit durch die Aktivitäten der multinationalen Konzerne und der ihre Interessen vertretenden Regierungen ausgegangen und formuliert:

„Die Ausbeutung der Lohnabhängigen in den Metropolen ist Bedingung für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltsystems und damit gleichzeitig die Voraussetzung für die Ausbeutung der 3. Welt. Profitmaximierung in Peripherie und Metropolen sind trotz der zweifelhafte ungleichen Konsequenzen für die Betroffenen zwei Seiten einer Medaille, deren ursächlicher Zusammenhang für die politische Arbeit, die auf die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Menschen in der 3. Welt zielt, nicht getrennt werden darf.“

3.-Welt-Arbeit in der BRD hat damit die Aufgabe, die politischen und sozialen Kämpfe in den Metropolen, die sich gegen die Mechanismen und Konsequenzen der Profitmaximierung hier wenden, in ihren Kampf für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen in der Peripherie mit aufzunehmen.

Wenn auch die Bedingungen und damit die Formen des Kampfes hier und in der 3. Welt unterschiedlich sind, beinhaltet internationale Solidarität mit den Unterdrückten in der 3. Welt gleichzeitig den politischen Kampf gegen die Verhältnisse im eigenen Land. (...) Die Stoßrichtung der politischen Forderung und der Aktivitäten zu ihrer Durchsetzung sollte darauf abzielen, daß erstens die Bedingungen für einen eigenständigen Entwicklungsprozeß der 3. Welt geschaffen werden. Eine 'Neue Weltwirtschaftsordnung' inklusive der Umverteilung des Reichtums von den Metropolen zur Peripherie muß derart erfolgen, daß mit ihr Grundlagen zu einer Veränderung der internationalen Arbeitsteilung (also gegen die stoffliche Einseitigkeit im internationalen Warenaustausch gelegt werden. Zweitens muß die Quelle der Umverteilung das internationale Kapital sein und nicht die arbeitende Bevölkerung in den Industriezentren. Lohnverzicht und weiterer Sozialabbau bei uns kann nicht die Voraussetzung für die Abschaffung der Verelendung der 3. Welt sein."

Gegenpol multinationale Konzerne

In einem solchen Zusammenhang können Forderungen, wie sie die Duisburger Prüfsteine enthalten, mehr sein als illusionäre Hoffnungen.

So ist es z.B. klar, daß entscheidend für die Kontrolle und weltweite Zurückdrängung der Macht der multinationalen Konzerne nicht die Formulierung juristischer Normen in einem internationalen Verhaltenskodex sein wird, sondern daß deren konkrete Durchsetzung „vor Ort“ nochmals erkämpft werden muß, sei es nun durch die Lohnabhängigen innerhalb der betreffenden Konzerne oder sei es durch Regierungen, die von den Destabilisierungspolitiken dieser Konzerne bedroht werden.

Für die Durchsetzungsbedingungen der von den Konzernaktivitäten Betroffenen ist es keineswegs belanglos, in welche Richtung sich die Auseinandersetzung um das Völkerrecht in dieser Frage entwickelt. Dies zeigen schon die Erfahrungen der chilenischen Linksregierung Allende (1970-73) in der Auseinandersetzung mit der Boykottstrategie der internationalen Kupferkonzerne.

Dabei muß man sich allerdings völlig darüber im Klaren sein, daß der Beitrag der NIWO zur Verringerung der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den entwickelten kapitalistischen Zentren bislang minimal war. Die Forderungen nach einer NIWO enthalten nicht nur Elemente der demokratischen Veränderung, sondern auch teilweise Züge einer bloßen „Fortschreibung“ bereits im Gang befindlicher weltwirtschaftlicher Strukturveränderungen, die sich aus der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses auf der gegenwärtigen Stufe ergeben. Aus diesen Gründen muß alternative Entwicklungspolitik eine doppelte Aufgabe erfüllen: Sie muß erstens für die Anerkennung der berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer durch die Bundesrepublik eintreten und zweitens die weitreichendsten Elemente der Forderung nach einer NIWO besonders unterstützen. Denn sie sollte zu einer Rückbesinnung auf die antiimperialistischen NIWO-Kernforderungen wie Ressourcenouveränität, Enteignungspostulat, Kontrollrechte gegenüber internationalen Konzernen, Kartellbildung durch Produzentenzusammenschlüsse usw. beitragen.

Angesichts der gegenwärtigen gefährlichen weltpolitischen Zuspitzung und besonders der Konfrontations- und Interventionspolitik der Regierung Reagan ist es von besonderer Dringlichkeit, die friedenspolitische Seite alternativer Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik herauszuarbeiten.

Eine „Abkoppelung (der Vergabe von Entwicklungshilfe) von bundesdeutschen Wirtschafts-, Außenpolitik- und sicherheitspolitischen Interessen“ (G. Gottwald) ist allerdings nur im Zusammenhang eines umfassenderen Kampfes um gesamtgesellschaftliche Veränderungen denkbar, der die teilweise in der Dritte-Welt-Bewegung noch vorhandene bornierte Sicht überwindet. Allererstes Gebot in diesem Zusammenhang ist heute in der Tat der Kampf gegen die Unterordnung der nationalen Interessen unseres Landes unter die US-Globalstrategie, wie sie sich in der geplanten Stationierung von Erstschlagwaffen vom Typ Pershing II und Cruises Missiles besonders drastisch zeigt (siehe dazu die Thesen von K.D. Bredthauer in: AIB 4/1983, S.41). Angesichts der Pläne der CDU/CSU zur Anpassung des bundesdeutschen Entwicklungspolitik an den Kurs der Reagan-Administration gilt dies gerade auch für eine alternative Dritte-Welt-Politik. Die Furcht vor einer Koalition mit Teilen des westdeutschen Kapitals in dieser Frage scheint angesichts der weitgehenden Geschlossenheit, mit der die Herrschenden hinter der Regierung Kohl/Genscher stehen, derzeit ziemlich unbegründet.

Sie stellt sich für alternative Entwicklungspolitik ohnehin nur als Frage nach den möglicherweise zu nutzenden Interessenwidersprüchen innerhalb der herrschenden Klasse der BRD, um die Durchsetzungschancen fortschrittlicher Politik zu verbessern.

Die Forderung nach 0,7% des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe kann m.E. legitim und unterstützenswert sein.

Das trifft erstens zu, wenn sie nicht als Almosen, sondern als Anspruch der Entwicklungsländer auf Wiedergutmachung der in der Kolonialzeit verursachten und durch die neokolonialistische Politik fortgesetzten wirtschaftlichen und sozialen Schädigungen verstanden wird. Dies gilt zweitens dann, wenn die Entwicklungshilfe ohne diskriminierende Bedingungen vergeben wird.

Gerade für die Auseinandersetzung mit der staatlichen Entwicklungshilfepolitik ist es sinnvoll, daß sich die Solidaritätsbewegung auf einen Kriterienkatalog verständigt. Das Papier von G. Gottwald nennt als solche Kriterien für die Vergabepaxis der Entwicklungshilfe:

„1. Politische Kriterien

- Keine Entwicklungshilfe an reaktionäre Regimes und Diktaturen;
- Bevorzugung von progressiv-repräsentativen Regierungen, wobei die Vergabe ohne Auflagen erfolgen soll...

- Bevorzugte Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen in diktatorischen Ländern. Falls die Regierungspolitik in Entwicklungsländern es zuläßt, Unterstützung von Basisprojekten (Beispiele: Frauenprojekte, Indios, Selbsthilfeprojekte).

- Die Mittelvergabe in kapitalistisch-westlich orientierten Entwicklungsländern soll direkt an bestimmte Bevölkerungsgruppen erfolgen, deren Grundbedürfnisse vom Staat nicht befriedigt werden.

2. Kriterien für Art und Auswahl der Projekte

a) Projektförderung nur nach Interessenlage der Bevölkerung und für deren Nutzung (basisnah).

b) Projekte müssen der Mobilisierung der eigenen natürlichen und menschlichen Ressourcen dienen (Selbsthilfe).

c) Projekte unterliegen in Planung und Durchführung den jeweiligen Bevölkerungsgruppen (Selbstbestimmung).

d) Projekte müssen umweltfreundlich sein und den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts gewährleisten (ökologisch).

e) Projekte sollten technisch so ausgestattet sein, daß die Importabhängigkeit von den Industrienationen nicht verfestigt wird (bzw. ihr tendenziell entgegenwirkt) (selbständig).

- Generelle Ablehnung von Militärtechnologie- und AKW-Export."



Die Grünen im Bundestag: G. Gottwald (l.), parteilose Dritte-Welt-Fachfrau; P. Kelly von der Fraktionsführung – Chance für eine alternative Entwicklungspolitik?

Unverkennbar bei der Durchsicht dieses Katalogs ist eine gewisse Willkürlichkeit und innere Inkonsistenz. Dies ist jedoch so lange unvermeidbar, wie es nicht gelingt, sich auf einen **Entwicklungsbegriff** zu verständigen, von dem ausgehend Alternativen zur herrschenden Entwicklungspolitik bestimmt werden können. Hier dürfte die (auch auf dem Frankfurter KK3W-Seminar sichtbar gewordene) Kontroverse zwischen den Verfechtern „radikalökologischer“ Alternativen und den Vertretern eines umfassenderen Entwicklungsbegriffs die Diskussion für die nächste Zeit bestimmen.

Ein umfassender, nicht ökologisch verengter Entwicklungsbegriff müßte in jedem Falle wirtschaftliche, soziale und politische Elemente beinhalten (z.B. Abbau der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Entwicklungslandes von den entwickelten kapitalistischen Zentren; vorrangige Befriedigung der grundlegenden Massenbedürfnisse; Demokratisierung und Massenbeteiligung am Entwicklungsprozeß). Oberstes allgemeines Ziel wäre die Förderung der freien Entfaltung der Produktivkraft Nr. 1, des Menschen. Auch das Ziel „Aufrechterhaltung des ökologischen Gleichgewichts“ könnte in einem solchen Entwicklungsbegriff aufgehoben sein.

Allerdings werden Zielkonflikte zwischen den verschiedenen Elementen dieses Entwicklungsbegriffs unvermeidbar sein, schon alleine deshalb, weil jeder Befreiungsprozeß in einem widersprüchlichen Interessenszusammenhang verläuft.

Alfons I. Bresche

Aktionsmöglichkeiten und Materialtips

Bundesrepublik – Mittelamerika

Gegen die wachsende Kriegsgefahr in Mittelamerika hat es bisher die größten Massendemonstrationen der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung seit dem Vietnamkrieg und dem chilenischen Militärputsch gegeben, so jeweils Anfang 1981 und 1982 in Frankfurt. Dabei standen stets auch Forderungen an die Bundesregierung im Mittelpunkt, die seit dem Amtsantritt der Rechtskoalition noch dringender geworden sind, z.B.:

Keine Rücksendung des Bonner Botschafters nach El Salvador! Einstellung jeglicher Unterstützung für das Völkermordregime in San Salvador! Übernahme der Position der französischen und mexikanischen Regierung durch die Bundesregierung, die die Befreiungsbewegung FDR/FMLN als repräsentative politische Kraft El Salvadors anerkennen muß!

Auch wird darauf orientiert, den Kaffeeimport aus El Salvador zu boykottieren und stattdessen Kaffee aus Nikaragua zu kaufen. Aktionshinweise und umfangreiche Materiallisten können bezogen werden über:

- **Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK)**, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1
- **Informationsbüro Nicaragua e.V.**, Friedrichstr. 10, 5600 Wuppertal 1
- **Infostelle El Salvador e.V.**, Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 41
- **Infostelle Guatemala e.V.**, Maistr. 29, 8000 München 2

Südafrika-Boykott

Die Forderung nach der Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika ist eine zentrale Orientierung der Südafrika-Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik und weltweit. Dazu gehört die Aufforderung an die Bundesregierung, sich den diesbezüglichen Bestrebungen in den Vereinten Nationen nicht länger zu widersetzen, aber auch die Entwicklung vielfältiger Aktionen gegen diejenigen bundesdeutschen Konzerne und Banken, die in Südafrika Niederlassungen unterhalten und/oder das Apartheid-regime direkt finanzieren.



Aktion gegen Hannoveraner Waffenmesse 1982

Das ASK hat dazu soeben eine Broschüre mit dem Titel „Sanktionen gegen Südafrika – Tatsachen und Argumente“ herausgebracht. Über die allgemeine Aktionsforderung nach Sanktionen gegen Südafrika hinaus, versuchen verschiedene Gruppen, auch Aktivitäten zu spezifischen Sanktionsforderungen zu entwickeln:

Die **Anti-Apartheid-Bewegung** (Blücherstr. 14, 53 Bonn 1) führt seit längerer Zeit einen **Krügerand- und Bankenboykott** durch.

Die **Evangelische Frauenarbeit** in Deutschland (Unterlindau 80, 6000 Frankfurt 1) macht **Aktionen** unter dem Motto „**Kauft keine Früchte aus Südafrika!**“.

Die **Aktionsgruppe Freiheit für Nelson Mandela** (c/o K. Schmidt, Altenburger Steige 20, 7000 Stuttgart 50) vertreibt **Postkarten** für die unverzügliche **Aufkündigung des Kulturabkommens** der Bundesrepublik mit Südafrika.

Chile-U-Boot-Boykott

Zu einer zentralen Aktionsorientierung der Chile-Solidaritätsbewegung wurde in den letzten zwei Jahren die Verhinderung des geplanten Exports von U-Booten durch die Kieler Howaldswerke Deutsche Werft (HDW) nach Chile.

Einige dieser Aktivitäten sind dokumentiert in der Broschüre „**2 Jahre U-Boot-Bau für Chiles Faschisten in Kiel!**“, die vom **Chile-Arbeitskreis**, c/o Pumpe, Haßstr. 22, 2300 Kiel 1, bezogen werden kann.

Plakate, Aufkleber, Informationsbroschüren und eine **Materialliste** können beim ASK angefordert werden.

Für den kommenden Sommer ruft u.a. die **Koordinierung der chilenischen Linken** in der BRD zur Teilnahme an einem **Internationalen Sommerlager „Salvador Allende“** in Kiel auf. Nähere Informationen bei:

AK Chile-Solidarität, c/o D. Jordan, Sandkrug 28, 2300 Kiel 14

Aktionen gegen Waffenexporte

Im Anschluß an den letzten BUKO hat sich eine **Arbeitsgruppe** gebildet, die in diesem Jahr verstärkt **Kampagnen** gegen die wachsenden **Rüstungsexporte** der Bundesrepublik in die Dritte Welt durchführen will. Darunter sind auch direkte **Aktionen** gegen wichtige **Großwaffenhersteller** und **-Exporteure** in der Bundesrepublik geplant. Die vorläufige **Koordinationsadresse** der Kampagne ist:

Junge Europäische Föderalisten, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1.

Dort können auch **Informationsmaterialien** über den **Rüstungsexport** bezogen werden.

Die **Deutsche Jugendpresse (djp)** – **Bundesarbeitsgemeinschaft jugendeigener Zeitschriften e.V.**, Bonn hat ein **Schwerpunktheft** zum Thema **Rüstungsexport** herausgebracht. Diese **Jugendpresse-Materialien**, Nr. 5/1983 sind erschienen im:

Klaus Farin & Hans-Jürgen Zwingmann-Verlag, Postfach 100741, 4650 Gelsenkirchen.



BUKO-Pharma-Kampagne

Die **Pharma-Kampagne** des **Bundeskongresses** **Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)** bietet **Broschüren** und **andere Materialien** zum Thema „**Pharmaindustrie und Dritte Welt**“ an. Eine **Materialliste** kann bezogen werden bei:

BUKO-Pharmakampagne, c/o Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1. Vom 29.11. bis 4.12.1982 wurde eine **1. Aktionswoche** zum Thema durchgeführt; weitere sollen folgen. Ziel der **Kampagne** ist es, über die **schädlichen Auswirkungen** der **aggressiven Werbung** der **Pharmakonzerne**, ihre **Geschäftspraktiken** und die von ihnen verursachte **Gesundheitsgefährdung** der **Bevölkerung** in der **Dritten Welt** zu informieren und **dagegen vorzugehen**.

Ausländerfeindlichkeit

Gegen die **wachsende Ausländerfeindlichkeit** in der **Bundesrepublik** hat die **internationale Kinderhilfsorganisation Terre des Hommes** eine **Kampagne** gestartet. In **Broschüren**, auf **Flugblättern**, **Plakaten** und weiteren **Materialien** werden **Ursachen** für die **gegenwärtige Ausländerfeindlichkeit** beleuchtet sowie **Aktionsvorschläge** gemacht.

Broschüren, Plakate und Aufkleber u.a. gegen **Ausländerfeindlichkeit** kann man beziehen bei:

Terre des Hommes Deutschland e.V., Postfach 4126, 4500 Osnabrück.

Mit einer **Aktion „SOS aus dem Ghetto“** wendet sich die **Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF)** gegen **menschenrechtswidrige, rassistische und familienfeindliche Ausländergesetze** und **-erlasse**. **Kontaktadresse:** **IAF**, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt/Main.

Bundesrepublik – Nahost

Zugenommen haben seit dem Libanonkrieg im Juni 1982 auch die Solidaritätsaktionen mit dem palästinensischen Volk. Seit August/September 1982 führt das ASK eine Postkartenaktion für die Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung durch. Postkartenvordrucke und weitere Materialien zu der Aktion gibt es beim ASK.

Türkei-Hilfe

Wer sich für Aktionen und Informationsmaterial zur Türkei-Hilfe der Bundesrepublik interessiert, kann sich an folgende Adressen wenden:

- Initiative Solidarität mit den Demokraten in der Türkei, c/o Stommel, Postfach 100.682, 4100 Duisburg 1, sowie
 - Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD (FIDEF), Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1.
- Eine Dokumentation über ein Tribunal gegen Mord, Folter und Unterdrückung in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, das am 23.4.1983 in Duisburg stattfand, kann in Kürze bei der erstgenannten Adresse bezogen werden.

Buchhinweise

Ein umfassendes, allgemeinverständlich geschriebenes Einführungsbuch zur bundesdeutschen Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik, das gleichzeitig den Ansprüchen einer systemkritischen Analyse genügen würde, gibt es bislang nicht. Wer sich über die Beziehungen der Bundesrepublik zur Dritten Welt informieren möchte, ist zunächst auf Darstellungen verwiesen, die von den in diesem Politikbereich Verantwortlichen veröffentlicht wurden. Exemplarisch für die Positionen der etablierten Bonner Parteien sollen hier drei Titel dieser Kategorie genannt werden:

- R. Offergeld, *Entwicklungshilfe. Abenteuer oder Politik?*, Verlag Bonn Aktuell GmbH, Stuttgart 1980
 - H.-D. Genscher, *Deutsche Außenpolitik. Ausgewählte Grundsatzreden 1975-1980*, Verlag Bonn Aktuell GmbH, Stuttgart 1981
 - J.G. Todenhöfer, *Wachstum für alle. Plädoyer für eine Internationale Soziale Marktwirtschaft*, Seewald Verlag, Stuttgart 1976
- Es versteht sich, daß derartige Bücher wegen des Bedürfnisses offizieller Entwicklungspolitik nach effektvoller Selbstdarstellung nur von sehr begrenzter analytischer Brauchbarkeit sind. Einen Schritt weiter gehen hier zwei einführende Darstellungen, die sich vor allem um eine systematische und problemorientierte Analyse der Träger, Instrumente und Ziele der bundesdeutschen Außen- bzw. Entwicklungspolitik bemühen:
- F.R. Pfetsch, *Einführung in die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine systematisch-theoretische Grundlegung*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1981
 - D. Kebschull u.a., *Entwicklungspolitik. Eine Einführung* (3., verbesserte und erweiterte Auflage), Westdeutscher Verlag, Opladen 1976

Beide verbleiben jedoch im Rahmen eines konventionellen politik- bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Ansatzes.

Aus unterschiedlicher Sicht, aber mit explizit kritischem Anspruch, befassen sich die vier folgenden Titel mit der Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik:

- K. Bodemer, *Entwicklungshilfe – Politik für wen? Ideologie und Vergabepraxis der deutschen Entwicklungshilfe in der ersten Dekade*, Weltforum Verlag, München 1974
 - iz3w (Hrsg.), *Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung? Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe*, Freiburg 1978
 - AIB/IMSF (Hrsg.), *Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1979
 - *Handel + Hilfe = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt (= Friedensanalysen 15)*, edition suhrkamp, Frankfurt 1982
- Während K. Bodemer die bislang umfassendste Analyse der Bonner Entwicklungspolitik in der Periode des Kalten Krieges vorgelegt hat, erbringen die iz3w-Autoren den Nachweis, daß die Entwicklungshilfe besonders stark von wirtschaftlichen Interessen bestimmt wird. Die AIB/IMSF-Veröffentlichung behandelt das Thema demgegenüber in dem umfassenderen Zusammenhang von Kritik und Analyse des westdeutschen Neokolonialismus insgesamt. Dabei kommen auch Vertreter von Befreiungsbewegungen und progressiven Parteien aus der Entwicklungs-

welt wenig analysiert worden. Umso begrüßenswerter ist es, daß die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Münster kurze Zeit nach dem Amtsantritt der Kohl/Genscher-Koalition ein Schwerpunktheft zu diesem Thema vorgelegt hat:

- *Konservative Entwicklungspolitik, Istmo. Studien zu Zentralamerika*, Nr. 3-4/Februar 1983

Die sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist demgegenüber in den letzten Jahren in beträchtlichem Maße zum Gegenstand kritischer Analyse geworden. Die bisher umfassendste Untersuchung am Beispiel Lateinamerika hierzu ist erschienen, kurz bevor die sozialliberale Koalition gestürzt wurde:

- FDCL (Hrsg.), *Sozialdemokratie und Lateinamerika*, Verlag Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, West-Berlin 1982

Zur Untersuchung der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik in die Dritte Welt sind die empirisch besten Beiträge bislang vom Hamburger Arbeitskreis „Rüstung und Unterentwicklung“ beigetragen worden. Die letzte Studie aus diesem Kreis ist:

- U. Albrecht/P. Lock/H. Wulf, *Mit Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? , rororo-aktuell, Reinbek 1982*

Ein Zentralgebiet neokolonialer Durchdringung der Entwicklungsländer ist nicht zuletzt die Expansion der bundesdeutschen Multis. Zum Standardwerk der neuen Tendenzen im Internationalisierungsprozeß des Kapitals ist inzwischen die Starnberger Studie geworden:



welt zu Wort. In Band 15 der „Friedensanalysen“ wird die Dritte-Welt-Politik vor allem unter der Fragestellung analysiert, inwieweit sie den von ihr selbst erhobenen Ansprüchen und deklamatorischen Zielen in der Praxis gerecht wird. Der Band enthält u.a. sehr informative Beiträge zur Politik der Bundesrepublik gegenüber Namibia, dem Nahen Osten, auf „Nord-Süd“-Konferenzen und zur Entwicklungshilfepolitik im engeren Sinne.

Unter der gleichen Fragestellung wird Einzelaspekte der Bonner Dritte-Welt-Politik nachgegangen in:

- H. Bley/R. Tetzlaff (Hrsg.), *Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik*, rororo-aktuell, Reinbek 1978
 - *Bundesrepublik und Neue Weltwirtschaftsordnung, diskurs. Bremer Beiträge zu Wissenschaft und Gesellschaft*, Nr. 3/August 1980
- Die Entwicklungspolitik der CDU ist bislang von der Solidaritätsbewegung sicherlich zu

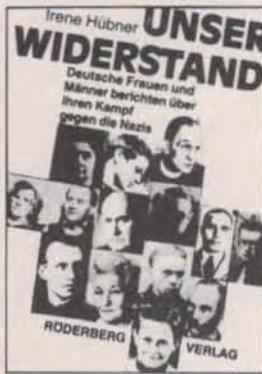
- F. Fröbel/H. Kreye/J. Heinrichs, *Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, rororo-aktuell, Reinbek 1977

Soeben ist eine weitere Arbeit erschienen, die die bei Fröbel u.a. aufgeworfenen Fragen kritisch überprüft und nach den Konsequenzen für die Gewerkschaftspolitik in den entwickelten kapitalistischen Metropolen fragt. Es handelt sich um:

- S. Fohrbeck, *Gewerkschaften und neue internationale Arbeitsteilung*, Verlag breitenbach Publishers, Saarbrücken 1982

Es war in diesem Rahmen nicht mehr möglich, als unvollständige Hinweise auf teils grundsätzlich wichtige, teils einführende Darstellungen zu geben. Weitergehende Literaturhinweise sind jedoch in fast allen der hier kurz vorgestellten Titel enthalten.

1933 Die Nazis an der Macht 1983 50 Jahre danach



Irene Hübner
Unser Widerstand
236 S., kart., 19,80 DM*



Heinz Brüdigam
Faschismus an der Macht
280 S., kart., 19,80 DM*



Emil Carlebach
Hitler war kein Betriebsunfall
152 S., kart., 11,- DM*



Jürgen Schmalos
Hitlerlegenden
48 S., DIN A4, kart., 8,80 DM*



Altman u. a.
Der deutsche antifaschistische
Widerstand
344 S., Lein. m. Schutzumschl., 42,-DM*

Bücher zum Thema



Röderberg-Verlag

Postfach 4129

6000 Frankfurt am Main 1



Uwe Naumann (Hrsg.)
Lidice
160 S., Lein. m. Schutzumschl.,
ca. 18,- DM*



Braunbuch
Faksimile-Nachdruck
388 S., kart., 18,- DM*



Günther Weisenborn
Der lautlose Aufstand
446 S., kart., 20,- DM*



Hanna Elling
Frauen im deutschen
Widerstand 1933-1945
260 S., kart., 18,- DM*

Fritz Bringmann
KZ Neuengamme
164 S., kart., 10,- DM*



Bruno Apitz
Nackt unter Wölfen
438 S., Leinen, 14,80 DM*



Wolfgang Langhoff
Die Moorsoldaten
324 S., Hardcover, 19,80 DM*



Paul Zech
Deutschland, dein Tänzer
ist der Tod
512 S., Leinen, 23,- DM*



Fania Fénelon
Das Mädchenorchester
in Auschwitz
264 S., kart., 19,80 DM*

Ivesa Lübben-Pistofidis

35 Jahre Israel — im Zeichen der Eroberungen

Als der erste israelische Ministerpräsident, David Ben Gurion, am 14. Mai 1948 in Tel Aviv die Unabhängigkeitserklärung Israels verlas, fehlte in dem Dokument jegliche Definition der Grenzen des neuen Staates: „Nichts verpflichtet uns sie festzulegen. Eine Nation, die ihre Unabhängigkeit erklärt, muß ihre Grenzen nicht definieren. Wir sollten nichts über sie sagen, weil wir nicht wissen, wo sie verlaufen werden.“¹

Tatsächlich hatten die nun regierenden Zionistenführer den Teilungsplan der Vereinten Nationen vom Jahr 1947, der die Gründung eines jüdisch-israelischen und eines arabisch-palästinensischen Staates in dem vormaligen britischen Mandatsgebiet Palästina vorsah, nie wirklich akzeptiert. Ihre Zustimmung war taktischer Natur, „denn der UNO-Plan war für sie der Schlüssel zu Haifa und Lydda, wie die spätere Premierministerin Golda Meir eingestand“.²

Die Zionisten wollten einen jüdischen Staat in ganz Palästina und die Extremisten unter ihnen strebten nach einem Großisrael im Sinne Davids und Salomons unter Einschluß der Sinai-Halbinsel, großer Teile Syriens, vom Mittelmeer bis zur Ostgrenze Jordaniens, wie es der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, schon in seinen Tagebüchern beschrieben hatte.³

Schon vor der Proklamation des Staates Israel hatte die zionistische Armee Haganah fast ganz Galiläa eingenommen, das nach dem UN-Teilungsplan dem palästinensischen Teilstaat zufallen sollte. Am 9. April 1948 hatten Kommandos der Terrororganisation Irgun, die unter dem Kommando des heutigen Premierministers Menachim Begin stand, ein Massaker unter der Bevölkerung des arabischen Dorfes Deir Yassin verübt, womit sie eine Massenflucht der arabischen Bevölkerung Palästinas auslösten.

Menachim Begin später: „Das Massaker war nicht nur gerechtfertigt, sondern es würde ohne den 'Sieg' von Deir Yassin keinen Staat Israel geben.“⁴

Gründungsziel Großisrael

Tatsächlich ist die Geschichte Israels geprägt von Eroberungskriegen gegen seine arabischen Nachbarn, für die immer das Argument einer arabischen Bedrohung herhalten mußte. Aber nicht die arabischen Staaten sperrten sich gegen eine Friedensregelung im Nahen Osten, sondern die Zionisten selbst aus der Befürchtung heraus, daß Vorwände für erneute Eroberungszüge Israels entfallen könnten.

Schon 1955 hatte Ägyptens Gamal Abdel Nasser signalisiert, daß er zu einer Koexistenz mit Israel unter bestimmten Bedingungen bereit sei. Die Antwort war ein postwendender israelischer Überfall auf einen ägyptischen Militärposten und der Plan D. Ben Gurions, den Gaza-Streifen zu besetzen.⁵ Ein Jahr später überfiel die israelische Armee im Suezkrieg, gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich, das Ägypten der freien Offiziere.



David Ben-Gurion bei der Proklamation des Staates Israel

Im Blitzkrieg vom Juni 1967 nahm Israel schließlich nicht nur den Gaza-Streifen und die bis dahin von Jordanien verwaltete Westbank (Westjordangebiet) und Ostjerusalem in Besitz, sondern auch die fruchtbaren syrischen Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel.

Aber die strategischen Ambitionen der zionistischen Führer gehen noch weiter. Zwar räumten die israelischen Truppen im April 1982, als Folge der Separatverträge von Camp David (mit Ägypten und den USA im September 1978 und März 1979) die Sinai-Halbinsel, aber nur, um freie Hand für ein anderes Kriegsabenteuer zu haben, für die seit 1975/76 stetig ausgeweitete israelische Intervention im Libanon.

Dies geschah mit dem Ziel der Zerschlagung der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als dem Kristallisationspunkt des palästinensischen Widerstandes, womit auch die politischen Voraussetzungen geschaffen werden sollten zur Annexion der Westbank und des Gaza-Streifens sowie zur Annexion des wasserreichen Südlibanon.

Bereits 1954 hatte der damalige Armeekorpsbefehlshaber Moshe Dayan mit Unterstützung D. Ben Gurions einen Plan zur Annexion des Südlibanon entwickelt. „Nach seiner (Dayans) Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen (christlichen; d. Red.) Bevölkerung aufruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbünden wird.“

Das Gebiet südlich des Litani-Flusses wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung", erinnerte sich der damalige Premierminister Moshe Sharett in seinen Tagebüchern.⁶

Vier Monate vor Beginn des barbarischen Libanonfeldzuges vom Juni-August 1982 erschien in der Zeitung Kivum, dem offiziellen Sprachrohr der zionistischen Weltorganisation, ein von einem Oded Yinon verfaßter Artikel unter dem Titel: „Eine Strategie für Israel in den 80er Jahren“, der den detaillierten Nahostplan des seit 1977 amtierenden Begin-Regimes widerspiegelt. Kurz zuvor hatte Verteidigungsminister Ariel Scharon in einer Rede am Institut für strategische Studien in Tel Aviv die nach ihm benannte Doktrin dargelegt, derzufolge Israels Interessensphäre in den 80er Jahren nicht mehr auf den Nahen Osten zu begrenzen sei. Sie müsse sich vielmehr über ganz Nord- und Zentralafrika, die Türkei, den Iran bis nach Pakistan erstrecken.

Vorrangige Ziele in dem von Oded Yinon zu Papier gebrachten Plan ist die Wiedereroberung des Sinai und die langfristige Auflösung sämtlicher heute bestehender arabischer Staaten und ihre Aufspaltung in kleine Staatsgebilde entsprechend religiöser und ethnischer Kriterien, denen gegenüber Israel die Rolle einer regionalen Supermacht einnehmen könne.

„Der Verlust der Ölfelder im Golf von Suez infolge des Friedensvertrages mit Ägypten“, so schreibt O. Yinon, „und der Verlust des ungeheuren Potentials an Öl, Gas und Mineralien auf der Halbinsel Sinai wird uns schon in naher Zukunft einen Energieengpaß einbringen und unsere einheimische Wirtschaft zerrütten, weil ein Viertel unseres Brutto-sozialproduktes und ein Drittel des Staatshaushaltes zum Kauf von Erdöl verwendet wird... Die Rückgewinnung der Halbinsel Sinai mit ihren unmittelbaren und potentiellen Rohstoffquellen ist deshalb schon heute ein politisches Ziel allerersten Ranges, dessen Verwirklichung durch die Abmachungen von Camp David und durch die Friedensverträge mit Ägypten behindert wird.“⁷



Im Juni-Krieg 1973: Israelischer Soldat am Suez



Besatzpatrouille in Ostjerusalem

Der Verfasser rät von einer direkten militärischen Konfrontation mit Ägypten zur Rückeroberung des Sinai ab. Seine Alternative: „Ägypten territorial in getrennte geographische Bezirke auseinanderzubrechen, ist in den 80er Jahren das politische Ziel Israels an seiner Westfront.“⁸ Der Sinai würde so gesehen Israel wie eine reife Frucht in die Hände fallen.

An der „Ostfront“ soll Israel zunächst das seine dazu beitragen, daß der Libanon in 5 Teilstaaten zerfällt. Das „ist der Präzedenzfall für die gesamte arabische Welt, einschließlich Ägyptens, Syriens, des Irak und der Arabischen Halbinsel. Die spätere Auflösung Syriens und des Irak in ethnisch oder religiös einheitliche Gebiete nach dem Vorbild des Libanon ist Israels langfristiges Hauptziel an der Ostfront, während die Zerschlagung der Militärmacht dieser Staaten das heutige, kurzfristige Ziel ist.“⁹

Schon heute ist Israel im Libanon dabei, sein Konzept in die Tat umzusetzen.

Im östlich von Beirut gelegenen Schufgebirge spielen die israelischen Besatzer drusische Milizen und Phalangisten gegeneinander aus, um jeden möglichen nationalen Konsens zwischen den libanesischen Kräften zu verhindern. Der im Sold Tel Avivs stehende Major Haddad konnte unter dem Schutz der israelischen Armee das von ihm kontrollierte Südgebiet inzwischen auf 1/4 des Territoriums des Libanon ausdehnen.

Der Aufbau von Dorflagen im Südlibanon, die Vorbereitung einer umfassenden Volkszählung und der Beginn der Umleitung des Wassers des Litani-Flusses nach Nordisrael sind weitere Indizien dafür, daß sich Israel auf eine längere Besatzungszeit einrichtet.

In den seit Dezember 1982 laufenden Verhandlungen zwischen Israel, Libanon und den USA über einen möglichen Rückzug der Invasionstruppen besteht die israelische Delegation erstens auf dem Abschluß eines formalen Friedensvertrages mit dem Nachbarland – obwohl sie genau weiß, daß dies der libanesischen Regierung unmöglich ist, da sie sich dadurch sowohl politisch wie wirtschaftlich von der arabischen Welt isolieren würde. Zweitens besteht sie auf dem freien Zugang israelischer Waren zum libanesischen Markt, worunter die libanesische Landwirtschaft wegen ihrer niedrigeren Produktivität sehr zu leiden hätte.

Zum dritten besteht sie auf einer direkten militärischen Präsenz im Südlibanon. Diesbezüglich fordert Israel die Inte-



Befestigte israelische Siedlung auf der Westbank

gration seiner 5. Kolonne, nämlich der Haddad-Milizen, in die reguläre libanesische Armee und die Beibehaltung eigener Beobachtungsposten im Libanon. Das würde aber zwangsläufig eine ausgedehnte militärische Aktivität nach sich ziehen.

Mit dieser verhärteten Haltung begibt sich Israel aber auch in Widerspruch zu den Vereinigten Staaten, die ihrerseits möglichst bald die Früchte aus den veränderten Kräfteverhältnissen im Nahen Osten ziehen möchten.

Die USA ziehen eine direkte Kontrolle über den Libanon einer indirekten Kontrolle über ihren eigenwilligen Verbündeten Israel vor. So hat denn US-Präsident Reagan vorgeschlagen, neben den US-Kontingenten der seit September 1982 in Beirut stationierten multinationalen Truppe (über 4.000 Mann) auch im Südlibanon US-Einheiten zu stationieren. Er tat dies unter dem Vorwand, die USA wollten so die israelische Nordgrenze sichern, was von der Regierung Begin vehement zurückgewiesen wurde.

Schon jetzt bestehen enge militärische Beziehungen zwischen der neuen libanesischen Regierung unter Präsident Gemayel und der Reagan-Administration. Diese hat umfangreiche Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe zum Wiederaufbau der libanesischen Armee zugesagt und längst US-Offiziere als Ausbilder vorort im Einsatz. Von diesem Wiederaufbau regulärer Streitkräfte des Libanon, die nach den Vorstellungen des Pentagon eine Truppenstärke von 60.000 bis 100.000 Mann erreichen sollen, verspricht man sich in Washington ein starkes Bollwerk für US-amerikanische Interessen im Nahen Osten.

Die New York Times unterstreicht, daß der Libanon zu einem Symbol für die Glaubhaftigkeit der USA im Nahen Osten geworden ist. Und sie befürchtet, daß ein zu langes Hinauszögern der israelisch-libanesisch-amerikanischen Gespräche „denen in die Hände arbeiten könnte, die das Land geteilt sehen möchten und damit die US-Positionen in der ganzen Region unterminieren.“¹⁰

War Israel in den 50er und 60er Jahre noch der einzige bedeutende Verbündete der USA im Nahen Osten, so setzte spätestens nach der drastischen Erhöhung des Ölpreises durch die arabischen Länder (1973/74) und infolge der Anlehnung Ägyptens an den Westen eine Anpassung der US-Strategie in der Region ein – unter Beibehaltung der vorrangigen militärstrategischen Allianz USA-Israel (siehe dazu ausführlich: AIB 11-12/1982, S. 4-10).

Die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen für die Nahostpolitik der USA beschrieb der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger auf einem Geheimgespräch mit Führern jüdischer Organisationen so: „Israel muß stark sein, aber Israels Stärke allein verhindert nicht die Ausbreitung des Kommunismus in der arabischen Welt. Die beste Verteidigung liegt in der Stärkung der gemäßigten arabischen Regierungen... Es ist leicht zu behaupten, daß die israelischen und US-amerikanischen Interessen identisch sind, aber es ist nicht so. Die USA haben ein Interesse am Überleben Israels, aber wir haben auch ein Interesse an 130 Millionen Arabern, die auf den Weltölreserven sitzen.“¹¹

Ein weiterer Dissenspunkt zwischen der Regierung Begin und der Reagan-Administration ist die Zukunft der besetzten palästinensischen Gebiete.

Zwar sind auch die USA gegen die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates und lehnen genauso wie Israel die Anerkennung der PLO als alleinigen Vertreter des palästinensischen Volkes ab. Doch favorisiert Washington im Gegensatz zur konservativen Likud-Regierung eine Angliederung der Westbank und des Gaza-Streifens an Jordanien.

In seinem 8-Punkte-Plan vom 1. September 1982 (Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.6) forderte Präsident Reagan explizit einen Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten, denn die zionistische Siedlungstätigkeit stellte bisher ein Haupthindernis für die Einbeziehung der reaktionären arabischen Staaten in einen von den USA diktierten „Frieden im Nahen Osten“ dar. Insbesondere macht es die Siedlungstätigkeit unmöglich, Jordaniens Königshaus für einen Separatfrieden à la Camp David zu gewinnen.

Menachim Begin wies die Forderung Ronald Reagans unmittelbar nach Verkündung des 8-Punkte-Plans des Präsidenten schroff zurück und betonte noch einmal, daß seiner Meinung nach die Westbank Teil Israels sei, also auch nicht Verhandlungsgegenstand sein könne. Seitdem wird das Besiedlungsprogramm forciert durchgeführt.

Anfang November 1982 kündigte die israelische Regierung den Baubeginn von 20 neuen Siedlungen als Teil der von der zionistischen Weltorganisation projektierten 35 neuen Siedlungen an.¹² Bis Mitte 1983 sollen 6.000 neue Wohneinheiten entstehen und die Zahl der israelischen Siedler mehr als verdoppelt werden.

Der stellvertretende Landwirtschaftsminister Dekel, verantwortlich für die Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebie-

ten, weist in Anspielung auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen infolge der Räumung der Sinai-Siedlung Yamit (vom April 1982) darauf hin, daß schon jetzt 25.000 Israelis in der Westbank leben. „Dies ist schon viel besser, als wenn wir sie (die Westbank; d. Verf.) evakuieren müßten. Aber es ist noch nicht genug. Wir müssen 100.000 erreichen. Wenn wir erst die Anzahl von 100.000 erreicht haben, wird es nicht mehr möglich sein, selbst wenn die Opposition an die Macht kommen sollte, Teile des Staates Israel arabischer Oberhoheit zu überlassen und dadurch unsere Nation und unser Land zu gefährden.“¹³

Im Gegensatz zu den bisherigen landwirtschaftlichen Siedlungen sollen die meisten der neuen Siedlungen städtischen Charakter haben, manche für 30.000 bis 50.000 Einwohner. Die wichtigste Zielgruppe sind nicht mehr religiöse Eiferer, die zu vermeintlichen Quellen des Judentums zurückkehren wollen. Jetzt umwirbt die Regierung Begin Mittelklasse-Israelis, die ihren Arbeitsplatz in Tel Aviv oder Jerusalem haben, die sich aber aufgrund der hohen Grundstücks- und Baupreise in Israel den Traum vom Eigenheim nicht verwirklichen können. Sie sollen vornehmlich Neusiedler in der Westbank werden.

Dank niedriger Bodenpreise, zinsgünstiger Hypotheken und Kredite und großzügiger finanzieller Unterstützung – die israelische Regierung hat allein für die nächsten 1-2 Jahre 610 Mio Dollar veranschlagt – kosten ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung in den neuen Städten Ariel, Maaleh Adonim, Nofim oder Efrat nur 1/3 bis 1/2 von dem, was man in Tel Aviv oder Jerusalem bezahlen müßte.

Diese Schlafstädte haben eigene Schulen und Krankenhäuser, eigene Läden, in denen hebräisch gesprochen wird. Sie sind durch Schnellstraßen direkt mit Tel Aviv und Jerusalem verbunden, so daß ihre Bewohner in keinerlei Weise mit ihrer arabischen Umwelt in Berührung kommen.

Die arabischen Dörfer werden durch die neuen Siedlungen und das Straßennetz zunehmend umzingelt, die arabischen Siedlungsgebiete zerstückt. Die palästinensischen Bauern werden durch die fortschreitenden Enteignungen systematisch ihrer Existenzgrundlage beraubt. Schon jetzt müssen sich 70.000 von ihnen in Israel verdingen.

Der zionistische Staat greift bei der Landenteignung auf Bestimmungen des osmanischen Reiches zurück, nach denen das meiste Land Eigentum des Staates ist, aber privatwirtschaftlich genutzt wird, wobei das Nutzungsrecht vererbbar ist. Nach der Besetzung von 1967 erklärte sich nun die Besatzungsmacht zum Rechtsnachfolger des Sultans und machte sich damit selbst zum Erben des osmanischen Grundbesitzes.

40% des Bodens wird bereits von den Israelis kontrolliert und in Zukunft soll dieser Anteil auf 55-60% steigen. Auch die Brunnen, die zur Bewässerung des Bodens lebensnotwendig sind, werden mehr und mehr israelischer Kontrolle unterstellt. 80% der Wasserquellen sind bereits in den Händen der Besatzungsmacht.¹⁴

Siedlungsplan: 100.000 Israelis in die Westbank

Schon jetzt gibt es zwei parallele, voneinander unabhängige Verwaltungsstrukturen in der Westbank. Die israelischen Siedler zahlen dieselben Steuern und Versicherungsbeiträge wie in Israel. Sie unterliegen israelischer Rechtsprechung und ihre sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen unterstehen direkt den entsprechenden israelischen Ministerien, während die Rechte der palästinensischen Bevölkerung durch Tausende von Kriegsrechtsbestimmungen eingeschränkt wurden und sie rechtlos der Willkür der Besatzungsmacht ausgeliefert sind.

Durch die fortdauernde Inbesitznahme palästinensischen

Bodens und durch die Ausdehnung israelischen Rechts auf die israelischen Siedlungen sollen Konflikte mit der Weltöffentlichkeit vermieden werden, die eine formelle Annexion der besetzten Gebiete nach sich ziehen würde. Die faktische Annexion schreitet währenddessen weiter voran – ein Weg, der mit der Annexion Ostjerusalems und der Golan-Höhen 1980/81 vorgezeichnet wurde (siehe AIB 10/1980 und 2/1982).

Auch die im Parlament zweitstärkste Kraft, die oppositionelle sozialdemokratische Arbeiterpartei (Regierungspartei von 1948-77) hat sich der Siedlungspolitik der Likud-Regierung nie widersetzt.

Kein Wunder, denn sie selbst hatte bereits kurz nach dem Junikrieg 1967 den Jüdischen Nationalfonds zum Kauf von Land in den besetzten Gebieten ermächtigt. Außerdem ließ damals die Regierung Eshkol ein ganzes Netz von Wehrsiedlungen entlang des Jordan und die Wohnsiedlung Kfar Etzion südlich von Jerusalem bauen – aus vorgeblichen „Sicherheitsgründen“.

Spätestens seit der Legalisierung der wilden Siedlung religiös-fanatischer Juden der Gusch-Emunim in Kiryat Arba bei Hebron im Jahr 1968 wurde deutlich, daß auch die israelische Sozialdemokratie im Prinzip hinter der Judaisierung der Westbank steht. Denn für Kiryat Arba konnten keine Gründe außer religiösen geltend gemacht werden.

Der Führer der Arbeiterpartei, Shimon Peres, propagiert heute zwar einen territorialen Kompromiß mit Jordanien. Doch lehnt er ähnlich vehement wie die Likud-Regierung die Anerkennung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, sein Recht auf einen eigenen Staat und die Anerkennung der PLO ab.

Auch für S. Peres steht weder die Rückgabe der Golan-Höhen noch die Ostjerusalems zur Debatte, auch im Rahmen einer globalen Friedensregelung mit den arabischen Nachbarstaaten nicht. Ein territorialer Kompromiß mit Jordanien, wie die Arbeiterpartei ihn fordert, bedeutet auch nicht den Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten. Territorialer Kompromiß bedeutet für sie, daß Israel die Souveränität über die Siedlungen in der Jordansenke, um Jerusalem und im Etzion Block behält und daß die verbleibenden arabischen Enklaven entmilitarisiert und jordanischer Verwaltung unterstellt werden. Sicherheitsgrenze Israels soll aber weiter der Jordan bleiben.

Die Arbeiterpartei ist allein aus einem Grund gegen die Annexion: Sie befürchtet, daß der hohe Anteil der arabischen Bevölkerung in der Westbank und dem Gaza-Streifen den jüdischen Charakter Israels bei einer vollständigen Annexion in Frage stellen könnte. Die dichtbesiedelten palästinensischen Gebiete um Ramallah, Nablus und Jenin im Norden und um Bethlehem und Hebron im Süden der Westbank sollen nach den Vorstellungen der Arbeiterpartei zu nichts anderem als Bantustans inmitten eines Großisrael degradiert werden.

Während des Libanonkrieges 1982 hatten sich die Sozialdemokraten im Parlament anfänglich hinter die Kriegsführung der Regierung Begin gestellt („Sicherheitszone von 40 km“). Ungeachtet dessen wurden die israelische Öffentlichkeit und weite jüdische Kreise in aller Welt aufgerüttelt von den Greueln, die im Juni-September 1982 in ihrem Namen auf libanesischem Boden verübt wurden.

Die ersten Protestmanifestationen kamen im Juni/Juli 1982 von der im Parlament vertretenen Demokratischen Front – CHADASCH (Bündnis von Kommunistischer Partei, Black Panthers u.a. Linkskräften) und auf außerparlamentarischer Ebene durch die Initiative des „Komitees gegen den Krieg im Libanon“ (der CHADASCH nahestehend) zustande. Angesichts des israelischen Bombenkrieges gegen das belagerte Beirut weiteten sich die Protestaktionen im Juli-September 1982 rasant aus.

Besonders viele Überlebende des Nazi-Terrors fühlten sich an die eigenen schrecklichen Erfahrungen erinnert, wie z.B. Shlomo Schmelzmann, ein Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, der an der Gedenkstätte Yad Vashem, die den Opfern des Hitlerfaschismus gewidmet ist, einen 10tägigen Hungerstreik durchführte.

Erstmals in der Geschichte Israels wurde der so oft beschworene „nationale Konsens“ in dem seit dem ersten Nahostkrieg 1948/49 fast die gesamte Öffentlichkeit des Landes jede israelische Aggression und Annexion unterstützt hatte, durchbrochen. Erstmals in der Geschichte Israels kam es während eines Krieges zu massiven Widerstandsaktionen der Bevölkerung.



Von einer Handgranate verletzter israelischer Demonstrant der „Frieden Jetzt“-Bewegung

Selbst vor der Armee machte der Widerstand gegen den Krieg nicht halt. Viele Reservisten gründeten nach Ende ihres Einsatzes im Libanon Widerstandsgruppen wie „Soldaten gegen das Schweigen“ und „Es gibt Grenzen“, sammelten Unterschriften gegen den Krieg und beteiligten sich an Demonstrationen. Ihnen war klar geworden, daß sie weder ihr Land noch ihr Leben verteidigten, sondern einen blutigen Angriffskrieg gegen Zivilisten führten und daß ihre Bomben nicht auf militärische Stellungen, sondern auf Wohnhäuser, Schulen und Krankenhäuser fielen.

Nach dem Massenmord von Sabra und Shatila strömten am 25. September 1982 400.000 Israelis in Tel Aviv auf die Straße. Sie riefen „Beirut – Babiya“ (Babiya war ein jüdisches Dorf, dessen Bevölkerung während des 2. Weltkrieges ermordet wurde) und forderten den Rücktritt M. Begins und A. Scharons. Diese bislang größte Antikriegsdemonstration in der Geschichte Israels wurde auch von der Arbeiterpartei unterstützt, deren Vorsitzender S. Peres zu den Rednern der Kundgebung zählte.

Wenn sie auch bislang noch für eine Minderheit stehen, so fragen zunehmend mehr Israelis nach den Ursachen des Krieges. Und sie fordern als Antwort eine politische Lösung des Palästinaproblems: die Anerkennung der PLO, das

Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf Gründung eines eigenen Staates.

Selbst in Regierungskreisen, vor allem innerhalb der Nationalreligiösen Partei – die bisher vehement die Siedlungspolitik in der Westbank unterstützt hatte, weil sie darin die Rückkehr der Juden in ihr heiliges Land gesehen hatte und die bisher zur Speerspitze der Siedlungsbewegung gehörte – wurden kritische Stimmen laut. So publizierte Rabbi Amiel, ein Mitglied der Nationalreligiösen Partei, nach den Massakern eine Stellungnahme, in der es heißt: „Wir müssen bedauern, daß die Repräsentanten der religiösen Juden in der Regierung und in der Knesseth ... die Ehre des Premierministers über die Ehre Gottes gestellt haben.“

Ein anderer Repräsentant der Nationalreligiösen meint: „Ich, wie viele andere aus der religiösen Jugend befinden uns in einem Prozeß, in dem wir umdenken müssen... Die Heiligkeit des Landes ist nicht das ausschließliche Fundament meiner Weltanschauung, denn es gibt auch eine Heiligkeit der Menschen, die auf der Erde leben.“¹⁵

Der Staatshaushalt der Regierung Begin war 1982 schon ein reiner Kriegshaushalt, dessen Mittel zu 68% auf militärische Zwecke und den Ausbau der Siedlungen, aber nur zu 12% auf Sozialausgaben entfielen, was die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Israels verschärfte. Der Krieg im Libanon führte nun zu einer weiteren Zuspitzung dieser Probleme.

Anwachsen des sozialen Drucks

Offiziell wurden die Kriegskosten auf 1 Mrd Dollar beziffert, wohingegen inoffizielle Schätzungen von 3 Mrd Dollar sprechen. Angesichts der ohnehin schon angespannten Haushaltslage – mit 6.200 Dollar hat Israel die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt – mußte die Regierung Begin zu drastischen Maßnahmen greifen, um diese Summen aufbringen zu können. Die Mehrwertsteuer wurde von 12% auf 15% angehoben. Die automatische Anpassung der Löhne an den Lebenshaltungsindex wurde erheblich eingeschränkt und eine obligatorische Kriegsanleihe von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern erhoben.

Für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten führte das zu Lohninbußen von 4-5%. Gleichzeitig wurden die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel erheblich eingeschränkt, was die Preise z.B. für Milchprodukte um 36%, für Brot um 15%, für Benzin um 30% zusätzlich zu einer Inflationsrate von 138% steigen ließ.¹⁶

Gegen diese Austeritätspolitik traten Anfang dieses Jahres über 200.000 Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Sektors in den Streik.

Besonders seitens der orientalischen Juden, die in Israel ständigen sozialen Diskriminierungen ausgesetzt sind, mehrten sich Aktionen gegen die katastrophalen Wohnbedingungen in den Slums von Jerusalem und Tel Aviv. Diese sog. Sephardim kritisieren – obwohl sie in ihrer großen Mehrheit Wähler des regierenden Likud-Blockes sind – immer stärker, daß immense Gelder für die Siedlungsprogramme in der Westbank ausgegeben werden, während für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Armenvierteln in Israel kein Geld vorhanden ist.

Je stärker die Protestbewegung wird, umso härter geht die Regierung gegen die Opposition vor.

Viele Soldaten, die ihren Dienst außerhalb der israelischen Grenzen verweigerten, wurden ins Gefängnis geworfen. Auf eine Demonstration in Nazareth gegen den Libanonkrieg eröffneten Regierungstruppen das Feuer und verletzten 10 Demonstranten. Der stellvertretende Bürgermeister Nazareths und viele führende Repräsentanten der Friedensbewegung wurden anschließend verhaftet. Immer häufiger kam es

zu Zusammenstößen zwischen Aktivisten der Friedensbewegung und Anhängern M. Begins/A. Scharons.

Die Gewalt fand ihren Höhepunkt im Februar d.J., als auf Mitglieder einer Demonstration der Bewegung „Peace Now!“ (Frieden jetzt) von Regierunganhängern ein Bombenanschlag verübt wurde. Die Demonstranten hatten nach der Bekanntgabe des Untersuchungsergebnisses der Kahan-Kommission über die israelische Verantwortung bei den Massakern von Sabra und Shatila (siehe nachstehenden Beitrag von K.D. Fischer) den Rücktritt M. Begins und A. Scharons gefordert. Bei dem Bombenattentat durch ultrarechte Kräfte wurden der 33jährige Emil Grünzweig getötet, 10 weitere Demonstranten verletzt.

In den letzten Monaten warnen demokratische Kräfte immer wieder vor der Gefahr des Faschismus in Israel. Bezeichnenderweise stand die im Januar 1983 anlässlich des 50. Jahrestages von Hitlers Machtergreifung von der Organisation antifaschistischer Kämpfer und Opfer des Naziregimes veranstaltete Kundgebung unter dem Motto „Gegen die faschistische Gefahr in Israel“.

Auf der Kundgebung meinte Prof. Zeev Sternhel von der Universität Jerusalem, „daß Israels Hauptproblem in der Weigerung liegt, die Rechte der palästinensischen Araber anzuerkennen“. Er warnte, daß „Israel Gefahr laufe, von einer faschistischen Ideologie zerfressen zu werden, wenn der Kampf für allgemeine demokratische Rechte nicht verstärkt“ werde.

Und nach Prof. Shlomo Ben Amis Ansicht „sind im heutigen Israel alle Schlüsselemente für eine reale Gefahr des

Faschismus vorhanden: Die herrschenden Parteien würden durch einen rechtsklerikalen Messianismus bestimmt, der mit einem militärischen Machtkult vermischt sei und dazu diene, eine rücksichtslose territoriale Expansion auf der Basis von blut- und bodenähnlichen Ideologien zu rechtfertigen und mit Verteufelungskampagnen die Opposition zum Schweigen zu bringen.“¹⁷

Anmerkungen:

- 1) W. Bröner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, Frankfurt/Main 1979, S.64
- 2) Nach dem UNO-Teilungsbeschluß gehören Haifa und Lydda zum arabischen Teilstaat in Palästina, zit. nach: ebenda, S.64
- 3) W. Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt/Main 1972, S.54
- 4) W. Bröner, S. 65
- 5) L. Rokach, Israels Heiliger Terror, Pfungstadt 1982, S. 73ff.
- 6) Ebenda, S. 54
- 7) Oded Jirón, Eine Strategie für Israel in den 80er Jahren, in: H. Spehl (Hrsg.), Klartexte Nr. 7, Freiburg 1982, S. 23f.
- 8) Ebenda, S. 26
- 9) Ebenda, S. 27
- 10) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 15.2.1983
- 11) The Middle East, London, März 1983
- 12) Zu den Siedlungsplänen der zionistischen Weltorganisation siehe: AIB 6/1982, S. 32ff.
- 13) Time, New York, 17.1.1983
- 14) Horizont, Berlin, Nr. 10/1983
- 15) Communist Party of Israel, Information Bulletin, Tel Aviv, Dezember 1982, S.29
- 16) Zahlen nach: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Mitteilungen: Israel – Weltwirtschaft am Jahreswechsel 82/83 und Ignacio Koch, Israel: Austerité accrue pour les travailleurs, in: Le Monde Diplomatique, Paris, November 1982
- 17) TAZ, 1.2.1983

israel &

palästina

Der DEUTSCH-ISRAELISCHE ARBEITSKREIS für Frieden im Nahen Osten gibt eine neue Zeitschrift heraus:

israel & palästina

Zentrales Anliegen ist eine gemeinsame friedliche Perspektive des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen Volkes im historischen Palästina. Berichtet wird über die Politik der Friedenskräfte in beiden Lagern auf dem Hintergrund einer kritischen Analyse der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen in der Region. Die bundesdeutsche Nahost-Szene wird begleitet und kommentiert. **israel & palästina** soll ein Forum sein für Diskussion und Dialog.

Erscheinungsweise: 6 mal im Jahr.
Jahresabonnement: DM 40.-

An den DIAK, c/o Irma Haase, Gothaallee 35, 1000 Berlin 19

Ich abonniere **israel & palästina** für 1 Jahr. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 2 Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Name:
Anschrift:
Unterschrift:

An die Redaktion von **israel & palästina** c/o Christian Sterzing Bahnhofstr. 148 6732 Edenkoben

Ich möchte **israel & palästina** kennenlernen. Bitte schicken Sie mir ein Probe-Exemplar.

Name:
Anschrift:
Unterschrift:

Zeitschriftenschau

Informationsdienst südliches Afrika, Nr. 3/März 1983

Schwerpunkt: Widerstand in Südafrika: Einheit gegen „Teile und herrsche“ ● ANG zur Funktion des bewaffneten Kampfes ● ANG-Anschläge ● Anschlag auf AKW-Koebing – AZAPO und AZASO: Zu Differenzierungsprozessen innerhalb der Black-Consciousness-Bewegung ● PAC wieder geeint? ● Konsumboykott: Sich mit Brot und Bonbons wehren... ● Militarisierung und Verweigerung ● Pretorias langer Arm: Erfolge der Destabilisierungspolitik gegen Angola und Moçambique ● *Namibia*: Das Ende der DTA: Neuaufgabe der „internen Lösung“? ● *Zimbabwe*: Der Dreijahresplan: „Neue soziale Ordnung“ oder Verstärkung der Abhängigkeit? ● Memorandum zur internationalen Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten ● *Südafrika*: „Botschafter Südafrikas“: Fernreise nach Südafrika ● **Aktionen:** Kein Urteil zur Sache: Stellungnahme der AAB zum Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster ● Protest gegen Todesurteile
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

blätter des iz3w, Nr. 108/März 1983

Schwerpunktthema: Afghanistan – Widerstand im Wandel ● Die Sowjetunion auf die Anklagebank ● *Außerdem:* Der Itaipú-Stausee – Prestigeobjekt am Rio Paraná ● Israel – Der Bericht der Untersuchungskommission zu den Massakern in Sabra und Schatila ● Ausländer in der BRD: Beginn einer härteren Ausländerpolitik ● Keine Chance für Bewerber aus der Dritten Welt ● Ausländer(-verdrängungs-)politik ● Ausländer 'raus aus Nigeria ● Der „Leuchtende Pfad“ in Peru ● Kupferbergbau in Papua Neuguinea ● Kulturbüro in der Werkstatt 3 ● Solidarität mit Alexander Schubart ● Rezensionen ● Register für die Jahrgänge 1981 und 1982
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg i.B.

Solidarität, Nr. 76/März 1983

Krise der Militärs in Lateinamerika: Chile: Hundert Jahre Problemlosigkeit ● Brasilien: Technokraten an der Macht ● Peru: Leuchtender Pfad in der Sackgasse? ● Sicherheitskonzepte in Lateinamerika und Westeuropa ● PLO zwischen Flexibilität und Kompromissen ● Nigerianische Fremdarbeiterpolitik à la Suisse? ● Lange Problemliste für die Blockfreien in New Delhi ● „Wildnis und Zivilisation“ am Basler Theater ● Dossier Schweiz – Trikont ● Bücher zu Revolution und Krieg in El Salvador
Einzelpreis 2,50 sFr; Abo 25 sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 692, CH-8026 Zürich

Peripherie, Heft 10-11/1983

Schwerpunkt: Befreiungsbewegungen an der Macht? ● Grenzen eigenständiger Entwicklung ● Sozialwissenschaftler und Befreiungsbewegungen ● Akkumulationsdynamik im klassischen Sozialismus ● „Sozialistische Entwicklungsländer“: Entwicklung des Sozialismus? ● Nordkorea: Dschutsche-Ideologie ● Wissenschaftliche Arbeiterorganisation in der vietnamesischen Landwirtschaft ● Guinea-Bissau: Über die Möglichkeit des Scheiterns ● Indianer, Revolutionäre und Unreiner (Nicaragua) ● Palästina: Die verleugnete Nation ● Diskussionsartikel zu früheren Beiträgen
Einzelpreis 8 DM; Abo 28 bzw. 50 DM
Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 113/März 1983

GLOSSE: Das Pokerspiel um die Wende ● MITTELAMERIKA: Die Papstreise ● EL SALVADOR: Grund zum Optimismus? ● HONDURAS: Bauernunion beklagt stagnierende Agrarreform und Verfolgung der Campesinos ● NICARAGUA: Demokratie in den Massenorganisationen ● MEXICO/GUATEMALA: Korruption und Terror in den Flüchtlingslagern ● JAMAICA: Rückblick: Jamaika auf der Suche nach dem 'Dritten Weg' zur Entwicklung ● KOLUMBIEN: Interview mit der Vertreterin der M-19 in Europa ● MAS – eine paramilitärische Organisation ● PERU: Sendero Luminoso – Pol Pot auf Quechua? ● Die erkämpften demokratischen Bereiche ● REZENSIONEN
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 40 bzw. 65 DM
Bezug: FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Richard Ward

Grenzen der außenpolitischen Korrekturen Chinas (1)

Anfang April d.J. gab die Regierung der VR China den Abbruch des Kulturaustausches mit den USA bekannt. Kurz zuvor sagte Ministerpräsident Zhao Ziyang seinen noch für 1983 geplanten Besuch in Washington ab. Die neuen Trends, die sich seit Herbst 1982 in der chinesischen Außenpolitik herauskristallisierten (siehe AIB 3/1983, S. 31-34), scheinen sich zumindest hinsichtlich des gestörten Verhältnisses zur Reagan-Administration zu bestätigen.

Daß Taiwan der wohl größte Stein des Anstoßes im Verhältnis USA-China war und bleibt, veranschaulicht Richard Ward in den beiden folgenden Teilen seiner Artikelserie.

Man kann nicht den Anspruch erheben am Kommunismus festzuhalten und gleichzeitig ein sicherer Verbündeter gegen Moskau werden: Das ist es, was der seit einem halben Jahrhundert konservativste Mieter des Weißen Hauses, Ronald Reagan, über China denkt.

Für ihn ist Taiwan ein sicheres Bollwerk der „Freien Welt“ und eine gute Werbung für die Vorzüge der amerikanischen Hilfe und privater Investitionen. Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Erklärung vom 17. August 1982 fühlte er sich verpflichtet, seine eigene Version bekanntzugeben, indem er unterstrich, daß Beijing nichts zugestanden würde, was das amerikanische Engagement auf Taiwan beeinträchtigen könnte.

Reagans Vorliebe für Taiwan

Während in der gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Erklärung bemerkt wird, daß „die USA den Beziehungen zu China eine große Bedeutung beimessen“, versichert R. Reagan klar und deutlich, daß er mit seiner Regierung Taiwan noch wichtiger nimmt: „Als Amerikaner bin ich stolz auf den großen Fortschritt des Volkes von Taiwan während der letzten Jahrzehnte und auf den Beitrag, den Amerika zu diesem Prozeß, auf dessen Fortsetzung ich voll und ganz vertraue, geleistet hat. Meine Verwaltung (...) wird diese Entwicklung weiter standhaft unterstützen und beitragen zur Beibehaltung eines gesunden und starken Investitionsklimas, das das Wohlbefinden des Volkes von Taiwan verbessern wird.“

Diese Zusicherung eines Engagements ohne Einschränkung für Taiwan, ist eine Umkehrung der von der Nixon-Administration begonnenen Politik, die darin bestand, die Bedeutung der amerikanischen Verbindung mit Taiwan nach und nach zu verringern. Die Streitfrage zwischen Washington und Beijing ist daher nicht nur die der Waffenlieferungen, sondern die Absicht Amerikas die engen Beziehungen zu einem unabhängigen Staat Taiwan auf unbestimmte Zeit beizubehalten. Die Reagan-Administration ist jedenfalls entschlossen, diese Beziehungen zu Taiwan zu verstärken und zu verlängern, während Beijing davon ausgegangen war, daß sie mit einer chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit verschwinden würden.



Premier Fukuda empfängt Deng Hsiaoping 1978 in Tokio – Vom japanischen Militarismus keine Rede mehr

Mehr noch, die Taiwan-Frage ist ein Element eines größeren Problems zwischen Amerika und China.

Es ist ein latenter, aber möglicherweise explosiver Interessenskonflikt. Er besteht darin, daß China den Wunsch hat, seinen Platz als große Supermacht in Asien wieder einzunehmen, wo die USA heute ihren hegemonialen Einfluß, den sie seit Ende des 2. Weltkrieges erreichten, beibehalten wollen.

Im Zuge der chinesisch-amerikanischen Aussöhnung 1971-72 ließen Richard Nixon und Henry Kissinger die chinesische Führung im Glauben, daß sie in Asien eine enge Zusammenarbeit auf breiter Ebene beabsichtigten. (...)

Während seiner Verhandlungen mit Zhou Enlai 1971, hatte H. Kissinger die Perspektive eines allmählichen aber unausweichlichen amerikanischen Rückzugs aus Asien angedeutet. In diesem Zusammenhang deutete er seinen Gesprächspartnern an, daß die chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit ein Einverständnis Washingtons für einen größeren Einfluß Chinas in Asien einschließe und daß die USA auf den ihrigen verzichteten.

Heute hat die Reagan-Administration diesen Rückzugsprozeß aufgehoben und unternimmt den größten Aufmarsch amerikanischer Seestreitkräfte im Pazifik und in Asien seit dem 2. Weltkrieg. Mit der erneuten Betonung der amerikanischen Militärmacht in Asien macht Washington klar, daß, auch wenn Taiwan als integraler Bestandteil Chinas gesehen wird, dies nichts daran ändert, daß das Land weiterhin fester Bestandteil der amerikanischen Einflußzone bleibt.

Beijing ist also dabei, zu entdecken, daß sich seine Hoffnungen bezüglich Taiwans auf Versprechungen bezog, die von der jetzigen amerikanischen Regierung nicht mehr anerkannt werden. Außerdem könnte das stillschweigende Übereinkommen über die Zukunft Asiens, das die eigentliche Basis der chinesisch-amerikanischen Zusammenarbeit war, ebenso zerbröckeln. Die Aussicht, Japan als bevorzugten Alliierten der USA zu ersetzen, hatte China bei den Nixon-Kissinger-Vorschlägen besonders gereizt. Man vergißt zu oft, daß eine der Befürchtungen Beijings auf dem Gebiet der Sicherheit die Remilitarisierung Japans betrifft.

1949 wollte die neue Regierung Mao Zedongs sicher gehen, daß eine Eroberung und Besetzung großer Teile Chinas durch Japan, wie 1930 und 1940, sich nicht mehr wiederholen könnte. Dies widerspiegelte sich im chinesisch-sowjetischen Vertrag von 1950, mit welchem Moskau sich verpflichtete, China im Falle des Angriffs einer einzigen anderen Macht, nämlich Japans, zu unterstützen. Allerdings stellt Japan für ein China, das seine überragende historische Rolle in Asien wiederherstellen möchte, mehr einen potentiellen Rivalen als eine militärische Bedrohung dar. Die Sowjetunion hatte ihren Schutz gegen einen bewaffneten Angriff angeboten, der immer unwahrscheinlicher wurde; China ging nun davon aus, amerikanische Garantien gegen diese neue japanische „Bedrohung“ zu erhalten.

Die grundlegende Zusicherung in diesem Punkt wurde in der Anti-Hegemonie-Klausel der chinesisch-amerikanischen Erklärung von 1972, der sog. „Erklärung von Shanghai“ festgelegt. Die amerikanische und chinesische Warnung vor einer wie auch immer gearteten Hegemonie in Asien wurde allgemein als ein kaum verdeckter Hinweis auf ihre Ablehnung eines sowjetischen Einflusses in dieser Region verstanden. Aber das war nicht alles.

Die Erklärung stellte auch eine Warnung an Japan dar, die einzige Macht, mit Ausnahme der USA selbst, die in diesem Jahrhundert versucht hatte, ganz Asien zu beherrschen. Daß Beijing diesen neuen Verträgen (von 1972) mit Washington mehr Wert beimißt als seinem formellen Vertrag mit Moskau zeigte die plötzliche Beendigung der chinesischen Angriffe auf den japanischen Militarismus und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Japan, kurz nach der chinesisch-amerikanischen Versöhnung.

Störfaktoren Japan und wiedervereinigtes Vietnam

Beijing gab auch sein stillschweigendes Einverständnis zum amerikanisch-japanischen Militärabkommen, das zuvor lautstark verurteilt worden war. Mit anderen Worten, China hatte das Argument H. Kissingers akzeptiert, daß die Allianz Japans mit den USA – unter dem atomaren Schutzschild Amerikas – die beste Garantie gegen ein wieder aufgerüstetes Japan sei. Aber sobald China seine Zustimmung zu den Sicherheitsverträgen zwischen Tokio und Washington gegeben hatte, übten die USA Druck auf Japan aus, um zu erreichen, daß es eine größere militärische Rolle in der Region spiele.

H. Kissinger und R. Nixon, die bereit waren, China maßlose Versprechen bezüglich der Zukunft Asiens zu machen – wozu sie im übrigen gar nicht berechtigt waren – boten in der Taiwan-Frage, wo sie tatsächlich echte Zugeständnisse machen konnten, praktisch nichts an. Sie erklärten lediglich, daß die amerikanischen Streitkräfte und Einrichtungen auf Taiwan „nach und nach verringert würden ... in dem Maße, in dem die Spannung im Gebiet abnimmt“. Ein verschleierte Hinweis auf den Indochina-Konflikt. (...) (Zur Indochinapolitik der USA und Chinas siehe AIB 11-12/1982 und 1/1983; d. Red.)

China hat also in der Taiwan-Frage durch die Allianz mit den USA nichts gewonnen. Außerdem führte das plötzliche Verschwinden des amerikanischen Einflusses in Vietnam (1975; d. Red.) nicht zu einem größeren chinesischen Einfluß, wie es in den chinesisch-amerikanischen Verträgen von 1972 vorgesehen war.

Zu dieser Zeit überschätzte China erheblich die Fähigkeit der Amerikaner, das Regime von Saigon zu halten; gleichzeitig unterschätzte es die Streitkräfte Hanois und der Befreiungsbewegung in Süd-Vietnam. Mao selbst hatte gegenüber Premierminister Pham Van Dong geäußert, daß Vietnam den Süden nicht gegen den Willen der Amerikaner befreien könne, genausowenig wie China Taiwan, das ebenfalls von den Amerikanern unterstützt wurde.

Statt mit einem mehr oder weniger dauerhaften Konflikt, der Hanoi vielleicht für den chinesischen Einfluß empfänglicher gemacht hätte, sah sich China mit einem vereinten Vietnam konfrontiert, das keinerlei Grund hatte, auch nur den geringsten Teil seiner mit soviel Blut erkämpften Unabhängigkeit aufzugeben, um sich chinesischem Einfluß zu unterwerfen.

1975 kühlten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen merklich ab. China begann, unabhängig von den USA zu handeln und setzte im wesentlichen auf die Pol-Pot-Karte gegen Vietnam. 1978 verbesserte sich die chinesisch-amerikanische Kollaboration erneut, als die Carter-Administration Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen zu China führte. Im Verlauf der Unterredungen war Washington zum ersten Mal einverstanden, Beijing als die einzig rechtmäßige Regierung Chinas anzuerkennen. Das bedeutete die Aufhebung der diplomatischen Beziehungen Washingtons mit Taipeh, was auch geschah.

Aber die Beziehungen wurden über angeblich private Einrichtungen fortgesetzt. In der Öffentlichkeit protestierte Beijing zwar gegen dieses Verhalten, privat wurde es aber akzeptiert. (...) Als China sich auf eine militärische Intervention (gegen Vietnam im Februar/März 1979; d. Red.) vorbereitete, gab Beijing die Vorbedingung zur Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen – Einstellung der Waffenlieferungen an Taiwan – auf, um sich die amerikanische Unterstützung gegen Vietnam zu sichern. (...)

So erwartete China, daß nach und nach der amerikanische Rückzug auf Taiwan erfolgen würde. Beijing hatte jedoch in der entscheidenden Frage der Waffenlieferungen an Taiwan keinerlei Zusagen erhalten, da es die Möglichkeit, die sich mit den Verhandlungen über die diplomatischen Beziehungen bot, aufgrund des Wunsches Vietnam zu „bestrafen“, verschenkt hatte. Anstatt einer solchen Verpflichtung beschränkte China sich darauf zu glauben, Konzessionen bezüglich Taiwan ergäben sich im Rahmen eines engeren strategischen Vertrages mit den USA. Denn Beijing wußte, daß die Carter-Administration besessen war von der Vorstellung „einer strategischen Allianz zwischen dem mächtigsten und dem volkreichsten Land der Welt“, wie es ein amerikanischer Offizieller sagte.

Wird fortgesetzt

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 285/20.12.1982, S. 41-43)



Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V.
- Gemeinnütziger Verein - T. 102161/22394
Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach 1

Informationen, Veranstaltungen,
Materialien, Dias u. Filme über Paraguay

Paraguay Rundbrief:

- Zweimonatsschrift mit Hintergrundartikeln und aktuellen Berichten über

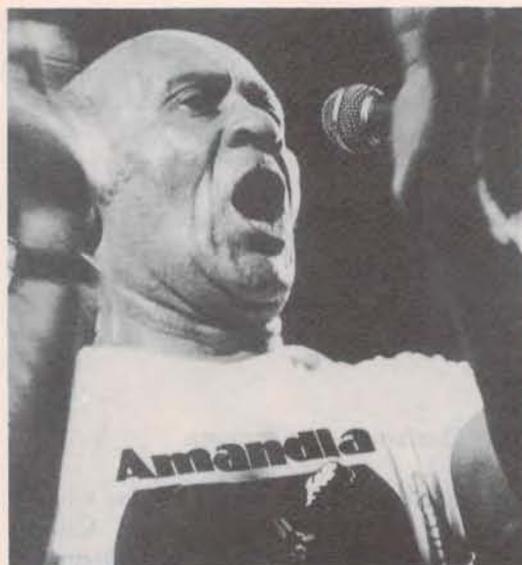
- Wirtschaft
- Kultur und
- politisches Geschehen
- Beziehungen BRD-Paraguay

Solidaritätskonto Paraguay
Postcheck Essen Nr. 352426 - 438

- Jahresabonnement 15,- DM

Ludger Schmitz

Südafrikanische Musiker im Befreiungskampf



Zwei von hundert Künstlern im Exil: der Chorleiter und Sänger James Madhlope Phillips und die Sängerin Letta M'Bulu

Ein gewöhnlicher Samstagabend im Johannesburger Vorstadtgetto Soweto: Musik, Musik, Musik. Alles scheint das gängige Klischee der „Vernarrtheit der Neger in ihre Negermusik“ zu bestätigen.

Den Wanderarbeitern in den riesigen Wohnsilos der Bergwerksgesellschaften fehlt es an allem – aber jeder hat sich vom ersten Ersparnen einen Radiorecorder oder Plattenspieler gekauft.

Die Touristen aus Europa, wo man auf den Straßen Kopfhörer trägt, sollen nur abschätzend lächeln. Musik reizt, weckt, läßt vergessen, entspannt, dämpft ab, schafft Träume, baut auf, regt an. All das können die meisten Leute zwischen dem Kap und dem Limpopo bestens gebrauchen.

Die Geschichte des Volkes erzählen

Für Carlos DjeDje, Leiter der südafrikanischen Reggae-Truppe Roots, ist Musik längst nicht mehr die große Droge: „Sie ist mit unseren Realitäten in Berührung – unseren Problemen, unseren Freuden. Sicher, amerikanische Disco-Musik war eine Weile sehr beliebt, als die Leute Musik wollten, um mit ihr ihre Sorgen zu vergessen. Jetzt richtet sich unser Interesse mehr dahin, für das aufmerksam zu sein, woher wir kommen und wohin wir gehen. Unsere Musik spricht zu uns und hilft diese Aufmerksamkeit zu verbreiten. Unsere Leute wollen Musik, an der sie sich erfreuen können, aber die Musik muß ihre Geschichte erzählen, ihre Geschichte fortsetzen.“¹

Die Ausgangslage ist denkbar ungünstig für die Geschichte des Volkes. Radiostationen und Plattenfirmen diktieren, was neben Rock und Disco-Geseiche so recht „nach dem Geschmack der Afrikaner“ zu sein hat: „Jive“ und „Afro-Beat“. Zwischen Aufnahme und Veröffentlichung kommt

außerdem immer einer der staatlichen Zensoren. Denen sind in den 60ern auch schon die Beatles zum Opfer gefallen, weil John Lennon ketzerisch bemerkt hatte, sie seien populärer als Jesus. Bis vor wenigen Monaten war „The Wall“ (Die Mauer) von Pink Floyd auf dem Index, deren „We don't need no education, we don't need no thought control“ (Wir brauchen keine Erziehung, keine Gedankenkontrolle) Hymne einer neuen Schülerbewegung zu werden drohte.

Abgesehen von den Importen – die Musik, welche in den schwarzen Gettos Südafrikas besonders beliebt ist, hört man auf kleinen Festen oder in Kneipen und Kaffeebars bzw. in deren Hinterzimmern. Hier spielen Bands, die, weil sie keine Profi-Chance haben, arbeiten und leben müssen wie ihre Zuhörer.

In gleichen Lebensverhältnissen wie diese erfahren sie in gleicher Weise rassistische Zurückstufung und Unterdrückung nicht nur bei der Arbeit, sondern auch in ständigem Behördengerecke um Auftritts- und Reisegenehmigungen (im Inland!). Bei unvermeidlichen Polizeiauftritten wegen Verletzung der Nacht- oder Sonntagsruhe usw. geraten sie fast zwangsläufig in Opposition zum Apartheidssystem. Viele haben Gefängnisse und Folter kennengelernt.

Deswegen verzichten so viele Gruppen auf Texte und versuchen, mit der Verarbeitung bekannter Folkweisen bestimmte Bilder und Assoziationen zu provozieren. Andere benutzen verklausulierte Texte. Egal wie, die Reaktion des Publikums zeigt, daß man verstanden hat.

Einerseits künstlerische Sensibilität und andererseits die sich in schneller Folge überlagernden Einflüsse der traditionellen afrikanischen Gesellschaft, des Kolonialismus und des heutigen Apartheidstaates haben – sichtbar in Kontrasten, Widersprüchen und Konflikten – die enorme Vielfalt musikalischer Stile geprägt. Es gibt da das „europäische Programm“,

mit dem Unterschied, daß Jazz hier weit mehr Anklang findet. Aber daneben haben sich die Musikstile marabi, mbaqanga und besonders kwela einen festen Platz erobert. Kostproben dieser erdigen Tanzmusik sind mit der „African Beat“-Welle im Gefolge des neuen Superstars King Sunny Adé (aus Nigeria) auch in Europa zu erwarten. Chormusik, mbube, steht mit ihrer traditionell afrikanischen Form von Frage und Antwort hoch im Kurs.

Südafrika hat ein großes Potential begabter Musiker – das verkümmert, denn die Freiräume für eine künstlerische Entfaltung sind eng. Selbst achtbare Verkaufserfolge schaffen nicht viel mehr Freiheit. Ein Beispiel dafür ist die gemischt-rassistische Gruppe Juluka um J. Clegg und S. Mchunu. Ihnen gelingt es zwar, ihrer fetzigen Mischung afrikanischen Folks und klassischen Rocks brisante Texte beizufügen; aber auf ihrer jetzigen Europatournee halten sie sich mit Aussagen schwer zurück, um ihre Rückkehr nach Südafrika nicht zu gefährden.

Viele Musiker suchen Anschluß an eine jener Gruppen, die wie beispielsweise Ipi-Tombi von der Regierung gefördert und gegängelt, vor allem zur Imagepflege der Apartheid auf Auslandstourneen geschickt werden. Stellen sind öfter zu haben, weil bei solchen Tourneen immer wieder Bandmitglieder abspringen und um politisches Asyl nachsuchen.

Praktisch ist die gesamte Spitzenklasse südafrikanischer Musiker im Exil – weit mehr als die erfolgreichen Miriam Makeba und Abdullah Ibrahim Dollar Brand: der verstorbene geniale Trompeter Monqezi Feza und sein Nachfolger als Nummer 1 Hugh Masekela, der Saxophonist Dudu Pukwana, der Bassist Johnny Dyani, der Posaunist Jonas Gwangwa, der Gitarrist Lucky Ranku usw. Wie viele weitere Musiker ohne große Namen haben sie, zum Teil nach anfänglich skeptischer Haltung, begonnen, den Befreiungskampf des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) in verschiedenen Formen zu unterstützen.

Die Besten wirken im Exil

Dabei treffen sie, die sich wie Dollar Brand eher als Kulturschaffende im Befreiungskampf denn als Musiker bezeichnet wissen wollen, auf besondere Schwierigkeiten der Arbeit im Exil. Sie leben in verschiedenen Ländern und über tausende Kilometer voneinander entfernt. Die meisten haben keine Verträge, kein Management, sondern schlagen sich als Studio- oder Straßenmusiker durch.

Die Bedingung der Aufenthaltsgenehmigung ist nicht selten politische Enthaltsamkeit im gastgebenden Land. Paßgesetze erschweren Reisen ins Ausland. Das Ergebnis sind oft psychische Probleme, die die künstlerische Arbeit schließlich unmöglich machen.

Der ANC versucht seinerseits seit Jahren, diese Musiker zusammenzuführen und fördert die Bildung neuer Gruppen. 1977 führen neben anderen auch Musiker als ANC-Delegierte zum Festival der Kunst und Kultur FESTAC nach Lagos (Nigeria). Dort spielten sie erstmals zusammen in der Amandla Band. Seither wurden solche gemeinsamen Sessions wiederholt, wann immer sich Gelegenheit bot; so beim ersten Symposium und Festival „Kultur und Widerstand“ im Juli 1982 in Gaborone (Botswana).

Der Amsterdamer Nachfolgekongreß erlebte das bisher größte Zusammentreffen südafrikanischer Musiker im Exil. Am 14. Dezember 1982 formierten sich ein Dutzend von ihnen, darunter die oben genannten, nach nur einem Probestag zur alle Hörer begeisternden, fulminanten „Anti-Apartheid Riot Squad“. An diesem Tag wurde ein neues, entwickelteres Selbstverständnis der Künstler demonstriert, das

sich mit den Positionen des ANC zur Rolle der Kulturschaffenden im Befreiungskampf trifft.

In der Freiheitscharta von 1955 hatte der ANC programmatisch gefordert: „Die Türen zu Ausbildung und Kultur sollen geöffnet werden! Die Regierung soll im Interesse der Bereicherung unseres kulturellen Lebens nationale Begabungen entdecken, entwickeln und fördern...“² Als nach den Soweto-Unruhen auch die Zahl der ins Ausland geflüchteten Künstler zunahm, befaßte sich der ANC verstärkt mit deren Aufgaben und Problemen.

1980 erklärte der amtierende ANC-Präsident Oliver Tambo in einer Radiobotschaft:

„Ich möchte, daß die Künstler unseres Landes wissen und verstehen, daß der Afrikanische Nationalkongreß, ja die Befreiungsbewegung überhaupt, ihre Arbeit im höchsten Maße schätzt, daß ihre Arbeit nach unserer Einschätzung eine bedeutende, verdienstvolle Rolle im Kampf spielt. Wie wir schon so oft gesagt haben: Wir haben an jeder Front zu kämpfen, und die kulturelle Front ist eine sehr bedeutende Arena des Kampfes.“

In vielen Ländern haben wir gesehen, daß die Schlacht an der kulturellen Front eine sehr wichtige Rolle spielt im Kampf um nationale Emanzipation, um die Schaffung nationaler Einheit und Identität, um die Wiederentdeckung unseres kulturellen Erbes und für die Eroberung der Horizonte von morgen.“³

Eroberung der Horizonte von morgen

Diese Rede war zugleich mit einem Dank an jene Künstler verbunden, die ihre Gagen und ihre Zeit dem ANC geschenkt hatten und die sich – wie z.B. Dollar Brand mit seiner Initiative zur Schaffung eines Zentrums für Südafrikanische Kultur – um das nationale kulturelle Erbe und um die Förderung südafrikanischer Kunstschaffender bemüht hatten.

Seither fand der ANC gerade unter Musikern, von denen ein nicht zu unterschätzender Teil eine skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber der scheinbar erdrückenden Organisation eingenommen hatte, vermehrte Beachtung.

Schon im Sommer 1980 folgte als offizielle ANC-Position die Forderung eines ANC-Mitgliedes und Künstlers, es reiche nicht, wenn Künstler und ihre Arbeit nur das Beiprogramm für politische Veranstaltungen abgeben. Vielmehr spiele die Kunst eine integrale Rolle im Befreiungskampf und solle einen eigenständigen Beitrag dazu leisten.⁴

Nach Auffassung des ANC liegt die Aufgabe der Künstler nicht nur in der Bewahrung des kulturellen Erbes: „Wir müssen uns immer daran erinnern, daß Kultur ein Dokument der Geschichte ist. Sie hält die Vergangenheit fest, widerspiegelt die Gegenwart und projiziert die Zukunft. Der Gegenwart und besonders der Zukunft sollte unser Hauptaugenmerk gelten.“⁵

Zur Zeit versuchen exilierte ehemalige Mitglieder von Vorzeigebands des Rassistenregimes in der Bundesrepublik eine neue Gruppe zu bilden. Sie stehen dem ANC allenfalls nah. Aber als ihre Ziele formulieren sie genau das, was der ANC von Kulturschaffenden fordert, nämlich die Traditionen genau zu studieren, um aus ihren besten demokratischen und humanistischen Elementen eine von Stammesunterschieden und kolonialer bis imperialistischer Verseuchung freie fortschrittliche Kultur einer Nation Südafrika zu formen.

Anmerkungen:

1) Zit. nach: New African, London, März 1983

2) Wortlaut der Freiheitscharta in: AIB-Sonderheft 1/1977, S. 4-5

3) Zit. nach: Sechaba, London, März 1980, S. 17

4) Vgl. Sechaba, Juni 1980, S. 17-25

5) Zit. nach ebenda, S. 21

Neues von südafrikanischen Musikern

Im derzeitigen Konzertprogramm von Manfred Mann's Earth Band gibt es einen 20minütigen Teil, der sowohl musikalisch wie auch textlich eine wesentliche Weiterentwicklung der Gruppe darstellt. Es handelt sich um die besten Stücke der LP *Somewhere in Africa* (Bronze/Ariola, 1982). Seite 1 der LP bringt zunächst den bekannten, von M. Manns Synthesizer beherrschten Sound.

Die Überraschung liegt im Text: Gleich im ersten Song singt ein Chor „amandla awethu“ – „die Macht gehört uns“ in der Sprache der südafrikanischen Zulu. M. Mann klagt Südafrika, das er 1961 verließ, die Apartheid-Politik und insbesondere das System der Bantustans an. Öffentlich äußert sich M. Mann zum Inhalt seiner LP eher zurückhaltend: „Du kannst, wenn du willst, überall Andeutungen herauslesen. Für mich ist dieses Statement eher eine Art persönlicher Entschuldigung.“

Immerhin sind die „Andeutungen“ reichlich präzise: „Wie lange müssen wir noch warten? Wie lange werden sie noch unsere Führer ermorden? Wie lange müssen wir noch leiden?“

M. Mann macht keinen Hehl aus seiner Meinung und Bewunderung, wenn er über den bewaffneten Kampf der Unterdrückten gegen den Rassismus singt: „Und obwohl es ein aussichtsloser Kampf zu sein scheint, kann es keinen Rückzug geben.“

Aber mit den Texten ist die selbstbewußte Weiterentwicklung Manfred Manns erst zur Hälfte beschrieben. Für meine Begriffe fängt das Besondere der LP mit der achtminütigen, vierteiligen „African Suite“ auf Seite 2 erst richtig an. Da singt zu gezogener Synthesizer-Begleitung ein afrikanischer Chor. Mit dem hat es eine eigene Bewandnis: Earth-Band-Bassist Matt Irving flog nämlich mit einem 8-Spur-Recorder im Gepäck nach Afrika und machte irgendwo dort die Aufnahmen der afrikanischen Gesänge. Daher hat die LP den Titel „Somewhere in Africa“. Wer hier wo gesungen hat, wird geheimgehalten, um die Sängerinnen und Sänger nicht in Gefahr zu bringen.

Obwohl dieser sehr mächtige Chor schon stark rhythmisch klingt, kann man die Rhythmusinstrumente nicht überhören, denn sie sind gänzlich ungewöhnlich gespielt. Drummer und Percussionist John Lingwood nutzt seine Instrumente nicht nur rhythmusgebend wie im „klassischen“ Rock, sondern auch so wie Trommeln im Südlichen Afrika bearbeitet werden; sie führen die Melodie, die Malombo-drum scheint zu „sprechen“. Beide Techniken wechseln schnell und werden gelegentlich übereinandergeschichtet.

Zwei Stile gehen verschiedentlich fließend ineinander über, kontrastieren sich an anderer Stelle, ohne sich gegenseitig im Wege zu sein. Diese Verschmelzung von afrikanischer Folk- mit klassischer verstärkter Rockmusik ist M. Mann in bisher einmaliger Art gelungen.

Ähnliches produziert, auf anderem Gebiet, schon seit längerem der Pianist Abdullah Ibrahim Dollar Brand, dessen neueste LP *South African Sunshine* (Pläne, 1982) ein Dokument von Präzision und Intuition ist. Dollar Brand beherrscht die Verknüpfung von „klassischem“ Jazz mit Stilen und Mitteln afrikanischer Folklore. Diese zum Mitsingen einladenden volksliedhaften Passagen tauchen seit Jahren immer wieder in verschiedensten Variationen und Zusammenhängen auf, ohne als sich wiederholend zu erscheinen.

Was so einfach und schlicht wirkt, entpuppt sich unversehens als eine arg komplizierte Taktart. Kaum merklich geht sie in wuchtige Akkordblöcke über, was sich gleich darauf nicht in monotonem Harmoniegeplätschere verliert, sondern in meditativ-magischen Figuren

neue Akzente findet. Der Eindruck schwingt sanft zwischen tranceartiger Andacht und faszinierender Spannung, eine unwiderstehlich mitschwemmende Reise durch Hoch und Tief, durch kämpferische Euphorie und melancholische Sehnsucht, durch ausgelassene Heiterkeit und empfindungsreiche Selbstversunkenheit.

Unaufdringlich zeichnet Dollar Brand eine Kette von Assoziationen zu seinem Heimatland, zu seiner Natur und den Menschen – Bilder von Landschaften, Regen, Wind und Sonne ebenso wie von der Armut und den Leiden der Menschen, der Schuferei in den Bergwerken und manchmal allzu sentimental Erinnerungen an jene Epoche, die der Unterwerfung durch die Weißen vorausging.

Zwei Stücke zu Beginn der LP sind besonders dem Widerstand gewidmet: „Tula Dubula“ und „Hit and Run“. Hier singt Dollar Brand mit rauchig-zarter Stimme zu erstaunlich nichtaggressivem Piano: „Südafrikanischer Sonnenschein; sieh, wie die Gewehre glitzern; hungrige Lippen weiden sich am Klang der Freiheit; die Rassisten und ihre Marionetten werden sterben.“ Musikalisch ist Dollar Brand empfindsamer.

Schließlich muß eine LP schon allein deswegen erwähnt werden, weil sie hierzulande Seltenheitswert hat: *Soweto* (Zensor 05, Vertrieb: Pläne, 1982). Hier bringen zwölf verschiedene, zum Teil unbekannte (!) Gruppen aus Soweto einen mitreißenden Sound, der in Südafrika unter dem Begriff „Jive“ läuft und der einen guten Kontrast zu den europäisierten Verschnitten angeblich authentischer afrikanischer Rockmusik bildet, was allerdings lernbereite Ohren verlangt.

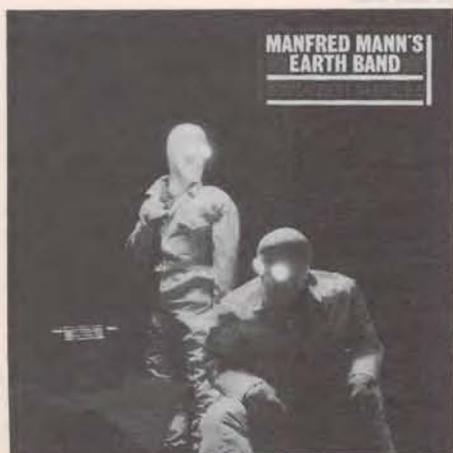
Dank dieser Rarität kann man miterleben, wie in Südafrika „schwarze Musik“ gemacht wird, was die Leute in den Townships hören und selber machen. Der swingende kwela-Sound war hierzulande Anfang der 60er Jahre schon mal kurz als Tanzmusik beliebt. Er wird beherrscht von Baß und E-Gitarre, die nicht nur für einen gutgelaunten Drive sorgen, sondern auch zu überraschenden Soli-Ausflügen loslegen. Zudem bringt eine zum Teil bizarre Instrumentierung Spontanität und Spielfreude verratende Abwechslung.

Von ungewöhnlichen Klangmustern überrascht, fällt es einem schwer, ein Urteil über einzelne Gruppen zu fällen. Besonders eine der wenigen Gruppen, die es riskieren, mit Texten zu arbeiten, sticht hervor. Das sind die „New Lucky Boys“, die in einem ihrer kraftvollen Chorarrangements einen Straßenkomiker zurechtweisen: „Geh uns aus dem Weg; laß uns vorbei; versperre nicht den Weg; höre mit deinem blödsinnigen Spektakel auf!“

Wer hier angedredet ist, wird klar, wenn man die Bedingungen zur Selbstentfaltung musizierender Südafrikaner kennt. Von Musik kann keiner der hier spielenden Afrikaner leben; jeder hat einen anderen Beruf. Aber sonntags sind Auftritte der Religion halber durch Gesetze verboten. Samstags hat punkt 24 Uhr Schluß zu sein. Musiker stehen ständig mit einem Bein im Gefängnis.

Für diese Arbeiter und Musiker stehen die Türen normaler südafrikanischer Plattenfirmen nicht offen. Deshalb entstand diese LP in den Hinterzimmern von Kneipen, mitgeschnitten auf die denkbar simpelste Art. Entsprechend klingt die Platte: Die einzelnen Instrumente sind weder sauber ausgesteuert noch abgemischt. Und doch zählt diese LP zu meinen Lieblingsstücken südafrikanischer Musik – denn sie ist ehrlich und „livehaftig“.

L. Schmitz



Die OAU — Traum von der Einheit Afrikas

1884 einigten sich die Mächte Europas sowie die USA im Stile eines Gangster-Kartells auf die Zerstückelung Afrikas in Interessensphären. Knapp acht Jahrzehnte später, am 25. Mai 1963, riefen die unabhängigen Staaten Afrikas die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ins Leben. Ihre Ziele: Interessenausgleich zwischen den Mitgliedstaaten, Festigung der errungenen Unabhängigkeit, Befreiung des gesamten Afrika von den Resten des Kolonialismus. Das Fernziel des „Afrikanischen Freiheitstages“ von Addis Abeba war die Einheit Gesamtafrikas vom Mittelmeer bis zum Kap.

Wie weit dies — und überhaupt etwas — gelungen ist, wird heute angesichts der Krise der OAU vielfach in Zweifel gezogen.

Der „Traum“ von der afrikanischen Einheit war bereits von der Panafrikanischen Bewegung formuliert worden, die 1919 in Paris ihren ersten Kongreß organisiert hatte. Seine vier Hauptgrundsätze waren eng miteinander verknüpft: das Gebot der weitestgehenden Einheit der Bestrebungen aufgrund des gemeinsamen kolonialen Schicksals; Afrika muß von Afrikanern regiert werden — Beseitigung also aller Formen und Erscheinungen des Kolonialismus; Wiedergewinnung der eigenen Sprachen und Kulturen, Behauptung der eigenen Würde; grundlegende wirtschaftliche, soziale und politische Reorganisation nach der Unabhängigkeit. Vor allem das gesellschaftspolitische Umgestaltungsziel wurde 1945 auf dem fünften Panafrikanischen Kongreß in Manchester betont. Maßgeblich beteiligt an seiner Formulierung war Dr. Kwame Nkrumah, der 1956 erster Präsident des unabhängigen Staates Ghana werden sollte.

Die Unabhängigkeit mehrerer afrikanischer Länder begünstigte die Durchführung einer ersten Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas. Sie fand im Dezember 1958 in der ghanaischen Hauptstadt Akkra statt. Frantz Fanon, der an ihr teilnahm, berichtete, daß die Kongreßteilnehmer einhellig jene afrikanischen Politiker verurteilten, die ihre Länder in eine Assoziation mit der französischen Kolonialmacht einbinden wollten, anstatt für die völlige Unabhängigkeit zu kämpfen. Zugleich stellte sich die Konferenz — unter dem Eindruck des algerischen Befreiungskampfes und des britischen Kolonialterrors in Kenia — hinter den bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung.



1. OAU-Gipfel 1963 in Addis Abeba: G. A. Nasser (l.) neben Gastgeber H. Selassie

Beide Fragen, so erkannte F. Fanon, waren miteinander verknüpft. Freilich, die Realitäten der folgenden Jahre erzwangen Abstriche an den konsequenten Positionen von Akkra. Auf der Konferenz der „Casablanca-Staaten“ (Algerien, Ghana, Guinea, Mali, Marokko und die Vereinigte Arabische Republik) im Januar 1961 wurde eine „Charta des neuen Afrika“ verabschiedet, in der Kolonialismus und Neokolonialismus verurteilt wurden und eine Verstärkung der Unabhängigkeitsbewegung angestrebt wurde. Zugleich wandten sie sich gegen die enge, einseitige Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten.

Genau diese hatte sich aber bereits etabliert, als auf der dritten Konferenz der unabhängigen Staaten Afrikas in Addis Abeba die OAU gegründet und ihre Charta angenommen wurde. Schon in Casablanca hatten beispielsweise Staaten wie Togo und die Elfenbeinküste nicht teilgenommen. Ihre außenpolitische und wirtschaftliche Bindung (hier an Frankreich) korrespondierte mit der inneren gesellschaft-

lichen Verfassung, der klaren Orientierung auf kapitalistische Verhältnisse.

So war im Ansatz der Traum Kwame Nkrumahs — die politische Vereinigung — nicht zu realisieren, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen uneinheitlich waren.

Vergrößert dargestellt, bildeten drei „geopolitisch“ einzuordnende Gruppen die OAU: Die „frankophonen“ Staaten — an ihrer Spitze Houphouët Boigny für die Elfenbeinküste und Leopold Senghor für den Senegal — behielten überwiegend einen neokolonialen Kurs mit enger Bindung an Frankreich und die EWG bei. Unter den englischsprachigen dominierte der Drang, sich völlig von den überkommenen Bindungen zu lösen. Schließlich bildeten die arabischen Staaten eine Gruppe für sich, in welcher die Palästina- bzw. Israel-Frage eine spezifische Rolle spielte. Sämtliche afrikanischen Staaten hatten demgegenüber damals Beziehungen zu Israel aufgenommen.

Die OAU konnte demgemäß nicht mehr sein als etwa die UNO: ein Forum der Austragung von Gegensätzen — mit dem Ziel ihrer Lösung oder zumindest Verminderung — zum einen, der Diskussion und Entwicklung gemeinsamer politischer Positionen zum anderen.

Entgegen der landläufigen Auffassung ist sie dabei keineswegs erfolglos geblieben. So gelang es in mehreren Fällen, Konflikte zwischen Nachbarstaaten zumindest vorübergehend zu entschärfen, z.B. 1963 zwischen Algerien und Marokko oder 1972 zwischen Tansania und Uganda, auch mehrfach zwischen Äthiopien und Somalia. Gemeinsame progressive Positionen wurden entwickelt mit der Anlehnung an die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit. Formale Festigkeit bewies sie in der Gegnerschaft zur südafrikanischen Apartheidpolitik und bei der nach dem Nahostkrieg vom Oktober 1973 beschlossenen Isolierung Israels (lediglich Malawi folgte dem Beschluß nicht; inzwischen hat auch Zaire die Beziehungen zu Israel wieder aufgenommen).

Als Somalia 1976/77 zur offenen Aggression gegen Äthiopien überging und die Abtrennung des Ogaden-Gebiets anstrebte, vermochte immerhin das gemeinsame Interesse an dem Erhalt der territorialen Integrität (Artikel III, 1 der OAU-Charta) zu gewährleisten, daß die Position Somalias keinen Rückhalt fand. In offenem Gegensatz standen jedoch die politischen Interessen, als die OAU 1976 Partei im angolanischen „Bürgerkrieg“ nehmen mußte. Nur mit knapper Mehrheit setzten sich schließlich die Länder durch, die sich hinter die legitime MPLA-Revolutionärregierung stellten.

Der „Ogaden-Konflikt“ und Angola bildeten die Fälle, in denen sich imperialistische Interventionspolitik der Politik neokolonialer Regimes bediente und die OAU handlungsunfähig zu machen drohte. Die gegenwärtige Krise der OAU — vordergründig um die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) und die Legitimität der Tschad-Regierung geführt — ist gleichfalls nicht ohne die imperialistische Strategie zu erklären, die unter der Reagan-Administration intensiviert wurde.

Die Ziele sind klar: Spaltung der OAU und Verhinderung einer anti-imperialistischen Entwicklung, Frontstellung gegen die revolutionären Staaten (zumal Libyen, Äthiopien und Angola), Durchsetzung der südafrikanischen Positionen. Bezeichnenderweise war es im Kern stets dieselbe Koalition, die sich 1976 gegen die OAU-Aufnahme Angolas zur Wehr setzte, 1979 das Marionettenregime Muzorewa von Zimbabwe in die OAU plazieren und nun seit Jahren die DARS aus ihr heraushalten wollte und will.

Eine drohende Lähmung der OAU ist umso gefährlicher, als sie durch die aggressive Politik Südafrikas verstärkt gefordert ist. Diese Entwicklung hat auch damit zu tun, daß die OAU sich vor wichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer Stellung innerhalb der bestehenden Weltwirtschaftsordnung und der Erhaltung des Weltfriedens befindet. Eine Bilanz der OAU wird gerade gegenwärtig von ihren Schwächen und Schwächungen überschattet. Dennoch, die OAU ist der erste realisierte Versuch einen Kontinent zu einen. Und es gibt eine starke anti-imperialistische und sozialistisch orientierte Staatengruppe, welche die Basis dieses Versuchs verteidigt, den Traum Kwame Nkrumahs:

„Die völlige Befreiung und die Vereinigung Afrikas unter einer gesamtafrikanischen sozialistischen Regierung müssen das Hauptziel aller schwarzen Revolutionäre in aller Welt sein. Es ist dies ein Ziel, das, einmal verwirklicht, die Erfüllung der Bestrebungen der Afrikaner und der Menschen afrikanischer Abstammung überall bringen wird. Es wird zugleich den Triumph der internationalen sozialistischen Revolution näherbringen und den weiteren Fortschritt zum Weltkommunismus.“

J. Ostrowsky

9. Tübinger Festival



Der Club Voltaire Tübingen veranstaltet vom 27.-29. Mai 1983 sein diesjähriges Festival unter dem Motto „Für Afrika – Gegen Apartheid und Rassismus“. Festivalhöhepunkt wird am 28.5.1983 ein neunstündiges „Konzert für Afrika“ auf dem Tübinger Marktplatz sein. Ein Teil der Eintrittspreise wird für die Flüchtlingschule des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Morogoro/Tanzania gespendet werden.

Eine in der BRD bisher einmalige Zahl afrikanischer Künstler wird dabei die traditionelle bis moderne Musikkultur ihres Kontinents vorstellen. So kommen die südafrikanischen Jazzler Abdullah Ibrahim Dollar Brand, Joe Malinga, Dudu Pukwana, Johnny Dyani mit Witch Doctors Son und Brian Abraham mit District 6. Ferner treten acht verschiedene Musiker bzw. Bands aus Guinea, Gambia, Ghana und Nigeria auf.

Aus Lateinamerika stellen sich u.a. D. Viglietti (Uruguay), Los Jaivas (Chile) und Caribbean Rhapsody (Jamaika) vor. Internationale Solidarität demonstrieren der Palästinenser Mustafa al Kurd und der sozialkritische Londoner Reggae-Musiker Linton Kwesi Johnson mit seiner 10köpfigen Gruppe. Und schließlich nehmen auch teil: Zupfgeigenhansl, Co-chise, Poesie und Musik, Siggie Maron, Walter Moßmann...

Das sind noch längst nicht alle Auftretenden. Wer es genau wissen will, bestelle das ProgrammBuch beim: Club Voltaire, Haaggasse 26 b, 7400 Tübingen.

Türkei: 7. FIDEF-Kongreß

Auf ihrem 7. Kongreß Anfang April d.J. bekräftigte die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD (FIDEF) ihre Bereitschaft gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen hierzulande zu kämpfen. Vom US-Imperialismus, der z.B. in der Türkei die Anzahl der Atombomber, der AWACS-Spionageflugzeuge auszubauen gedenke, gehen laut FIDEF Gefahren für das Leben der Völker aus.

Gegen fortschrittliche Türken, so die Anklage der FIDEF, werde von der Bundesregierung Kohl Front gemacht – so im Falle des türkischen Regisseurs Yilmaz Güney, dem im Falle seiner für Mai d.J. geplanten Einreise in die BRD (er ist zum Jugendfestival von SDAJ&MSB Spartakus in Dortmund angesagt) die Festnahme und Auslieferung an das türkische Militärregime angedroht wurde.

Grenada/Nikaragua-Aktionen

Mit Antiinterventionsaktivitäten reagierten bundesdeutsche Komitees im März/April d.J. auf die Reagan'schen Invasionsdrohungen gegenüber den Revolutionsregimes Nikaragua und Grenadas.

Nikaragua-Solidaritätskomitees, das Informationsbüro Nicaragua, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) u.a. riefen für den 23. April 1983 zu einem bundesweiten Aktionstag der Solidarität mit Nikaragua auf. Proteste gegen die US-Interventionspolitik wurden an die Bonner Botschaften der USA und Honduras gerichtet. Die Regierung Kohl wurde aufgefordert, sich vom US-Eskalationskurs zu distanzieren, die wirtschaftliche Hilfe für Nikaragua auszubauen.

Das ASK bittet um materielle Hilfe für Nikaragua: Sonderkonto E. Wulff, PschA Frankfurt, Kto.Nr. 527 055-602, Stichwort: Nikaragua.

Eine Unterschriftenkampagne zugunsten der Karibikinsel Grenada initiierte der Freundeskreis Grenada-BRD. In einer Solidaritätserklärung wird die Regierung der USA aufgefordert, ihre „Interventionsdrohung sofort zurückzunehmen und das Recht des grenadischen Volkes auf Selbstbestimmung zu achten“. Dem grenadischen Volk wird ferner Unterstützung beim Aufbau einer gerechten und menschenwürdigen Gesellschaft zugesagt. Unterschriftenlisten mit diesen Forderungen sind erhältlich beim: Freundeskreis Grenada-BRD, c/o H. Lederer, Obere Fuhr 36, 43 Essen, Tel. 0201-255796

Südafrika-Broschüren

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) hat eine umfangreiche deutschsprachige Stellungnahme zu einer in der Friedens- und Solidaritätsbewegung viel diskutierten Frage veröffentlicht. In einer 20seitigen Broschüre „Frieden und Befreiungskampf“ begründet der ANC, warum der bewaffnete Kampf gegen das aggressive und gewalttätige Apartheidregime erst die Grundlage zur Schaffung des Friedens im gesamten Südlichen Afrika ist. Die Broschüre ist für 2,00 DM (inkl. Porto) beim ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn zu bestellen.

Tatsachen und Argumente für Sanktionen gegen Südafrika hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) (Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1) zusammengestellt. Die 1,50 DM kostende Broschüre befaßt sich mit völkerrechtlichen Grundlagen für Sanktionen, der Haltung der Bundesrepublik und diskutiert die Standardargumente der Boykottgegner.

Chile-Solidarität

Vom 24.-26. Juni d.J. findet in Münster (Pädagogische Hochschule) der Kongreß „Für Chiles Freiheit“ statt, auf dem die Pinochet-Diktatur bilanziert und die Perspektiven des chilenischen Widerstandes diskutiert werden sollen.

U.a. werden der kolumbianische Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez und die Führer der chilenischen Linksparteien erwartet. Geplant sind mehrere Großveranstaltungen und

über 20 Diskussionsforen. Ein Reader ist in Vorbereitung (siehe auch Rückseite dieses Heftes). Anschrift: Initiativkreis Chile-Kongreß, c/o Katholische Studentengemeinde, Frauenstr. 3-7, 4400 Münster, Tel. 0251/45606.

Vom 22.-31. Juli d.J. wird in Kiel ein Internationales Sommerlager Salvador Allende durchgeführt. Es wendet sich insbesondere gegen den Bau von U-Booten und die Ausbildung chilenischer Offiziere in Kiel. Gebraucht werden Leute, die selbst Aktionen, Diskussionen, Feten, Musik, Theater usw. machen. Veranstalter sind der AK Chile-Solidarität Kiel und die Koordination der Chilenischen Linken. Anschrift: AK Chile-Solidarität, c/o D. Jordan, Sandkrug 28, 2300 Kiel 14, Tel. 0431/75874.

Buchtipp: Chile-Mittelamerika



Einen anschaulichen Eindruck der jüngsten Ereignisse in Lateinamerika gibt der aus Fotos von Koen Wessing und einem Text von Eduardo Galeano bestehende Großformatband:

Von Chile bis Guatemala. Zehn Jahre Lateinamerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 18,80 DM.

Die Fotos zeigen u.a. die Bevölkerung städtischer Elendsviertel, die in den südlichen Ländern des Subkontinents regierenden Militärs und die durch sie ausgeübte Repression; Bilder auch aus El Salvador und Guatemala, von der Revolution in Nikaragua und dem mühsamen Wiederaufbau des Landes.

Der Text behandelt Ursachen der Unterentwicklung, schildert Einkommensverteilung, Repression, Menschenrechtsverletzungen und geht auf das Problem der kulturellen Identität der Region ein, in der die herrschende Kultur ein billiger Abklatsch US-amerikanischer und europäischer Konsumideologie ist. Doch wie anderswo in Lateinamerika lassen sich auch in Guatemala, wo „Indio“ als Schimpfwort gilt, die Unterdrückten nicht am Aufbau einer eigenen Kultur hindern. U.a. zeigt das Buch beschriebene Häuserwände als „Zeitung der Armen“.

Nahost



Mitte April d.J. wurden die Gespräche zwischen Yassir Arafat, dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), und dem jordanischen König Hussein ergebnislos abgebrochen. Sie sollten eine gemeinsame Marschroute PLO-Jordanien für Friedensverhandlungen mit Israel und/oder den USA erbringen.

Zum Scheitern führte – laut International Herald Tribune vom 6.4.1983 – einmal die Weigerung König Husseins, in seine Verhandlungsdelegation offizielle PLO-Vertreter aufzunehmen. Weiter sei sein Beharren auf einer Zugrundelegung des Reagan-Planes vom September 1982 (vgl. AIB 11-12/1982, S.6) und der UN-Resolution 242 von 1967 (Behandlung der Palästinafrage lediglich als Flüchtlingsproblem) für die PLO nicht akzeptabel gewesen.

In der Tat spricht sich die PLO für ein Verhandlungsmandat an König Hussein nur unter der Bedingung aus, daß er eine Garantie für die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser und ihres Rechts auf einen unabhängigen Palästinenserstaat abgäbe. Die PLO hält – so Y. Arafat auf jeden Fall an den Beschlüssen des Arabischen Gipfels vom September 1982 in Fes fest (Wortlaut ebenda, S.8).

Wie sehr freilich dem Verhandlungspartner Israel an einer politischen Lösung des Nahostkonfliktes gelegen ist, zeigen die jüngsten Äußerungen des neuen Verteidigungsministers Arens, daß vielleicht noch in diesem Quartal mit einem israelischen Präventivschlag gegen Syrien zu rechnen sei.

Pakistan

Im März d.J. verabschiedete das Regime Zia ul-Haq im Zuge der „Islamisierung“ ein selten frauenfeindliches Gesetz, trotz massiver Protestaktionen der Betroffenen.

U.a. gingen Polizeikräfte bei einer Frauendemonstration in Lahore, im Februar d.J. mit großer Brutalität vor – ca. 20 Frauen wurden dabei verletzt. Die Gründungspräsidentin der pakistanischen Frauenverbände, Begum Rana Liaquat Ali Khan, griff Zia ul-Haq wegen dieses Vorfalls an.

Die Demonstration hatte sich ausdrücklich gegen das nun verabschiedete Gesetz zum Beweisrecht gerichtet. Es beinhaltet u.a. die Bestimmung, daß bei Straftaten das Zeugnis von zwei Männern oder von einem Mann und zwei Frauen notwendig ist. Zudem schränkt es in bestimmten Fällen die Aussagefähigkeit von Frauen grundsätzlich ein.

Kampuchea

Am 29./30.4. d.J. begann eine Offensive von vietnamesischen Verbänden gegen Truppen der Roten Khmer. Es war die zweite größere Offensive in diesem Jahr. Hauptangriffspunkte waren die Rebellenstützpunkte in den Lagern Chan Ka Kan, Phnom Chat, Kok Thahan und Nong Samet an der Grenze zu Thailand. Damit reagierte die vietnamesische Armee auf zunehmende Überfälle der Roten Khmer gegen die kampucheanische Zivilbevölkerung, die von thailändischen Boden und den oben genannten Stützpunkten ausgingen. Es kam zu Auseinandersetzungen entlang wichtiger Verbindungsstraßen. Auch im Landesinneren kam es zu Kämpfen, u.a. entlang der Fernstraße 5.

Die Regierung Reagan, die sich von Bangkok ständig über die aktuelle Lage an der Grenze unterrichten ließ, reagierte mit beschleunigten Waffenlieferungen an die thailändische Armee.

Der französische Außenminister Claude Cheysson, der am 27. März d.J. Hanoi besuchte, äußerte sein Verständnis für die vietnamesische Truppenpräsenz in Kampuchea. „Ohne den wichtigen Beitrag Vietnams wäre das kampucheanische Volk unfrei.“ Bei einem Truppenabzug würde ihm aufs Neue eine Massenschlächterei der Roten Khmer bevorstehen.

Bangladesh

Regierungschef Mohammad Ershad kündigte Ende März d.J. eine Lockerung des Kriegsrechts, das seit dem Militärputsch vom 24.4.1982 besteht, an. Seit dem 1. April d.J. sind offiziell in Bangladesh wieder politische Parteien zugelassen. Vorerst hat man jedoch nur parteiinterne Arbeiten erlaubt (z.B. in Parteibüros), öffentliche Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen bleiben verboten.

Zuvor wurden etwa 30 Angehörige politischer Parteien, welche im Februar d.J. im Zu-

sammenhang mit Studentendemonstrationen festgenommen worden waren, entlassen. Auch sollen die damals rund 200 verhafteten Studenten wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Die am 15. Februar d.J. erfolgten Studentendemonstrationen in Dacca waren von den oppositionellen demokratischen Parteien unterstützt worden. Im Verlaufe der Aktionen hatte es blutige Auseinandersetzungen zwischen Studenten der Universität Dacca und den Ordnungs- und Sicherheitskräften gegeben. Bis Ende Februar d.J. waren daraufhin alle Bildungsinstitutionen des Landes geschlossen worden.

Südliches Afrika

„Internationale Konferenz der Solidarität mit den Frontstaaten im Südlichen Afrika“ – unter dieser Losung trafen sich vom 25.-27. März d.J. in Lissabon ca. 400 Vertreter von Solidaritätsorganisationen, Befreiungsbewegungen, Regierungen und Organisationen aus ca. 70 Ländern, sowie Repräsentanten der UNO, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) u.a.m. Aus der Bundesrepublik nahmen die Anti-Apartheid-Bewegung, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, die DKP und die Grünen teil.

Ziel der von der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) und dem Internationalen Komitee zur Solidarität mit dem Befreiungskampf im Südlichen Afrika (ICSA) initiierten Konferenz war es, auf die dramatische Zuspitzung der Situation im Südlichen Afrika aufmerksam zu machen und die Aggressionspolitik des Apartheidregimes gegenüber seinen Nachbarstaaten anzuklagen. Neben einer politischen Abschlusserklärung verabschiedete sie ein umfangreiches Aktionsprogramm. Darin wurde der südafrikanische Interventionskurs gegen die Frontstaaten und die westliche Unterstützung für die Aggresso-



Unveränderte Probleme: Slum in Dacca (Bangladesh)

ren verurteilt. Namentlich die USA, die BRD und Israel wurden des Verstoßes gegen die Boykottbeschlüsse der UNO bezichtigt. Die Konferenz rief zur Solidarität mit den Frontstaaten, der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) und dem Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) auf.

Mauritius

Ein kürzlicher Beschluß der linken Militanten Bewegung von Mauritius (MMM), die im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügt, die Koalition mit der Sozialistischen Partei von Mauritius aufzulösen, erwies sich als folgeschwer. Am 23. März d.J. traten 11 Mitglieder des 19köpfigen Kabinetts zurück. 14 Abgeordnete des rechten Flügels der MMM, darunter Premierminister Aneerod Jugnauth, weigerten sich diesen Schritt mitzuvollziehen. Sie schlossen sich damit de facto selbst aus der MMM aus.

Am 29. März d.J. bildete Premierminister Jugnauth eine neue Regierung, die sich auf diese Abgeordneten der MMM sowie auf die PSM und die beiden Abgeordneten der dritten im Parlament vertretenen Partei stützt. A. Jugnauth kündigte Anfang April d.J. die Bildung einer neuen Partei, der Militanten Sozialistischen Bewegung (MSM), an. Dem Koalitionsbruch waren Auseinandersetzungen über die progressive Außen- und Innenpolitik der MMM (siehe AIB 11-12/1982, S. 20-22) vorausgegangen.

Chile

Mit der Veröffentlichung eines „Demokratischen Manifestes“ wurde Mitte März d.J. in Chile die Gründung des oppositionellen Parteienbündnisses Multipartidaria bekanntgegeben.

Bisher gehören der Koalition u.a. die Nationale Partei, die Christdemokraten und Sozialdemokraten, die Radikale Partei und die drei Hauptflügel der Sozialistischen Partei (unter C. Altamirano, C. Almeyda und R. Ampuero) an.

Das Manifest wird auch von der Kommunistischen Partei (PCC) unterstützt, deren Beitritt bislang am Widerstand der Christdemokraten scheiterte.

Eine baldige Einbeziehung sowohl der PCC als auch der beiden Gruppierungen der Vereinigten Volksorganisation (MAPU), der Christlichen Linken und der restlichen sozialistischen Flügel in das Parteienbündnis ist nicht auszuschließen.

Die Multipartidaria fordert die Rückkehr Chiles zur Demokratie als einzigen Weg zur Beseitigung der schweren Wirtschaftskrise.

Anhaltende Massenproteste verweisen auf eine weiterhin gespannte innenpolitische Lage. Am 24. März d.J. hatten Gewerkschaften, Studentenorganisationen und Menschenrechtskomitees unter dem Motto „Brot, Arbeit, Freiheit, Gerechtigkeit“ in mehreren Städten zu einer nationalen Protestkundgebung aufgerufen. Bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden allein in Santiago 300 Demonstranten festgenommen.

El Salvador



Comandante „Ana Maria“ (l.) und Menschenrechtskämpferin Marianella Garcia Villas

Nach Angaben der salvadorianischen Menschenrechtskommission und des kirchlichen Rechtshilfebüros stieg die Zahl der Mordopfer, die das Regime El Salvadors seit der Machtübernahme der sog. Reformjunta im Oktober 1979 auf dem Gewissen hat, bis zum Jahresbeginn 1983 auf rund 43.000. Regierungstruppen und ultrarechte paramilitärische Gruppen brachten es durch ihre Kriegsführung der „verbrannten Erde“ und gezielte Folter- und Mordaktionen im Jahr 1982 auf ca. 6.500 Massakrierte. Die aktuelle Mordrate liegt, laut dem erzbischöflichen Rechtshilfebüro fast doppelt so hoch wie im vergangenen Jahr. Sie stieg von 125 auf 211 Opfer pro Woche.

Im März/April d.J. ermordeten Killer der Regierung Magaña zwei ihrer prominentesten Gegnerinnen:

Am 13.3.1983 erschossen Militärs in La Bermuda die 34jährige Rechtsanwältin und Präsidentin der salvadorianischen Menschenrechtskommission, Marianella Garcia Villas. Die

ehemalige christdemokratische Parlamentsabgeordnete, gegen die in den letzten Jahren bereits mehrfach Attentate verübt worden waren hatte im Raum Suchitoto soeben begonnen, im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission Beweismaterialien zum Einsatz von chemischen Kampfstoffen und Phosphormunition seitens der Regierungstruppen zusammenzutragen.

Am 6.4.1983 ermordete in Managua eine Gruppe von Killern die Guerillakommandantin „Ana Maria“, mit bürgerlichem Namen Melida Araya Montes, mit 82 Messerstichen. A. Araya Montes fungierte in den 70er Jahren als Generalsekretärin der Lehrgewerkschaft ANDES. Nachdem sie verhaftet und gefoltert worden war, ging sie 1980 in den Untergrund. „Comandante Ana Maria“ wurde als stellvertretende Vorsitzende der Volksbefreiungskräfte (FPL, Vorsitzender S. Cayetano Carpio) eine der populärsten Persönlichkeiten der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMNL).

Argentinien

Am 28.3.1983 führten die beiden großen peronistischen Gewerkschaftsverbände einen 24stündigen Generalstreik durch, obgleich die Militärregierung dies für illegal erklärt hatte. Es war der zweite innerhalb von 4 Monaten (siehe AIB 3/1983, S. 28ff.).

Dem Streikaufruf waren 96% der Werktätigen gefolgt, die damit ihrer Forderung nach Lohnerhöhungen und einer anderen Wirtschaftspolitik Nachdruck verliehen. Von dem Streik, der die gesamte Industrie lahmlegte, waren auch das öffentliche Verkehrswesen, Handel und Banken betroffen.

Als Wahldatum haben die Militärs den 30. Oktober 1983 vorgesehen. Bis zum 30. Mai d.J. können sich Parteien mit mindestens 35.000 Mitgliedern ins Wahlregister eintragen lassen. Der Wahlkampf soll nach den Plänen der Generäle am 1. Juli d.J. offiziell eröffnet werden.

In allen wichtigen Fragen des Landes sind die Militärs gespalten. Einzig das Bestreben, sich eine Amnestie für ihren schmutzigen Antiguerrillakrieg zu verschaffen, hält sie zusammen. Von den politischen Parteien, die harte Auseinandersetzungen über die zu nominierenden Präsidentschaftskandidaten führen, wurde dieses Bestreben der Militärs bisher abgelehnt.

Honduras

Im Prozeß der Vereinheitlichung der revolutionären Kräfte in Honduras ist ein gewichtiger Schritt vollzogen worden. Ende März d.J. kam es zur Bildung der „Vereinigten Nationalen Leitung der Revolutionären Bewegung in Honduras“. Ihr gehören die Morazanistische Befreiungsfront von Honduras (FMLH), die Revolutionären Volksstreitkräfte Lorenzo Zelaya (FPR), die Volksbewegung der Befreiung Chinchoneros (MPL), Bewegung der Revolutionären Einheit (MUR), die Kommunistische Partei von Honduras (PCH) und die Revolutionäre Partei der Werktätigen Zentralamerikas (PRTC) an.

Abwesend in diesem Bündnis der politisch-militärischen Organisationen sind noch die Sozialistische Partei von Honduras (PASOH) und die Kommunistische Partei von Honduras/Marxisten-Leninisten (PCH/ML), die zusammen mit der PCH in der Patriotischen Front (FPH) vertreten waren. Bereits im Juli 1982 war es zu einer Vereinigung der linken Massenorganisationen in der Front der Volkseinheit-25 Juni (FUP-25) gekommen.

In einer ersten Erklärung wandte sich die „Vereinigte Nationale Leitung“ gegen die Aggressionsakte, die derzeit von honduranischem Territorium gegen El Salvador und Nicaragua ausgehen.

2V 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungs-Gebühr bezahlt

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Im 10. Jahr der Pinochet-Diktatur: Für Chiles Freiheit! Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika

24.—26. Juni 1983 in Münster

Am 19. März d.J. trafen sich in Dortmund die Chile-Solidaritätsorganisationen der BRD mit Vertretern der chilenischen Parteien und der verbotenen Gewerkschaft CUT zur Vorbereitung des Kongresses „Für Chiles Freiheit!“

Am 11. September 1983 werden es 10 Jahre her sein, daß in Chile die Militärs unter Führung von General Pinochet die Regierung der Unidad Popular (Volkseinheit) in einem blutigen Militärputsch beseitigten und den im September 1970 vom chilenischen Volk in freier und geheimer Wahl gewählten Präsidenten Salvador Allende ermordeten.

Aus diesem Anlaß und als Erinnerung an den von der Regierung der Unidad Popular unternommenen Versuch, auf der Grundlage der bestehenden Verfassung eine sozialistische Gesellschaft in Chile aufzubauen und die ökonomische Unabhängigkeit des Landes von den reichen Industrieländern, vor allem von den USA, zu erkämpfen, findet vom 24. bis 26. Juni 1983 in Münster der Kongreß „Für Chiles Freiheit! Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika“ statt. Er wird die bedeutendste und umfangreichste Veranstaltung zu Chile im 10. Jahr der Pinochet-Diktatur sein.

Erwartet werden über 1.000 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und den Nachbarländern.

Veranstalter des Kongresses sind: die Evangelische und Katholische Studentengemeinde und der Initiativkreis „Solidarität mit Chile“ in Münster in Zusammenarbeit mit der Aktion zur Befreiung der politischen Gefangenen in Chile e.V. (Bonn), Amnesty International – Chile-Kogruppe (Siegen), dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (Frankfurt), dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (Berlin-West), der Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (Mainz/Walberberg), der Kinderhilfe Chile (Dortmund) und der Koordination der chilenischen Linken in der BRD. Sie haben einen Aufruf für den Kongreß vorgelegt, der bisher von über 30 namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichnet wurde, unter anderem von Franz Alt, Georg Benz, Heinrich Böll, Herta Däubler-Gmelin, Walter Dirks, Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Dieter Hildebrand, Petra Kelly, Oskar Lafontaine, Leonhard Mahlein, Bernt Engelmann und Gerhard Stuby. Im **Aufruf** wird die besondere Bedeutung des „chilenischen Experiments“ und die große Hoffnung, die weltweit an die Regierung der Volkseinheit geknüpft war, hervorgehoben. Zugleich werden die USA mitverantwortlich gemacht für den blutigen und grausamen Putsch von 1973. Der Putsch machte diese Hoffnung auf brutale Weise zunichte, er zerstörte die fast 150jährige Tradition der parla-

mentarischen Demokratie in Chile und leitete eine nun seit fast 10 Jahren bestehende Militärdiktatur ein, die Chile in seiner wirtschaftlichen und sozialen Struktur grundlegend veränderte.

Weiter heißt es in dem Aufruf: „Für die Reagan-Administration ist die politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Diktatur ein offensiv betriebenes politisches Ziel. Beschämend ist auch die Politik der Bundesrepublik gegenüber Chile in den letzten 10 Jahren. Die Bundesrepublik gehört heute zu den größten Handelspartnern Chiles. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt die vorgesehene Lieferung von zwei U-Booten an die Diktatur dar. Die neue Bundesregierung wird dieses Rüstungsgeschäft sicherlich nicht verhindern wollen...“

Die an den Theorien des Monetaristen Milton Friedman orientierte Wirtschaftspolitik der Diktatur – seit 1975 systematisch durchgesetzt – sollte modellhaft über den unkontrollierten, „freien“ kapitalistischen Markt die Probleme des Landes lösen. Ende 1982 ist das Scheitern dieser Politik offenkundig...

Chile ist nicht in der Lage, seine Auslandsschulden in Höhe von 18 Milliarden US-Dollar zu begleichen... Die Massenarbeitslosigkeit nimmt selbst in den offiziellen Statistiken katastrophale Dimensionen an. Sie beläuft sich nach kirchlichen Quellen auf ca. 35%.

Für die Mehrheit der Chilenen bedeuten diese Faktoren nur eines: Hunger, Elend und Not. Dies ist der Hintergrund für die unveränderte Repression in Chile. Es ist eine Lüge, von einer wirklichen Verbesserung der Lage im Hinblick auf die Menschenrechte zu sprechen...

Der demokratischen Opposition ist es bis heute nicht gelungen, die Stärke und Kampfkraft zu entwickeln, die notwendig ist, um das Hauptziel zu erreichen: Einheit aller demokratischen Kräfte zum Sturz der Diktatur. Die Geschichte der Opposition unter der Diktatur ist die Geschichte eines in unzähligen, mühseligen Schritten sich entwickelnden Widerstandes. Ein Widerstand, der neben zahlreichen Rückschlägen in den letzten Jahren zunehmend stärker geworden ist...

Die Krisen der Militärdiktaturen in Brasilien, Argentinien, Uruguay und Chile, das Scheitern der Diktatur in Bolivien beweisen die Unfähigkeit der Militärdiktaturen, die dringendsten Probleme der Menschen in diesen Ländern zu lösen. Sie signalisieren aber auch – ebenso wie die siegreiche Revolution in Nicaragua und der Verlauf der Kämpfe in El Salvador und Guatemala –, daß die Befreiungskämpfe in Lateinamerika Fortschritte machen.“